

Stenographisches Protokoll

84. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 5. Dezember 1961

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962

Spezialdebatte

Gruppe III: Äußeres (Fortsetzung)

Gruppe XII: Landesverteidigung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 3573)

Entschuldigungen (S. 3573)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 147 bis 155 (S. 3573)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (473 d. B.):Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 (499
d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe III: Kapitel 8: Äußeres (Fortsetzung)

Redner: Dr. Gredler (S. 3574), Czernetz
(S. 3581), Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß
(S. 3590) und Bundesminister für Aus-
wärtige Angelegenheiten Dr. Kreisky
(S. 3597)

Gruppe XII: Kapitel 23: Landesverteidigung

Spezialberichterstatte: Franz Mayr
(S. 3602)Redner: Kindl (S. 3604), Preußler
(S. 3609), Regensburger (S. 3615), Pölz
(S. 3619), Tödling (S. 3621) und Bundes-
minister für Landesverteidigung Dipl.-Ing.
Dr. Schleinzner (S. 3624)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing.
Figl, Zweiter Präsident Hillegeist, Dritter
Präsident Dr. Maleta.**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.Krank gemeldet sind für die heutige
Sitzung die Abgeordneten Ferdinand Graf,
Dwořak, Glaser, Dr. Gschnitzer, Stürgh,
Lins, Eichinger, Reich, Strommer und Dr. van
Tongel.Entschuldigt haben sich die Abgeordneten
Ing. Raab, Dr. Tončić, Dr. Grünsteidl, Anna
Czerny und Haberl.Die eingelangten Anträge weise ich wie
folgt zu:Antrag 147/A der Abgeordneten Uhlir,
Reich und Genossen, betreffend Abänderung
und Ergänzung des Allgemeinen Sozialver-
sicherungsgesetzes (9. Novelle zum Allgemeinen
Sozialversicherungsgesetz),Antrag 148/A der Abgeordneten Kostrom,
Kulhanek und Genossen, betreffend Abände-
rung und Ergänzung des Gewerblichen
Selbständigen - Pensionsversicherungsgesetzes
(5. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-
Pensionsversicherungsgesetz),Antrag 149/A der Abgeordneten Rosen-
berger, Scheibenreif und Genossen, betreffend
Abänderung und Ergänzung des Landwirt-
schaftlichen Zuschußrentenversicherungsges-
etzes (4. Novelle zum Landwirtschaftlichen
Zuschußrentenversicherungsgesetz),Antrag 150/A der Abgeordneten Wilhelmine
Moik, Grete Rehor und Genossen, betreffend
ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutz-
gesetz neuerlich abgeändert wird,Antrag 151/A der Abgeordneten Kysela,
Reich und Genossen, betreffend ein Bundes-
gesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungs-
gesetz 1958 neuerlich abgeändert und ergänzt
wird, sowieAntrag 155/A der Abgeordneten Wilhelmine
Moik, Altenburger, Kindl und Genossen, be-
treffend ein Bundesgesetz, mit dem das
Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958, BGBl.
Nr. 199, neuerlich abgeändert wird,
dem Ausschuß für soziale Verwaltung;Antrag 152/A der Abgeordneten Dr. Hofen-
eder, Dr. Bechinie und Genossen, betreffend
ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommen-
steuergesetz 1953 abgeändert wird (Einkom-
mensteuernovelle 1961),Antrag 153/A der Abgeordneten Prinke,
Dr. Bechinie und Genossen, betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom
15. Dezember 1960, BGBl. Nr. 285, abgeändert
wird, sowieAntrag 154/A der Abgeordneten Thoma,
Rosenberger und Genossen, betreffend Novel-
lierung des Bundesgesetzes über eine Abgabe
von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben,
dem Finanz- und Budgetausschuß.Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand
erhoben? — Es ist dies nicht der Fall.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (473 der Beilagen):
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962
(499 der Beilagen)**

Spezialdebatte

Gruppe III: Äußeres

(Fortsetzung)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962.

Wir setzen nun die gestern unterbrochene Spezialdebatte über die Gruppe III: Äußeres, fort.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist als erster, und zwar als Gegenredner, der Herr Abgeordnete Dr. Gredler. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Gredler:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es steht außer Frage, daß bei Erörterung der Außenpolitik zahllose Probleme anwachsen. Vor allem wäre die Frage aufzuwerfen, ob dieses Ressort mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln überhaupt noch in der Lage ist, seinen Aufgaben entsprechend nachzukommen. Es wäre etwa die Frage aufzuwerfen, ob der mangelnde Ausbau unserer diplomatischen Vertretungen — im Ausschuß wurde ja schon ausführlich darüber gesprochen — nicht ein gerüttelt Maß an Mitschuld trägt an jener Unglückssträhne, in der sich anscheinend das Außenressort derzeit befindet. Es sei an Südtirol, es sei beispielsweise an das Problem der europäischen Integration, an die Frage „EFTA oder EWG?“ erinnert.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, einige Punkte herausgreifen, lassen Sie mich vor allem untersuchen, wie sich auf der Grundlage der Neutralität, und zwar jener militärischen Neutralität Österreichs, zu der sich alle drei demokratischen Parteien dieses Hauses bekennen, die Verpflichtung Österreichs, eine europäische Solidaritätspolitik zu treiben, durchführen läßt.

Die Erkenntnis, daß nur eine richtig umfassende europäische Gemeinschaft dazu beihilft, uns wie den übrigen Ländern Europas, ja der gesamten westlichen Welt ein Leben in Frieden und Freiheit zu garantieren, wird immer allgemeiner.

Es war eine historische Stunde, als Macmillan in London vor dem Unterhaus die Entscheidung Großbritanniens verkündete, zur EWG zu stoßen. Der unglückliche Versuch des EFTA-Bremsklotzes war damit gescheitert. Endlich kommt es zu wirklich konstruktiven Verhand-

lungen, zum Aufbau einer echten europäischen Einheit. Schon laufen die Besprechungen durchaus positiv in Brüssel, so schwer die zu regelnden Materien auch sein mögen. Dänemark, Norwegen, das außerhalb der EFTA und der EWG gebliebene Irland gehen den gleichen Weg. Der Vorgang des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas scheint damit in ein neues Stadium zu treten, und die Bildung eines gemeinsamen Raumes von rund 300 Millionen Menschen ist kein Traum mehr.

Europa, das dem 19. Jahrhundert und der Entwicklung der Welt von heute seinen Stempel aufgedrückt hat, weiß freilich — und es weiß dies trotz seines hoffentlich raschen Zusammenwachsens —, daß es längst nicht mehr der Nabel der Welt ist. In dem gegenwärtigen Ringen der Weltmächte von Ost und West um Einfluß und Macht, als deren extremste Form ein Vernichtungskrieg droht, zu dessen Vermeidung wir alle zusammenhelfen müssen, ist Europa manchmal mehr Objekt als Subjekt. Diese Rolle der politischen Abdankung wird aber unser Kontinent dann nicht mehr spielen, wenn es gelingt, die europäischen Völker zu einem geeinten Vorgehen zu veranlassen.

Noch müssen wir nicht Minderwertigkeitskomplexe zeigen. Selbst gemessen an der Produktionskraft und an der Menschenzahl ist ein geeintes Europa noch immer die stärkste Macht der Erde, und seine geistigen, wissenschaftlichen, kulturellen und zivilisatorischen Schöpfungen stellen es an die Spitze. Die neuen Staaten in den Entwicklungsländern werden in den Weltanschauungen, den politischen Gesinnungen, der Problematik des Rechtsstaates wie der Wirtschaftsform maßgeblich von jenen Gedanken beeinflusst und geleitet, die hier in Europa ihre Wiege fanden. Auch die sowjetische Philosophie — selbst in der Diktion eines Mao Tse-tung — fußt auf europäischer geistiger Vorleistung.

Österreich hat sich in der europäischen Frage — und darauf will ich noch zu sprechen kommen — unserer, der Freiheitlichen, Auffassung nach manchen Irrweg geleistet. Es hat auch bei den Abstimmungen bei den Vereinten Nationen nicht immer so gehandelt, wie wir es für richtig hielten. Die Form, wie Österreich sich vor der UNO verhielt, und die Sitzungen dieses Weltgremiums werden Gegenstand einer eigenen Debatte auf Grund eines uns vor einigen Tagen zugegangenen Berichtes sein. Erlauben Sie daher, daß ich heute nur einige wenige Punkte dieses Themas streife.

Österreich hat sich bei den Vereinten Nationen zweimal der Stimme enthalten, als es um den Beitritt Rotchinas ging. Mir erscheint eine solche Stellungnahme doch wohl als zu „realpolitisch“. Wenn die Vereinten

Dr. Gredler

Nationen im Sinne einer Zielsetzung, die leider schon oft durchbrochen wurde, nicht eine Ansammlung von Staaten, sondern eine Friedensgemeinschaft sein wollen, so müssen notorische Gefährder des Friedens aus ihr abgehalten werden.

Rotchina hat in Korea gegen die Vereinten Nationen einen Angriffskrieg geführt, Rotchina verweigert dem chinesischen Volk, über das es seine Macht ausbreitete, jene Grundrechte und Grundfreiheiten, die die UNO zu schaffen und zu erhalten sucht.

Von den Kriegsgefangenen, die seinerzeit in Korea gefangen genommen und dort vor eine neutrale, man könnte fast sagen, neutralistische Kommission gestellt wurden, bekannte sich trotz aller familiären Bindungen ein überaus großer Anteil zu Nationalchina. So gut wie keiner dieser Gefangenen hatte seine Heimat etwa auf Formosa, jeder von ihnen wußte, daß eine Entscheidung ihm liebe Menschen in China gefährdet, und dennoch hat er sie gefällt.

Ein Einzug Rotchinas in die UNO würde bedeuten, daß den Unterdrückten weitere Hoffnung auf Hilfe genommen wird, ja daß die Vereinten Nationen vor noch größere Schwierigkeiten gestellt werden, die Durchführung eines Friedensprogrammes in einer Welt, die sich auf Gerechtigkeit gründen soll, durchzusetzen, daß sie es noch schwerer hätten, mit der internationalen Aggression und Gesetzlosigkeit fertigzuwerden.

Ein klares Verhalten in der Frage Rotchina hat mit unserer militärischen Neutralität gar nichts zu tun. Ein klares Nein wäre meiner Ansicht nach richtiger, bis ein echter Glaube erweckt werden kann, daß die Machthaber auf dem chinesischen Festland bereit sind, einen Frieden in Freiheit zu geben und zu bewahren.

Aus der Fülle der Probleme des Verhältnisses der europäischen Staaten zu den Entwicklungsländern, ja überhaupt der freien Welt zu diesen, möchte ich mir nur zwei herausgreifen, obwohl man — wir haben es in diesem Hause ja schon getan — ja Stunde um Stunde über die Notwendigkeiten, über die Möglichkeiten und über die richtigen Wege beraten könnte.

Da ist die Einstellung vieler UNO-Staaten zum Problem Katanga und Kongo. Es muß offen ausgesprochen werden — ich berühre hier eine aktuelle Frage —, daß bei allen Fehlern und Mißständen, die es in und um Katanga gibt, in dieser Provinz allein Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wurde, während im übrigen Kongo noch immer ernst zu nehmende Zustände herrschen. In den letzten Wochen haben meuternde Einheiten der Kongo-

armee, die aber noch nicht zur Ordnung gerufen wurden, sowohl in Luluaburg als auch in Albertville und vor allem in Kindu ärgste Übergriffe begangen. Am 16. November hat kein anderer als der Chef der kongolesischen Regierung selbst, Cyrille Adoula, in einer Rede darauf hingewiesen, daß es in allen diesen drei Städten Plünderungen, Vergewaltigungen und Schandtaten aller Art gab, in Kindu die abscheuliche und barbarische Ermordung italienischer Flieger, die noch dazu Rotkreuz-Material für die notleidende Bevölkerung brachten.

Dem allen sieht die UNO, sieht Europa tatenlos zu, weil es sich — möchte man fast sagen — bei diesen Opfern meist um Weiße handelt.

Nicht anders ist es bei der Frage Angola. Portugal will — wie Sie wissen — eine echte Rassenpartnerschaft, es will diese zwischen Weißen und Afrikanern begründen und mit den technischen Fähigkeiten der ersteren eine gemeinsame Gesellschaft für beide aufbauen. Unter dem Einfluß von fast durchwegs ausländischen Hetzern kam es in Angola zu einem schrecklichen Aufruhr, in dessen erster Woche tausende Europäer und Eingeborene unter grausamsten Umständen hingeschlachtet wurden. Dies, obwohl heute vielfach dokumentarisch belegt und schon damals bekannt gewesen, wurde in der Presse der westlichen Welt kaum zur Kenntnis genommen, während die gleiche Presse anschließend Übergriffe weißer Siedler gegen die Eingeborenen groß herausstellte. Es war auch in Österreich nicht anders. Diese Übergriffe sind sicherlich zu verurteilen, sie sind sicherlich höchst bedauerlich. Aber wenn man sie auch nicht entschuldigen kann, so wird man doch begreifen können, daß ein Siedler, der zusehen muß, wie ihm Frau und Kinder vergewaltigt, gekreuzigt, zu Tode gefoltert, lebendig verbrannt werden — ich phantasie nicht, das alles ist längst nachgewiesen —, halb wahnsinnig in einem Racheexzeß auch Unschuldige wahllos tötet.

Es war die Aufgabe der portugiesischen Armee, gerade diese bedauerlichen Vorfälle zu unterdrücken. Man kann aber nicht den Terrorismus einzelner Siedler, der lediglich Racheakt war, allein verurteilen und die Hetze ausländischer Agenten, die dieses Blutbad auslöste, so gut wie ganz verschweigen.

Ich bin mir bewußt, daß manche dieser Worte unpopulär sind. Auch österreichische Zeitungen — ich sagte dies schon — sind da und dort gelegentlich den von mir gezeigten Weg gegangen. Ich glaube aber, daß wir in Europa es uns schuldig sind, gerade angesichts der Isolierung Portugals dieses große lusitanische Volk, das in der Vergangenheit und in

Dr. Gredler

der Gegenwart uns Europäern so viel gab, unserer verständnisvollen Freundschaft zu versichern.

Nun zu einem anderen Problem, mitten in Europa — zu Berlin! Es ist mir bekannt, und ich habe es oft erlebt, wenn ich ein Bekenntnis zur Demokratie ablegte, daß dieses, wie jetzt von einer Zeitung, unter Anführungszeichen gesetzt wird. Wenn man ein heißes Eisen berührt, wie etwa das heiße Eisen Berlin, erscheint es uns Freiheitlichen langsam richtiger, daß wir das, was wir sagen wollen, nicht direkt aussprechen, sondern daß wir es etwa durch den Mund eines anderen Kollegen aus diesem Parlament, eines Kollegen von einer anderen Fraktion sagen lassen. Denn wenn ein solcher es gesagt hat, dann greift man uns, und wenn es auch tausendmal unsere Meinung ist, nicht an. Ich darf mir daher den Abgeordneten Czernetz ausborgen, der als erster sozialistischer Sprecher in Europa-Fragen und gemeinsam mit dem Abgeordneten Strasser wohl auch in außenpolitischen Fragen vor dem Europarat einige Erklärungen abgegeben hat. Wir sind in der Europa-Politik vielleicht im Ziel weitgehend einig — ich weiß, nicht immer —, im Weg sicherlich nicht. In dieser Frage aber werden wir ihm vollinhaltlich zustimmen können. Ich nehme an, daß die gleichen Zeitungen, die mich so gern unter Gänsefüßchen setzen, dem Herrn Abgeordneten Czernetz dieses Böse nicht antun werden.

Was sagte der Herr Abgeordnete im Europarat auch unserer Auffassung nach richtig? Er sagte: Die österreichische Neutralitätserklärung enthält wohl die Verpflichtung, an keinem militärischen Bündnis teilzunehmen, aber sie verpflichtet den Österreicher nicht zur Gesinnungslosigkeit, und er — der Österreicher — stelle sich eher auf die Seite jener, die sich solidarisch mit dem freien Berlin erklären. Angesichts der bestehenden politischen Lage glaubte der Abgeordnete Czernetz, daß es sich weniger um eine nahende Kriegskatastrophe handelt — wir alle wollen hoffen, daß er recht hat —, sondern vielmehr um Drohungen des sowjetischen Imperialismus. Eine Preisgabe Berlins, sagte er, auch nur eine verhüllte Preisgabe, hätte eine weitaus größere politische Tragweite für die freie Welt als bloß die Preisgabe der Freiheit von etwa 2,5 Millionen Menschen, die Westberlin bewohnen. Es handelt sich hier gewissermaßen um ein Symbol, darf ich beifügen.

Die Bestrebungen der Sowjetunion — so fügte der Abgeordnete Czernetz allerdings mit Recht hinzu —, an ihrem Westrand Staaten zu schaffen, die ihr freundlich gesinnt sind, müsse man aus der Entwicklung der Geschichte verstehen.

Ich erlaube mir daher, von einem Bekenntnis zum freien Berlin zu sprechen, das ich, wie ich hoffe, mit allen Abgeordneten dieses Hauses teile. Ich hoffe, mit diesem Bekenntnis nicht in das kommende Schutzgesetz des Herrn Innenministers „einzubrechen“. Wenn ich es aber ausgesprochen habe, dann darf ich auch an jene Worte anknüpfen, die der Herr Abgeordnete Czernetz als Realpolitiker im Europarat ganz richtig zur Frage des Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion sagte.

Eine geeinte europäische Politik, ein nicht abgedankt habendes Europa könnte gemeinsam eine solche politische Linie wohl finden. Wenn man aber die europäische Politik von heute mit ihrem gelegentlichen Hin und Her und Auf und Ab betrachtet, könnte man skeptisch werden. Kein Geringerer als Bismarck sagte einst, man müsse Rußland behandeln wie schlechtes Wetter, das heißt, man müsse warten, bis es sich ändere. Ich glaube, einem geeinten Europa wäre es möglich, gerade in friedlichen Verhandlungen mit friedlichen Mitteln auch im Kreml gutes Wetter zu schaffen.

Ich habe irgendwie das Gefühl — ich sage das selbst auf die Gefahr hin, da und dort mißverstanden zu werden —, daß Chruschtschow tatsächlich die friedliche Entwicklung aufrechterhalten will. Er will das meiner Ansicht nach nicht, weil er von taubenhafter Güte ist, sondern eher deshalb, weil seine Macht in seinem Land auf seinen Bestrebungen fußt, den Lebensstandard des Sowjetmenschen echt zu erhöhen. Seine diesbezüglichen Bestrebungen, die mit einem stellenweise imponierenden Wohnbau beginnend da und dort schon Ergebnisse erzielen, sind durchaus ernst zu nehmen.

Diese Bestrebungen sind ja auch der tiefere Grund für die Konflikte, die heute zwischen der Sowjetunion einerseits und Albanien und wohl wahrscheinlich auch bereits Rotchina und den Satelliten andererseits bestehen. Natürlich birgt eine solche Friedenspolitik eine Gefahr in sich. Wenn sich nämlich nach Jahren und vielleicht nach Jahrzehnten herausstellt, daß die kommunistischen Länder die freie Welt trotzdem nicht überholen können — und davon bin ich felsenfest überzeugt —, dann könnte sich die Politik im Osten ins Gefahrdrohende ändern. Aber nützen wir die Zeit, versuchen wir im Wege eines geeinten Europa in friedlichen Gesprächen eine friedliche Basis zu erreichen.

Vorgänge freilich wie die in Berlin — darüber wurde schon gesprochen — oder die in Finnland stimmen skeptisch. Denn allein die Behauptung, daß Westdeutschlands „Revanchisten“ den Frieden in Finnland bedrohen — jeder Militärkadett weiß, daß die Rote Armee

Dr. Gredler

in diesem Raum vermutlich hundertfach stärker ist als ein etwaiger westdeutscher Angreifer —, zeigt, vor welche Schwierigkeiten wir gestellt sind.

Um ein Schlußwort zu diesem ersten Problem und vor allem zu dem Berlin-Problem zu sagen, erinnere ich nur an die Worte, die der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, vor wenigen Tagen sprach. Er sagte: „Wir wollen, daß der Frieden und die Freiheit unteilbar sind und daß ein gespaltenes Deutschland und ein zerrissenes Berlin nicht die Deutschen allein angehen. Wir wollen eine Welt in Frieden und Gerechtigkeit aufbauen mit dem Ziel, Brot, Frieden und Freiheit für alle Menschen zu sichern.“ Mit diesen Worten des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes dürfte ich die Linie gefunden haben, die wir in Europa, in der freien Welt brauchen.

Meine Damen und Herren! Man kann zu dem Problem der Einigung Europas aber nicht sprechen, ohne den bedauerlichen Umstand zu erwähnen, daß zwischen den Nachbarstaaten Österreich und Italien, die so viele gemeinsame kulturelle Bande verbinden, nach wie vor der Konflikt Südtirol ungelöst ist. Schon oft haben wir Freiheitlichen in diesem Parlament, aber auch außerhalb desselben Italien beschworen, der deutschsprachigen Minderheit jene autonomen Rechte zu gewähren, die doch dort eine Selbstverständlichkeit sein müßten, wo in unserem Europa Staatsgrenze und Volkstumsgrenze nicht übereinstimmen. Aber alle Bemühungen Österreichs, so auch die bei den Vereinten Nationen, blieben bisher erfolglos!

Wir Freiheitlichen haben die Internationalisierung des Südtirol-Problems für richtig gehalten. Wir haben durch die Entsendung von Delegierten, vor allem durch die meines Freundes Zeillinger, daran auch mitverantwortlich teilgenommen. Wir haben es freilich bedauert, daß man diesen Weg erst so spät gegangen ist, ja daß man anscheinend nicht die erforderlichen Bemühungen unternommen hat, die Staaten der Welt über die legitime Berechtigung und Redlichkeit unserer Forderungen und Absichten genügend zu informieren.

Die wahrhaft europäischen und wahrhaft friedfertigen Bemühungen Österreichs haben kein anderes Ziel, als anzustreben, daß durch die Einschaltung einer Vermittlungsinstanz dort endlich das erreicht wird, was — wie ich schon sagte — in Europa Selbstverständlichkeit sein sollte. Sie fanden bei den übrigen Staaten der Welt ein im Grunde genommen enttäuschendes Echo. Wir müssen befürchten, daß Österreich an diesem enttäuschenden Echo mitschuldig ist, da es die Welt nicht oder ver-

spätet oder zuwenig über den wahren Zustand aufgeklärt hat.

So stehen wir nun neuerlich vor zwischenstaatlichen Verhandlungen mit Italien. Der bisherige Verlauf solcher bilateraler Gespräche — ob sie in Rom, in Wien, in Klagenfurt oder in Zürich stattfanden — löst leider Skepsis auch hinsichtlich des Gelingens künftiger Gespräche aus. Dabei hat Österreich genug Vorleistungen erbracht. Lange hat es zu jenen Folterungen geschwiegen, die ein beschämendes Licht auf den Begriff „Freies Europa“ werfen.

Mit Recht haben österreichische Sprecher im Europarat die Hinrichtungen und die Verhängung von Gefängnisstrafen in der uns seit langer Zeit befreundeten Türkei gegeißelt. Wir haben uns beschämt erklärt, daß in unseren Ländern, die Vorbild sein sollen, durch ein Regime, das Demokratie und Gewissensfreiheit will, solches geschehen konnte. Es fielen die Worte: „Man muß den Türken warnend sagen, daß Todesurteile nicht die Entwicklung zur Demokratie erleichtern; die Straße zur Demokratie darf man nicht mit Galgen säumen.“ Diese Worte sind wahr und richtig!

Wir Freiheitlichen, auch die offiziellen Stellen Österreichs und auch die anderen Parteien in diesem Hause haben sicherlich aus Gründen einer gesamteuropäischen Verantwortung, aus Gründen einer gemeinsamen Bejahung demokratischer Regime die Frage der Folterung nicht berührt. Wir haben gemeinsam auch die Bombenattentate und anderen Terrormaßnahmen bürgerkriegsähnlichen Charakters in Südtirol als falsche Mittel bezeichnet, um Lösungen zu finden.

Der Herr Außenminister hat diese Frage zum ersten Mal erst dann angeschnitten, als er durch eine scharfe Rede des italienischen Delegierten dazu genötigt war. Dieser Hinweis mag für heute genügen.

Aber es sei unterstrichen, daß es höchste Zeit ist, daß endlich jenseits der Alpen Besinnung einkehrt. Es sei unterstrichen, daß wir nicht in einer Welt der gespannten Probleme innerhalb unseres Europa, unseres freien Europa, den anderen die Möglichkeit geben sollen, mit dem Finger auf uns zu zeigen und zu sagen: Ihr selbst haltet es ja nicht besser, auch bei euch herrscht Unruhe, auch bei euch gibt es Rechtswidrigkeiten! Beschwören wir also Italien, mit uns den Weg einer gemeinsamen, einer fairen, einer demokratischen Lösung für die autonomen Rechte dieser Volksgruppe zu finden.

In Zusammenhang mit der Erörterung des Südtirol-Problems — aber nicht allein darauf beschränkt — möchte ich mir erlauben, auch kurz auf jene Bestimmungen des Entwurfes des Zweiten Zusatzprotokolls der

Dr. Gredler

Europäischen Kommission für Menschenrechte, das die Minderheitenrechte regelt, zu sprechen zu kommen. Dieser Entwurf gleicht dem Artikel 25 des UNO-Entwurfes über die zivilen und politischen Rechte, der derzeit vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Verhandlung steht.

Die Vereinten Nationen haben sich seit vielen Jahren mit dem Minderheitenrecht und dem Minderheitenschutz befaßt. Diese Bestimmung hat nicht die allgemeine Billigung erfahren; sie ist so allgemeiner Natur, daß man mit ihr keinen Fortschritt erzielen kann, weil ihr Inhalt in jenen Staaten, die die Minderheiten schon anerkennen und schützen, ohnedies bereits verfassungsrechtlich gesichert ist.

Der von mir erwähnte Artikel 25 garantiert — wenn dies überhaupt der Fall ist — höchstens eine kulturelle Autonomie. Es wäre aber wichtig, daß die Selbstverwaltung garantiert wird, daß man sich auch gegen unerwünschte Assimilierungen schützen kann. Wenn der Artikel, so wie er entworfen ist, Teil der Europäischen Konvention würde, würde der Fortschritt allerdings darin liegen, daß immerhin eine Zuständigkeit der europäischen Gerichtsstellen begründet werden würde.

Im Europarat in Straßburg wurde in Zusatzartikeln zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten Stellung genommen. In diesem von der Konsultativversammlung des Europarates bereits angenommenen Zusatzartikeln werden die Rechte nationaler Minderheiten mit einer Einschränkung festgelegt. Ich gebe zu, daß mir damals, als ich den Beratungen beiwohnte — ich gehöre ja dem betreffenden Ausschuß nicht an, ich bin lediglich Ersatzmann im Plenum und daher natürlich bei den Beratungen im Ausschuß überhaupt nicht anwesend —, diese Bedenken noch gar nicht kamen. Aber bei einiger Überlegung schien mir folgende Klausel doch gefährlich, in der es im englischen Originaltext heißt: „and as far as compatible with public order“, also: soweit es mit dem „ordre public“ übereinstimmt. Diese Einschränkung erscheint dazu geeignet, willkürliche Auslegungen zu ermöglichen. In dieser Einschränkung sehen wir Freiheitlichen — ich glaube mit Recht — eine Gefahr für die gegenwärtige und zukünftige Rechtslage der Volksgruppen.

Der Kommentar zum Schweizer Obligationenrecht von Schönberger und Jeggi, 1961 in Zürich erschienen, sagt in der Note 112, daß die Vorbehaltsklausel — das ist die Klausel vom „ordre public“, vom „public order“, die ich vorhin zitiert habe — in ihrer Definition

reichlich unbestimmt sei. Sie ist, wie Sie wissen, dem internationalen Privatrecht entnommen.

Eine solche Klausel, die von den Organen des Staatsvolkes gegen nationale Minderheiten gebraucht wird, kann aber wegen dieser Unbestimmtheit Minderheitenrechte zunichte machen. Die Klausel erscheint aber auch unnötig, wenn man die im Zusatzartikel aufgezählten Rechte der Minderheiten betrachtet, die ja mit dem „ordre public“ gar nicht in Konflikt kommen können. Sie heißen: Sich ihrer eigenen Kultur zu erfreuen, die eigene Sprache zu gebrauchen, ihre eigenen Schulen einzurichten und Unterricht in der Sprache ihrer Wahl zu halten oder ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben. Das sind Rechte, die keine Einschränkungsklausel brauchen. Diese Klausel sollte daher ersatzlos entfallen!

Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Beginn jener Streiflichter, die ich nur auf einige außenpolitische Probleme geworfen habe, mit der Europa-Politik befaßt. Ich möchte zum Ausgang meiner Rede noch einmal etwas ausführlicher darauf zurückkommen. Dabei habe ich nicht die Absicht, jetzt vor Ihnen eine Art Integrationsdebatte zu entrollen, denn diese wird ja auf Grund des Integrationsberichtes in diesem Hause einen eigenen Tagesordnungspunkt bilden. Es wird dann Gelegenheit sein, ausführlich dazu Stellung zu nehmen.

Ich will nur folgendes unterstreichen: Die Würfel im europäischen Integrationskonflikt sind gefallen. Die Spaltung Europas in zwei rivalisierende Handelsblöcke, gegen die wir Freiheitlichen uns so entschieden wandten, scheint wohl gebannt. Im Ringen um die Einigung Europas hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, das heißt das große Konzept einer alle Bereiche der Wirtschaft umfassenden, auf die Einigung Europas zielenden möglichst engen Zoll- und Wirtschaftsunion, den Sieg davongetragen über das Konzept einer im wesentlichen auf den bloßen Abbau einzelner Handelshemmnisse beschränkten, unverbindlichen Freihandelszone, die der EFTA als Vorbild diente. De facto hat sich diese EFTA, in der wir — wie ich schon einmal sagte — einen Bremsblock gegen Europa sahen, aufzulösen begonnen.

Ich habe vor eineinhalb Jahren — und ich habe mir dabei eine Rüge meines geehrten Herrn Nachredners zugezogen — davon gesprochen, daß die politischen und wirtschaftlichen Experten bei dem Wort „Brückenschlag“ zu gähnen beginnen. In leidenschaftlicher Rede wurde mir dies widerlegt. Es wurde mir gezeigt, wie hier und dort, in diesem oder jenem Gremium, in London, in Straßburg, in

Dr. Gredler

Paris und wo immer von diesem „Brückenschlag“ gesprochen wurde. Es sind nun ein- einhalb Jahre vergangen. Mit dem Wort „Brückenschlag“ ist, kompliziert ausgedrückt, das Prinzip der multilateralen Assoziation zwischen EWG und EFTA gemeint. Dieser Weg hat nicht zum Ziel geführt, und wir können ihn ad acta legen!

Die EFTA, schon von Beginn an eine Totgeburt, ein Versuch, für Großbritannien günstigere Verhandlungsgrundlagen zu finden, wird nun, sagen wir, auslaufen. Es ist gut — und es entspricht unserem Antrag, den mein Freund Kandutsch vor Monaten in diesem Haus gestellt hat, als er nämlich vorschlug, sich die Schweiz als Beispiel zu nehmen und gemeinsam mit der Schweiz zu verhandeln —, daß sich die drei neutralen EFTA-Mitglieder, die Schweiz, Österreich und Schweden, beginnend am 19. Oktober in Wien, dann in Genf, dieser Tage wieder in einer Verhandlung in Wien, durch Minister- und Expertenausschüsse einigten, insofern nämlich einen gemeinsamen Weg zu gehen, indem sie jeder für sich, aber doch koordiniert, miteinander, hoffentlich noch vor Ablauf dieses Jahres bei der EWG einen Assoziierungsantrag stellen werden.

Das Bedeutungsvollste an diesem Kontakt der drei Neutralen ist, daß sie, nach einigem Widerstand in ihren Ländern und auch nach einigen Änderungen, wie mir scheint, in den Auffassungen Österreichs, eindeutig und klar sagten, daß die Neutralität kein Hindernis dafür darstelle, im Wege einer Assoziierung in geeigneter Form an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas teilzunehmen. Sie haben ihren Willen bekundet, gemeinsam das Funktionieren eines integrierten, eines vereinigten europäischen Marktes anzustreben. Wenn Sie der gestrigen Pressekonferenz des ungarischen Politikers Kállai entnommen haben, wie dieser ebenfalls im Zusammenhang mit der Frage der Assoziation doch nicht eindeutig sagen konnte, diese sei ein Verstoß gegen die Neutralität, dann sehen Sie, daß wir zweifellos die besseren völkerrechtlichen Argumente für uns haben.

Wir müssen uns auf die Integration, auf diesen Assoziationsvertrag mit der Wirtschaftsgemeinschaft dringend vorbereiten. Wir sind in eine schwierige Lage gekommen. Der Herr Außenminister hat in diesem Zusammenhang einmal den Ausdruck „professionelle Unglücksrufer“ oder einen ähnlichen Ausdruck gebraucht. Ich möchte nicht zu diesen gezählt werden. Aber ich möchte, daß er und auch alle anderen in diesem Hause davon überzeugt sind, daß uns echte Bedenken die Verpflichtung auferlegen, immer wieder aufzuzeigen, wie die tatsächliche Lage ist.

Der Herr Abgeordnete Czernetz hat es sich einmal in seiner Rede etwas leicht gemacht und gesagt: die Pygmäen. Er meinte sicherlich uns (*Heiterkeit*), denn er hat seine Größe mit meiner Größe verglichen und mich als Pygmäen bezeichnet. Die Pygmäen, so sagte er, gebrauchen hier skeptische Worte und behaupten, es wäre die EFTA vorbei und ähnliches mehr. Verehrter Herr Kollege! (*Abg. Czernetz greift nach der Füllfeder.*) Sie notieren es sich. Sie werden also den „Hauptpygmäen“ sicherlich noch heftig angreifen. Diese Pygmäen, denen, wie Sie wissen, besonders die Sorgfalt der österreichischen Volkstumsforscher, die ja in der Zwergenforschung für die internationale Wissenschaft vieles geleistet haben, gilt, haben aber immerhin eines für sich: Sie sprechen bereits seit Jahren das aus, was sich in der Europa-Politik schon nach wenigen Monaten — jetzt sind immerhin schon ein oder zwei Jahre vergangen — eindeutig und klar als richtig erwies.

Der „Pygmäe“ wird also nun folgendes sagen: Der Vertrag, den England, Dänemark und Norwegen nun zu schließen bereit sind, wird uns zweifellos vor ein entscheidendes Entweder-Oder stellen. Denn es ist gar keine Frage, daß wir, da wir heute schon 57 Prozent unseres Außenhandels mit der EWG abwickeln, dann, wenn auch andere Staaten, wie Großbritannien und die skandinavischen Staaten, dabei sind, schon auf Grund unseres erdrückend großen Handelsvolumens erst recht genötigt sein werden, mit diesen Staaten in ein enges Verhältnis zu kommen. Schiebt man aber den Abschluß mit den EFTA-Neutralen weiter hinaus, was Jahre der Ungewißheit, der Gefahr für unseren Export und eine Lage bedeutet, die für die Wirtschaft, auch auf dem verstaatlichten Sektor, alles eher denn angenehm ist, ist das auch ein falscher Weg.

Der dänische Außenminister Krag hat in der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen vor kurzem einen hochinteressanten Vortrag gehalten. Er sprach dabei von den engen Verflechtungen Dänemarks mit der EWG. Aber die von ihm genannten Dänemark betreffenden Zahlen zeigen, daß diese Gegebenheiten für Österreich noch viel stärker sind.

Die Volkspartei hat die Möglichkeiten, die sich aus der Rede dieses dänischen Sozialisten ergaben, ebensowenig genützt wie etwa die Argumente der holländischen Sozialisten Motzer und Manshold. Nach wie vor weist sie nicht jenes klare außenpolitische Konzept auf, von dem weit über Jahresfrist der damalige Landeshauptmann von Salzburg und jetzige Finanzminister Dr. Klaus gesprochen hat. Aber man zählt ihn ja zu den sogenannten Reformern.

Dr. Gredler

Da gestern der Herr Abgeordnete Grubhofer in seinen Schlußworten gegen die Reformer, ich glaube, mit den Worten: Wir brauchen keine Reform!, die Klinge gezogen hat, verstehe ich, daß diese Anregungen des Herrn Finanzministers Dr. Klaus nicht verwirklicht wurden. Denn noch immer ist Österreich in Brüssel passiv, noch immer sieht man keine eindeutige klare Linie.

Die kommende Wirtschaftseinheit Europas ist für Österreich kein Geschenk. Die Umstellung wird Schwierigkeiten mit sich bringen. Es wird auch notwendig sein, die Sowjetunion zu überzeugen, daß eine Assoziation keine Gefährdung unserer Neutralität, sondern vielmehr deren Sicherung darstellt. Der Herr Nationalratspräsident Figl hatte nicht unrecht, als er — wenn ich aus der Presse richtig unterrichtet bin — einmal einen maßgeblichen sowjetischen Politiker gefragt hat, ob er einen toten oder einen lebendigen Neutralen vorziehe. Daher müssen jene Stimmen bedenklich anmuten, die bis tief hinein in katholische Kreise gehen, die immer wieder versuchen, die EWG und unseren Zusammenhang mit ihr nur deshalb anzugreifen, weil die deutsche Bundesrepublik ihr Mitglied ist. Eine Assoziation Österreichs an die EWG, in der die Bundesrepublik in dem abstimmungsberechtigten Gremium doch eine geringe Stimmenanzahl hat — und treten neue Staaten als Vollmitglieder hinzu, wie es ja England, Dänemark und Norwegen wollen, dann wird diese Stimmenanzahl noch viel geringer sein —, bedeutet doch alles eher als etwa einen Anschluß an Westdeutschland!

Wenn wir Freiheitliche der Regierung vorwerfen, allzulange eine unklare Linie in ihrer Europa-Politik gegangen zu sein, so müssen wir noch einen zusätzlichen Vorwurf erheben, nämlich den, daß die Vorbereitung Österreichs auf die kommende Integration im Innern völlig ausfällt. Diese Vorwürfe sind nicht gegen den Herrn Außenminister gerichtet, sie müssen aber trotzdem vorgebracht werden.

Meine Damen und Herren! Überall in Europa gibt es eine Umstellung des Staatshaushaltes, um bei den wissenschaftlichen und kulturellen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts mitzukommen und den Verteidigungswillen des betreffenden Landes zu dokumentieren — bei uns ein Hin und Her, ein sozialer, ein parteipolitischer Stimmenfang mit Pressure Groups, eine Unklarheit in der wirtschaftlichen wie in der politischen Linie.

Überall in Europa Maßnahmen, um etwa gegen die Nivellierung der Mittelbetriebe, der kleineren Betriebe, der freien Berufe etwas zu tun und diese steuerlich neutral gegen die Großbetriebe des Kollektivs zu halten — bei

uns steuerliche Konzentrationspolitik, Anwachsen des Staatsvermögens, steuerliches Zerreiben von Mittel- und Kleinbetrieben.

Überall in Europa Gleichstellung der staatlichen und öffentlichen Wirtschaft mit der übrigen Wirtschaft — bei uns Sonderentwicklung der staatlichen Wirtschaft mit politisch doktrinärem Hintergrund zu Lasten der Ertragsentwicklung.

Überall in Europa verzweifelte Suche nach Nachwuchstalenten, nach wirtschaftlichen Führungsfachkräften, nach gutem jungen Material — bei uns Auswanderung derselben, Parteiprüfundenvergebung durch Parteibüros nach Proporzmitgliedschaften in der öffentlichen Wirtschaft und auch außerhalb derselben.

Überall in Europa Popularisierung der Aktie als Instrument der Beteiligung breiter Volkskreise am Staatsvermögen — bei uns wohl von den einen verkündet im Wahlkampf, dann nicht verwirklicht, und ansonsten Wachstum des Staatsvermögens mit nicht ausgeschütteten Gewinnen, Steuerbegünstigungen und Budgetnothilfen.

Überall in Europa Vorbereitung der Integration durch ein sorgfältig überlegtes Zusammenspiel der Handels-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik zur Konjunkturstabilisierung, zur Erreichung eines künftigen verstärkten Aufbaues — bei uns Diktat des Sozialministeriums zur Absperrung ausländischer Arbeitskräfte, protektionistische Außenhandelsmaßnahmen zur Vermeidung notwendiger Umstellungen.

Überall in Europa strukturelle Umleitung nicht mehr lebensfähiger Branchen in bessere, lebensfähige, Förderung des Ausbaues der Entwicklungsindustrie — bei uns insbesondere im verstaatlichten Sektor Erstarrungserscheinungen aus Gründen der Pragmatisierungstendenz von Arbeitskräften und kurz-sichtiger gewerblicher Lokalinteressen und ähnliches mehr.

Überall in Europa werden etwa Vorstandsmitglieder bei guter Wirtschaftsleistung vor allem durch eine erhöhte Gewinnbeteiligung interessiert und bezahlt — bei uns parteipolitische Nivellierungen, parteipolitische Prinzipien mit jenen vom Rechnungshof als so traurig bezeichneten Zuständen.

Und — um zum Schluß zu kommen — überall in Europa Durchführung von Vermögensverwaltungsfunktionen des Staates durch gesellschaftsrechtliche Organisation mit gleichen Rechten und Pflichten wie in der übrigen Wirtschaft — bei uns ständiges Ausweiten der Vermögensverwaltungsfunktionen des Staates in Ministerien; denken Sie auch an das vorgesehene unglückliche ERP-System, an eine Wirtschaftspolitik, die zu-

Dr. Gredler

gunsten der politischen Vermögensverwaltung die Chancen begräbt und die Möglichkeiten für morgen nicht nützt und schafft.

Schließlich, überall in Europa Vorbereitung der Wirtschaft für den Wettbewerb des großen Marktes durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen — bei uns Konzentrierung parteipolitischer Kräfte gegeneinander zur Sicherung des Einflusses der Parteikräfte auf Pfründen.

Ich glaube, mit diesen Punkten aufgezeigt zu haben, daß die europäische Entwicklung Österreichs, die wir doch alle gemeinsam gehen wollen, Gefahr läuft, an Umständen im Inneren zu scheitern oder zumindest nicht jene Früchte zu tragen, die sie ansonsten tragen könnte.

Das Kapitel Außenpolitik — das Letztgesagte steht damit nur am Rande in Verbindung — hat erwiesen, daß in ihm ein Teil der Gesamtpolitik, auch ein Teil der Gesamtbudgetpolitik zu sehen ist. Sie werden daher als selbstverständlich annehmen können, daß wir Freiheitlichen auch zu diesem Kapitel wie zu allen anderen in der Budgetfrage unser Nein sagen müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Czernetz zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Czernetz: Hohes Haus! Der Herr Berichterstatter hat gestern schon darüber gesprochen, daß die Ansätze für die äußeren Belange unseres Staates im Budget 1962 besonders zu kurz kommen. Wir haben im Ausschuß ausführlicher darüber gesprochen, und es zeigt sich, daß die Zahlen allein eine beredete Sprache sprechen. Bei einer Erweiterung der Gesamtausgaben unseres Bundeshaushaltes für 1962 um 16 Prozent sinken die präliminierten Ausgaben für Äußeres um etwas über 5 Prozent. Das ist bedauerlich, und ich glaube, wir haben allen Grund, hier im Hause offen — ich möchte sagen: im Namen des Außenpolitischen Ausschusses — unsere Beschwerde auszusprechen, vielleicht auch im Namen des Herrn Außenministers, denn es handelt sich hier um ein Sparen am falschen Ort. In dieser Kritik scheint der Bundesminister und der Staatssekretär, scheinen die Mehrheitsparteien und die Opposition einer Meinung zu sein. Es scheint, daß wir durchaus übereinstimmend der Auffassung sind, daß das Außenministerium nur ungenügende Mittel für wachsende Aufgaben erhält.

Wir haben schon gestern aus dem Referat des Berichterstatters gehört, daß eine Reihe geplanter Vertretungsbehörden — besonders im afro-asiatischen Raum — nicht eingerichtet werden können, weil hierfür im Budget 1962 die Mittel nicht vorgesehen sind. Es handelt

sich dabei nicht bloß um eine Einbuße an Prestige, sondern es handelt sich noch mehr darum, daß wir politische und wirtschaftliche Möglichkeiten in diesen Staaten nicht ausnützen können.

Ich möchte daher einleitend in allem Ernste sagen: Es ist zu wünschen, daß in Hinkunft, im nächsten Bundeshaushalt, dieses falsche Sparen, dieses Sparen am falschen Ort, das uns Nachteile und größere Schädigungen wirtschaftlicher Art bringen kann, nicht wieder vorkommt.

Meine Damen und Herren! Im Vordergrund der außenpolitischen Aktivität Österreichs steht sehr häufig Südtirol. Man hat den Eindruck, daß die österreichische Außenpolitik beinahe im Schatten der Frage Südtirol steht. Wir erwarten einen Bericht des Herrn Bundesministers über die letzten Verhandlungen vor den Vereinten Nationen, wir werden im Außenpolitischen Ausschuß und im Hause noch darüber zu reden Gelegenheit haben, aber heute schon möchte ich ein paar Bemerkungen dazu machen.

Unser Staat ist durch das Gruber-De Gasperi-Abkommen berechtigt und verpflichtet, die Rechte der österreichischen Minderheit in Italien zu vertreten. Österreich ist dazu verpflichtet, die im Pariser Abkommen verheißene Autonomie zu urgieren und mit Italien über die Einhaltung der Minderheitenrechte der Südtiroler zu verhandeln. Ich hoffe, wir sind alle in diesem Hause einer Meinung, wenn ich sage: Wir Österreicher wünschen keine Irredenta. Wir alle sind gegen jede Gewaltanwendung, gegen jeden Chauvinismus, gegen jede Störung des Friedens in Zusammenhang mit dieser leidigen Frage. Die österreichische Bevölkerung hat in der Vergangenheit gleichermaßen sinnlose und gefährliche Übergriffe der italienischen Verwaltung wie verantwortungslose und verbrecherische Terrorakte und Exzesse der Extremisten abgelehnt. Ich glaube, wir sind einer Meinung, wenn wir nach den Erfahrungen des letzten Jahres sagen: Südtirol soll keine Brutstätte des deutschen Neonazismus *(Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!)* oder des italienischen Neofaschismus werden! Beide abzulehnen haben wir allen Grund. Und wir haben auch Grund, die Verschlechterung unserer Beziehungen zu unserem italienischen Nachbarn bitter zu beklagen. Die Terrorakte und die Übergriffe der Verwaltung Italiens waren schädlich für Südtirol, schädlich für Europa und schädlich für die Demokratie.

Wenn mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Gredler, von einer Pechsträhne des Außenamtes und der Außenpolitik gesprochen hat und dabei Südtirol erwähnte, dann darf ich

Czernetz

ihn vielleicht doch darauf aufmerksam machen, daß diesmal bei den Vereinten Nationen in einer ruhigen Beratung ein stärkeres Interesse denn je zuvor für die Rechte und Interessen der Südtiroler Bevölkerung bestand und daß sich die Weltöffentlichkeit mit dieser leidigen Frage nicht nur beschäftigen muß, sondern auch tatsächlich beschäftigt.

Wir haben — Abgeordneter Gredler hat das in einem bestimmten Zusammenhang halb kritisch, halb zustimmend erwähnt — gerade im Falle der Behandlung Südtirols einen besonderen politischen Stil in Österreich entwickelt. Daß wir hier eine echte und gute Zusammenarbeit des Bundesministers, des Staatssekretärs, der Beamtenschaft des Außenamtes mit der parlamentarischen Delegation, die auch die Opposition einschließt, mit der Tiroler Landesregierung und Vertretern Südtirols haben, daß es hier eine permanente Beratung und Mitwirkung gibt, ist erfreulich. Ich würde beinahe sagen: In diesem Falle unserer außenpolitischen Aktivität haben wir so etwas wie eine funktionelle Demokratie entwickelt. Ich glaube, dieses Haus hat allen Grund, noch vor der Erstattung des formellen Berichtes durch den Herrn Bundesminister der ganzen österreichischen Delegation bei den Vereinten Nationen unter der Führung des Herrn Außenministers Dr. Kreisky aufrichtig Dank zu sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich möchte diesen Dank persönlich noch besonders unterstreichen. Ich bin glücklich, daß es der österreichischen Delegation gelungen ist, diese Frage vor dem größten Forum der Welt zu vertreten, die Rechte der Südtiroler anzumelden und zu verfechten — ohne Chauvinismus, würdevoll, im Geiste der Demokratie und im Geiste Europas. Wenn auch mein Vorredner Skepsis über den künftigen Verlauf der zweiseitigen Verhandlungen ausgedrückt hat, so werde ich doch immer wieder meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß solche Verhandlungen erfolgreich sind, denn es gibt kein anderes vernünftiges Mittel als Verhandlungen und die Durchsetzung der Vernunft in Verhandlungen.

Wir hoffen, daß die Studienkommission des italienischen Parlaments, der auch Südtiroler Vertreter angehören, erfolgreich sein wird, daß wir Vorschläge dieser Kommission wie auch der Sonderkommission des Europarates über die Südtirol-Frage erhalten werden und daß diese Beratungen und Ergebnisse die Grundlage zweiseitiger Abkommen zwischen Italien und Österreich darstellen werden.

Herr Präsident! Wir wünschen, daß dieses Problem Südtirol sobald wie möglich in freundschaftlichen, friedlichen Formen und durch eine

demokratische Lösung aus der Welt geschafft wird! Ich wünsche in diesem Zusammenhang nichts sehnlicher, als daß wir durch eine friedliche und freundschaftliche Regelung die Angelegenheit Südtirol von der Tagesordnung der österreichischen Außenpolitik streichen können.

Die Aufgaben unserer Außenpolitik gehen weit über diesen tragischen Sonderfall hinaus. Unsere Außenpolitik hat die Aufgabe, die Existenz der österreichischen Republik, die Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität unseres Staates zu sichern. Wir haben seit den Beratungen über das Neutralitätsgesetz 1956 immer und immer wieder den Charakter unserer Neutralität definiert und klargestellt, daß es eine militärische Neutralität ist und wir den Neutralismus ablehnen.

Aber es ist vielleicht doch notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß seit ungefähr zwei Jahren in der Öffentlichkeit Österreichs in Reden und Zeitungsartikeln eine ganz eigenartige kritische Stellungnahme zu unserer Neutralität zu finden war. Da hört und liest man: Diese österreichische Neutralität ist etwas Besonderes, sie ist uns ja aufgezwungen worden, wir haben die Neutralität nicht freiwillig auf uns genommen! Man liest, die Neutralität sei eine schwere Last, sie sei unzeitgemäß, sie sei ein Anachronismus, heutzutage gebe es so etwas überhaupt nicht. Ich möchte noch bemerken: Die österreichische Neutralität ist unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg zuerst von dem verewigten Bundespräsidenten Renner in die öffentliche Debatte geworfen worden, von den Parteien debattiert und zum Teil von den Parteien, zum Beispiel von meiner Partei, schon 1947 in ihr Programm aufgenommen worden. Wir Österreicher haben 1954 auf der Berliner Konferenz durch unseren Außenminister die Neutralitätserklärung für Österreich angeboten — sie wurde damals zurückgewiesen —, und wir haben im Jahre 1955 schließlich interne Verpflichtungen auf uns genommen, die wir nach der Unterzeichnung und nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages und der Räumung Österreichs von den Besatzungstruppen im Jahre 1956 in die Wirklichkeit umgesetzt haben.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Neutralität ist die konsequente Folge der Entwicklung des zweiten Weltkrieges und der Entschlüsse der Siegermächte gewesen, und zwar aller großen Siegermächte. Schon auf der Konferenz von Teheran hat man sich über die gemeinsame Befreiung und Besetzung Österreichs geeinigt und mit der gemeinsamen Besetzung dieses strategischen Zentrums Europas, dieser Drehscheibe im Herzen Europas, wurde eine militärische Neutralisierung her-

Czernetz

beigeführt. Das geschah in der Zeit der sogenannten großen Allianz, die 1946 in Brüche ging. Aber mit dem Ausbruch des Kalten Krieges mußte es doch jedem Österreicher klar werden: Wenn alle Besatzungsmächte, die nun rivalisierende Kräfte in der Welt waren, mit ihrer Militärmacht in Österreich stehen, dann gibt es doch überhaupt nur eine Chance, Österreich von der fremden Besetzung freizubekommen: wenn die Neutralisierung durch Besetzung ersetzt wird durch eine Neutralitätserklärung. Warum hätten denn die Russen aus Österreich weggehen sollen, wenn sie annehmen hätten müssen, daß ganz Österreich ein Teil des westlichen Bündnissystems wird? Warum hätten denn die Amerikaner aus Österreich weggehen sollen, wenn sie annehmen hätten müssen, daß die Rote Armee in Bregenz stehen würde? Dann hätten sie ja lieber den Zustand von vorher aufrechterhalten, wie er während der Zeit der Besetzung bestand. Nur die Neutralität in Verbindung mit der Räumung Österreichs durch die Besatzungsmächte konnte diesem Lande wieder die Freiheit schaffen!

Von „aufgezwungener Neutralität“ wird da geredet und geschrieben. Meine Damen und Herren! Ich spreche nur für mich: Die Neutralität war der Preis für unsere Freiheit, aber wir haben ihn damals gern und freiwillig gezahlt, niemand hat uns dazu gezwungen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Jene, die heute so kühn darüber reden, möchte ich fragen, wo sie damals mit ihren Warnungen waren! Auch die Kritiker haben damals nicht empfohlen, die Neutralität zurückzuweisen. Wir hätten ja nein sagen können — dann wären wir in der vergnüglichen Lage, die „Vier im Jeep“ heute noch da zu haben. Vielleicht hätten wir eine ebensolche Schandmauer, wie sie in Berlin steht, auch mitten durch Wien, wenn wir so dumm und so verantwortungslos gewesen wären wie heute manche Kritiker mit diesem verantwortungslosen Gerede über die aufgezwungene Neutralität. Die Neutralität ist für Österreich in diesem Grenzbereich zwischen den Blöcken die Grundlage unserer Existenz. Ich wäre froh, wenn man das hüben und drüben, ob bei der Regierung oder bei der Opposition, ob kritisch in den Regierungsparteien oder positiv in den Regierungsparteien, ob regierungstreu oder reformistisch in den Regierungsparteien, endlich verstünde. Man soll aufhören, an der Existenzgrundlage unseres Volkes und unseres Staates zu rütteln! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Die Vergleiche, die jetzt mit Finnland angestellt werden, sind vollkommen falsch und unsinnig. Österreich hat den Staatsvertrag mit den vier Großmächten, den Befreiern und den späteren Besatzungsmächten; Finnland,

das ja zwei Kriege gegen die Sowjetunion geführt hat, hat lediglich einen Friedens-, Freundschafts- und Beistandspakt mit der Sowjetunion, ist also in einer völlig anderen Situation. Ich glaube, wir haben genug Verständnis für die Schwierigkeiten des finnischen Volkes und des finnischen Staates. Es wäre nur zu wünschen, daß man im Westen mehr Verständnis für die Lage des finnischen Volkes hätte, das sich diese Lage ja auch nicht ausgesucht hat, zumindest bei Handlungen in der Vergangenheit niemals daran gedacht hat, daß das das Resultat sein könnte. Ich bedauere nur, daß so manche unvorsichtige Handlungsweise im Westen die Lage Finnlands gerade auch in Zusammenhang mit der europäischen Integration — darüber werde ich noch sprechen — nicht erleichtert, sondern eher noch zusätzlich erschwert hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben bei der Behandlung der österreichischen Neutralitätspolitik unmittelbar eine Frage vor uns, mit der wir uns als einer brennend aktuellen politischen Frage befassen müssen. Schon mein Vorredner Dr. Gredler hat ausgeführt, daß wir über die wirtschaftspolitischen Aspekte der Integration später im Zusammenhang mit den Integrationsberichten der Bundesregierung außerhalb der Budgetdebatte sprechen können. Aber die Fragen sind politisch unmittelbar aktuell. Die ganze Welt ist aufgeregt über einen Artikel in der sowjetischen kommunistischen Zeitung „Prawda“, der Österreich in Zusammenhang mit der Integration Ratschläge und Warnungen erteilt. Man hat bereits in der Presse der Welt mit Interesse notiert, daß die Aufregung über diesen Artikel der „Prawda“ im Westen größer ist als in Österreich selbst. Die Österreicher nehmen erfreulicherweise diesen Artikel mit großer Gelassenheit hin.

Aber vielleicht ist es doch notwendig, festzustellen, gerade da dieser Artikel jetzt in dem Blatt der großen diktierenden Regierungspartei der Sowjetunion erschienen ist, wie richtig die Politik der österreichischen Bundesregierung und der Regierungsparteien war, in der Frage der europäischen Integration niemanden zu fragen, was uns erlaubt ist. Wir selbst bestimmen Inhalt, Möglichkeiten und Grenzen unserer Neutralität, die der Boden unserer politischen Aktion ist. Es haben von allem Anfang an zuerst Bundeskanzler Raab und später sein Nachfolger Bundeskanzler Gorbach, es haben Vizkanzler Pittermann und Außenminister Kreisky, und es haben beide Regierungsparteien eindeutig von allem Anfang an in nüchterner Prüfung der juristischen Verhältnisse, der völkerrechtlichen Fragen und der machtpolitischen Verhältnisse eindeutig entschieden, daß wir so wie die

Czernetz

Schweiz der Meinung sind, daß Österreich nicht Mitglied der EWG werden kann. Wir haben die EFTA gebildet, wir haben sie eingerichtet als ein Instrument des Brückenschlages. Auch der neuerliche, jetzt schon etwas gemilderte Hohn des Kollegen Gredler, der jetzt nur mehr „nachwirft“ und sagt, es sei ja eine Totgeburt gewesen, kann nichts daran ändern, daß wir alle — und wirtschaftlich auch Sie, meine Herren von der Opposition — sehr gut an den Erfolgen der angeblichen Totgeburt partizipiert haben. Wir haben die Zollsenkungen mitgemacht und haben unseren Handel ausgeweitet. Das Interessante daran war, daß wir bei der Politik, die Sie als einen Fehlschlag zu bezeichnen belieben, nicht nur den Handel in die EFTA-Länder wesentlich ausgeweitet haben, sondern gleichzeitig imstande waren, den Handel mit den EWG-Staaten zu steigern. (*Abg. Zeillinger: Das tut weh!*) Denn es sind ja nicht die Geschäftsleute, die Oppositionspolitik machen, sondern sie sagen: Wenn wir selbst den „schlimmen“ Österreichern etwas verkaufen können und sie zahlen, dann verkaufen wir es ihnen. — Sie haben Ihre Ratschläge nicht befolgt und uns etwa deshalb, weil wir die EFTA gebildet haben, nichts mehr verkauft. Sie verkaufen uns gerne weiter. Wir haben besonders die Importe gesteigert, aber wir haben gleichzeitig auch das Exportvolumen in beide Marktbereiche vergrößern können.

Wir werden ausführlich über die Einzelheiten der wirtschaftlichen Seite zu reden haben. Aber, meine Damen und Herren, man soll außerordentlich vorsichtig sein. Wir sind der Meinung, daß ein Assoziationsvertrag, in vernünftiger Weise verhandelt und konzipiert, unseren Verpflichtungen als neutraler Staat nicht widersprechen muß. Wir wissen nur noch nicht, was in dem Assoziationsvertrag stehen wird, weil die Verhandlungen, die wir so wie die Schweiz und Schweden gemeinsam als Neutrale wünschen, noch nicht begonnen haben — von „abgeschlossen“ ist gar keine Rede.

Ich darf Sie aber schon jetzt mit einiger Sorge auf eine jüngst in der Schweiz gehaltene Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, Professor Hallstein, aufmerksam machen. Die „Zürcher Zeitung“ hat ausdrücklich darüber berichtet. Professor Hallstein hat in dieser Rede nicht nur festgestellt, daß die EWG das Projekt eines kühnen politischen Konzepts konkretisiert, sondern er hat außerdem noch gesagt: „Die Anstrengungen blieben nicht allein auf die wirtschaftliche Sphäre beschränkt, sondern sie wurden auch auf den politischen Bereich ausgeweitet.“ Man könnte sagen: Schön, wir müssen ja nicht an all den

politischen Zielsetzungen teilnehmen — das ist ja unser Standpunkt —, wir können daran nicht teilnehmen. Präsident Hallstein setzt fort und sagt: „Der politische Gehalt der Wirtschaftsgemeinschaft ist für ihr Schicksal essentiell, und der Entschluß zum Beitritt enthält einen politischen Kern. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Beitritt zur EWG Mut und die Bereitschaft verlangt, politische Optionen zu vollziehen.“ — Nun, wir als Neutrale können nicht beitreten, wir werden und können diese politischen Optionen nicht vollziehen. — Professor Hallstein sagt weiter: „Als letzter Zweck der europäischen Einigung muß die Sicherung des Friedens in Europa, und zwar seine dauerhafte Sicherung, erkannt werden.“ — Das ist unbestritten. Aber er kommt dann zu einer Lektion an die Schweizer, indem er erklärt: „Damit muß aber auch eine Neutralitätspolitik gegenstandslos werden.“

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dieser Vortrag des Herrn Präsidenten Hallstein in der Schweiz außerordentliche Unsicherheit und Unruhe herbeigeführt hat. Besonders ein sehr bekannter und uns Österreichern sehr sympathischer Schweizer Publizist, der Chefredakteur der „Weltwoche“, Dr. Lorenz Stucki, der noch im Sommer in aller Schärfe für die Zugehörigkeit der Schweiz zur EWG eingetreten ist, sagt jetzt warnend: Vorsicht, Vorsicht, die Schweizer Neutralität ist unter Beschuß! Man soll die Tatsachen nehmen, wie sie sind, und ob man jetzt theoretische, ob man akademische Kritik an der Schweizer Neutralität übt oder nicht — sie ist ein Faktum, an dem nicht gerüttelt werden kann und nicht gerüttelt werden soll.

Wir sollen nicht übersehen, daß es hier sehr ernste Probleme gibt, und wir stimmen dem Bundespräsidenten der Schweizer Eidgenossenschaft zu, der für die Schweiz sagt, daß in der gegebenen Lage — das ist für die Schweiz ein langer historischer Prozeß, für uns eine viel jüngere und kürzere Entwicklung — die Neutralität eine Existenzgrundlage des Staates darstellt. Meine Damen und Herren! Wir werden diese Gegebenheiten ernsthaft im Auge behalten müssen, und es wird besser sein, jetzt nicht leichtfertig darüber zu reden oder mit Spott darüber hinwegzugehen.

Wenn die „Prawda“ uns Ratschläge gibt, dann sagen wir in größter Ruhe: Danke für die Ratschläge! Wenn sie uns sagt, wie wir Österreicher Souveränität und Neutralität bewahren sollen, dann sind wir besonders dankbar. Wir sehen uns ein wenig in Europa um und staunen nur, wie wenig Verständnis die „Prawda“ für die Souveränität unseres ungarnischen Nachbarvolkes hatte und wie eigenartig doch die Auslegung der Neutralität

Czernetz

Finnlands durch den mächtigen russischen Nachbarn und Protektor ist. Wenn man uns Mahnungen oder gar versteckte Drohungen zukommen lassen will, dann weisen wir sie kalt und ruhig, aber entschieden zurück. Man soll abwarten, bis wir mit der EWG über eine Assoziation verhandeln. Ehe man etwas unternehmen will, soll man abwarten, was in den Verhandlungen von den Regierungen der neutralen Staaten, also auch Österreichs, entschieden wird und was die Parlamente zu tun gedenken. Wir selbst, Hohes Haus, betrachten unsere Neutralität für unantastbar und als Grundlage unserer Freiheit und Existenz. Wir brauchen keine Belehrungen von anderer Seite. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne noch einige Worte über die Frage der europäischen Integration zu sagen. Herr Kollege Gredler! Wenn Ihnen dieser von mir gar nicht erfundene, sondern aus der amerikanischen Presse entnommene Vergleich mit den Pygmäen so weh getan hat, so darf ich Ihnen antworten: Wir sind ja bereit, wie Sie genau wissen, unseren politischen Pygmäen in Österreich sogar eine Reservation einzurichten. *(Abg. Dr. Gredler: Die ist aber klein!)* Sie bleiben dann so, wie sie sind. *(Heiterkeit.)* Aber man hat in der amerikanischen Presse gemeint, die Frage der europäischen Einheit sei von so ungeheurer Bedeutung, daß man zu ihrer Lösung Riesen und nicht Pygmäen brauche. So war es gemeint, und so habe ich es zitiert.

Ich erkläre Ihnen offen, meine Sorge bezieht sich darauf, und das habe ich in der gemeinsamen Beratung des Europarates mit dem Europäischen Parlament, bei anderen Anlässen und auch meinen Parteifreunden aus dem Westen, zuletzt beim Kongreß der Sozialistischen Internationale in Rom, gesagt: Wir glauben, daß das neue Konzept der europäischen Einheit, nämlich die Verbindung aller NATO-Staaten Europas in der EWG und ihre feste Verbindung in einem Block und die Assoziierung der Neutralen mit diesem Block zu verwirklichen, ein gefährlicher Weg ist. Es wäre weiser gewesen, für die wirtschaftliche Integration Europas eine Konstruktion zu wählen, wie wir sie seit Jahren mit Rücksicht auf die Besonderheiten Europas verlangt haben — darum EFTA-Politik, darum Brückenschlag —, eine Lösung, die den Schweden, den Schweizern, den Österreichern und auch den Finnen das Leben etwas leichter gemacht hätte. Das wäre auch das Interesse einer großen Strategie der freien Welt gewesen. Wir Neutralen anerkennen doch den wichtigen Militärblock der NATO, unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit, unsere Neutralität sind doch nur möglich, weil es eben nicht nur den

Ostblock, sondern auch den Westblock gibt. Nur können wir im Grenzbereich als Neutrale nicht mit dabei sein, und wir wollen es auch nicht. Das ist die Grundlage unseres Lebens, das wissen wir von Anbeginn, das wissen auch die anderen. Aber wäre es nicht das Interesse der freien Welt, vor sich im Grenzbereich ein Glacis befreundeter Staaten zu haben, nicht aber Staaten, die in Schwierigkeiten gebracht werden durch eine kleinliche und engstirnige Übertragung militärischer Konzepte auf die wirtschaftliche Integration? Wir sind nicht sicher, daß es der beste, der weiseste Weg war, der da gegangen wurde, und wir sind jedenfalls entschlossen, im Rahmen dieser neuen geplanten Lösungen für unsere Selbstständigkeit und Freiheit einzutreten, weil sie wie die Neutralität die Grundlagen unserer Existenz darstellen.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß ich persönlich sehr betroffen und innerlich bewegt bin. Für mich ist die Einheit Europas nicht bloß eine Frage von Handelsverträgen und Zollpositionen, sondern gerade weil für mich die Einheit Europas eine große Idee ist, leide ich darunter, daß wir sie jetzt in dem Dschungel der Machtpolitik in dieser Weise verzerrt vor uns sehen, daß die Interessen und Interessenten miteinander feilschen und eine große Idee wahrlich von Tag zu Tag in üblerer Weise darstellen.

Aber ich glaube auch, daß wir alles Interesse haben, daß bei diesen neuen Versuchen jenes Instrument, das wir gut kennengelernt haben, die Herren von den Regierungsparteien ebenso wie die Herren von der Opposition, jenes übernationale parlamentarische Forum Europas, der Europarat, im Laufe dieser Entwicklung nicht weggeworfen wird und daß man an dessen Stelle dann nicht ein europäisches Rumpfparlament der NATO-Mitglieder setzt. Der Europarat soll erhalten, er soll ausgebaut, er soll gestärkt werden, und ich erwarte, daß der Herr Bundesminister und daß das Außenamt im Ministerkomitee des Europarates gemeinsam mit den Abgeordneten der Beratenden Versammlung für eine solche Politik der Erhaltung und der Erweiterung dieses Instruments eintreten.

Hohes Haus! Wir sind ein Kleinstaat, wir sind kein Machtfaktor. Man sagt immer, dieses Österreich liege im Grenzbereich zwischen Ost und West, es liege damit im Spannungsfeld der Westmächte, der Militärblöcke. Ich glaube, eine Debatte über unsere Außenpolitik darf nicht vorübergehen, ohne daß Sorgen unserer Bevölkerung, begreifliche Sorgen der Menschen unseres Landes auch hier vor diesem Hohen Hause ausgedrückt werden. Die Menschen haben heute wieder Angst vor dem Krieg, man hat furchtbare Angst und hat Grund dazu.

Czernetz

Gestatten Sie, Herr Präsident, daß ich aus einer sowjetischen Publikation, aus der Zeitschrift „Internationales Leben“ vom Oktober 1960 aus einem Artikel eines bekannten sowjetischen Militärwissenschaftlers, des Herrn Generalmajors Talenskij, ein paar Sätze vorlese, die zeigen, was man heute da, und ich werde mich bemühen auch zu zeigen, was man dort über den Krieg denkt. Ich lese in dem Artikel des Herrn Generalmajors Talenskij, worin er sagt:

„Geht man davon aus, daß die Fläche, die ein Kernwaffenträger (Bombe oder Rakete) von 10 bis 12 Megatonnen zerstören kann, 700 Quadratkilometer beträgt, so sind zur Ausradierung eines Staates von der Größenordnung der USA (ohne Alaska) ungefähr 8500 derartige Sprengköpfe erforderlich. Aber auch diese (geringe) Massierung ist nicht (unbedingt) notwendig, da für die Schläge gegen die entscheidenden strategischen, wirtschaftlichen und politischen Zentren eine etwas kleinere Menge atomarer Vernichtungsmittel ausreicht. Außerdem kann die gefährliche radioaktive Verseuchung schon mit einigen hundert, in bestimmten Fällen sogar mit einigen Dutzend Bomben bewirkt werden.“

Man befaßt sich nicht nur mit Amerika, sondern Generalmajor Talenskij schreibt weiter:

„Zur Zerstörung aller lebenden und unbelebten Stoffe auf dem Territorium Europas einschließlich der Berge, Wälder und Tundren würde die geringe Zahl von 15.000 Bomben des weiter oben genannten Kalibers genügen. Will man dagegen das europäische Territorium nur radioaktiv verseuchen, so verringert sich die dazu erforderliche Anzahl von Bomben beträchtlich um einige tausend Einheiten, und zur Zerstörung des Territoriums der Länder des aggressiven Nordatlantischen Blocks einschließlich aller amerikanischen Basen braucht man kaum mehr als 500 thermokleare Bomben.“

Das ist die eine Seite, Herr Präsident. Ich lese auf der anderen Seite in der amerikanischen Zeitschrift „U. S. News & World Report“, die vor ein paar Wochen herausgekommen ist, die Mitteilung, daß sich — ich zitiere — „in den Händen der Vereinigten Staaten die größte Ansammlung von Feuerkraft befindet, die die Menschen jemals angesammelt haben, nämlich 35.000 bis 40.000 nukleare Bomben und Sprengkörper, deren Explosivkraft gleichkommt der Explosivkraft von 35 Milliarden Tonnen TNT, des herkömmlichen Sprengmittels“.

Meine Damen und Herren! Ich bin nicht in der Lage, zu verstehen, was das bedeutet. Ich kann es lesen, ich kann es wiederholt

lesen, aber ich mache mir keine Vorstellung davon.

Darf ich nur bemerken: Erfreulicherweise — offenbar zu Volksbildungszwecken — fügt die amerikanische Zeitschrift hinzu, daß mit dieser Menge, mit 35 Milliarden Tonnen TNT-Sprengstoff, eine Berechnung möglich ist, nach der pro Person auf der Erde 10 Tonnen Sprengmittel kommen. Das verstehe ich, und das reicht für mich aus. (Abg. Rosa Jochmann: Furchtbar!)

Die Buchhalter des Todes sind gründlich — hüben und drüben! Ich glaube, es wird gut sein, wenn wir selber uns vor Augen halten und unseren Menschen draußen sagen: Man weiß auf beiden Seiten der Demarkationslinie, des Eisernen Vorhanges, welche Folgen die große strategische Revolution unseres Zeitalters gebracht hat. In der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ hat schon vor Jahren der jetzige Militärberater des Präsidenten Kennedy, Dr. Kissinger, ausgeführt, daß man im Kreml und im Weißen Haus ganz genau weiß, daß ein Druck auf den Taster genügt, um eine ungeheure Zerstörungsgewalt loszulassen, und daß man in Amerika weiß, daß man mit den gegenwärtigen Mitteln der Verteidigung wahrscheinlich nicht in der Lage ist, zu verhindern, daß die großen Städte und Industriezentren weitgehend vernichtet werden. Aber nun sagen die Amerikaner dazu: Wir haben ungefähr 400 Stützpunkte, Flugplätze und Raketenabschußstellen, wir haben Atomunterseeboote und Flugzeugträger, und wir haben die Luftpatrouillen oben in den Lüften. Diese können nicht vollkommen zerstört werden! Und die ruhige Kalkulation der Strategen von heute lautet: Wenn nur ein Teil dieser Stützpunkte übrigbleibt, dann wird nach der Zerstörung des zivilen Lebens der Gegenschlag erfolgreich durchgeführt werden können. (Abg. Rosa Jochmann: Auch ein Trost!)

Es ist sehr interessant, daß die gleiche Auffassung auch von dem von mir bereits zitierten Generalmajor Talenskij ausgesprochen wird. Talenskij sagt nach der Aufzählung der Zerstörungsmittel und der Zerstörungskraft: „Unter solchen Bedingungen kann man nicht damit rechnen, daß — sagen wir — ein plötzlicher Massierungsschlag geeignet sei, den siegreichen Ausgang des Krieges ohne Schaden für den Angreifer herbeizuführen. Der Sättigungsgrad an Kernwaffen sowie deren Stationierung und Einsatzbedingungen versetzen einen überraschten Verteidiger auf jeden Fall in die Lage, stets die erforderlichen Abwehrkernmittel verfügbar zu halten und dem Angreifer einen hinreichend starken Gegenschlag zuzufügen, der auch bei diesem kolossale Verluste und Zerstörungen verursacht.“

Czernetz

Und Talenskij schließt seinen Artikel: „Der Vorgang der technischen Entwicklung im Hinblick auf die Vernichtung von Menschen hat zu einer Lage geführt, die den Einsatz von Waffen zur Lösung politischer Aufgaben — ein Mittel, dessen Verwendung jahrtausendlang sinnvoll war — unmöglich macht. Der Raketenkernkrieg ist nicht nur außerordentlich gefährlich für diejenigen, gegen den ein Überraschungsangriff geführt wird, sondern auch selbstmörderisch für den Aggressor selbst. Unserer Ansicht nach ist der Krieg als Waffe der Politik in militärtechnischer Hinsicht überholt.“ (*Präsident Hillegeist übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie vorhin meinten, es sei ein geringer Trost, daß man auch nach der Zerstörung der zivilen Lebenszentren in stande ist, die militärischen Zentren des Gegners zu vernichten, dann ist dieser Trost gar nicht so gering; denn es kommt darin das Gleichgewicht des Schreckens zum Ausdruck, in dessen Zeichen wir heute leben. Es ist schlimm. Aber schlimmer noch wäre eine Einseitigkeit des Schreckens, ein Schrecken ohne Gleichgewicht; denn heute ist es nicht nur so, daß die einfachen Menschen hüben und drüben Angst haben, sondern es ist ein Glück — möchte ich sagen —, daß auch die Regierenden Angst haben, beide, alle Seiten. Das kommt in einem Interview des Premierministers Chruschtschow für den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Paul Reynaud zum Ausdruck, in dem er sagte: „Ich stimme mit Ihnen überein, daß die Frage von Krieg und Frieden akut ist. Es ist wahr, daß Krieg heute Selbstmord wäre.“

Es ist also nicht mehr von den wehenden Fahnen des Sieges die Rede, sondern von Selbstmord, und dasselbe hat mit anderen Worten wenige Tage danach der Präsident der Vereinigten Staaten Kennedy vor den Vereinten Nationen gesagt. Er erklärte: „Die Entwicklung der Organisation der Vereinten Nationen ist die einzige wahre Alternative zum Krieg. Der Krieg selber aber erscheint überhaupt nicht mehr als eine vernünftige Alternative. Unbegrenzter Krieg kann nicht mehr zu einem unbegrenzten Sieg führen, er kann nicht mehr dazu dienen, Streitfragen zu lösen, er geht nicht mehr bloß die Großmächte an, denn eine Atomkatastrophe würde verbreitet werden vom Wind, vom Wasser und von der Furcht. Er würde die Großen und die Kleinen, die Reichen und die Armen, die Verbündeten und die Neutralen in gleicher Weise erfassen. Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg wird der Menschheit ein Ende setzen.“

Ich glaube, in dieser Erkenntnis des Gleichgewichtes des Schreckens — wie der verstor-

bene Papst sagte — liegt eine gewisse Hoffnung auf die Vermeidung der Katastrophe; aber es wäre falsch, gleichgültig, oberflächlich, selbstzufrieden und ruhig zu sein, denn beide Blöcke versuchen ja, dieses Gleichgewicht zu ihren Gunsten aufzuheben, sie versuchen, an die Stelle des Gleichgewichts ihre Überlegenheit zu setzen.

Meine Damen und Herren! Wir sind Zeugen eines wahnsinnigen Wettrüstens. Es wird genügen, wenn ich hier daran erinnere, daß die jährlichen Rüstungsausgaben der Welt 120 Milliarden Dollar ausmachen. Das sind ungefähr 3000 Milliarden Schilling. Auch das sind unvorstellbare Größen, das sind pro Tag 8·2 Milliarden Schilling für Rüstungsausgaben. Das bedeutet, daß auf der Erde rund 60 Millionen Menschen in der Rüstungsindustrie direkt oder indirekt tätig sind. Es bedeutet, daß einerseits die Sowjetunion 30 Prozent ihres Bruttonationalproduktes für Rüstungen ausgibt und daß andererseits Amerika immerhin 10 Prozent seines wesentlich größeren Bruttonationalproduktes für Rüstungen verwendet.

Wenn ich vorhin auch sagte, dieses Gleichgewicht des Schreckens gibt uns eine gewisse relative Sicherheit, daß es zu keiner Katastrophe kommt, dann möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß in Zusammenhang mit dem Wettrüsten bei den politischen Manövern unserer Zeit dennoch zwei eminent ernste Gefahren auftauchen. Die eine Gefahr ist eine Fehleinschätzung durch die Herrschenden selbst.

Ich habe vor kurzem eine Statistik in die Hand bekommen, die jetzt in einem Buch publiziert worden ist. Es ist eine Meinungsbefragung — vielleicht die erste Meinungsbefragung in der Sowjetunion —, die 1957 stattgefunden hat. Auf Grund dieser Meinungsbefragung, die wahrscheinlich eine große Zahl von Fehlerquellen, mehr als andere solche Erhebungen, enthält, wird ersichtlich, daß von den befragten Arbeitern, Intellektuellen, Bauern, Studenten und Parteifunktionären den Krieg für unvermeidlich halten: 48 Prozent der befragten Arbeiter, 33 Prozent der befragten Intellektuellen, 58 Prozent der befragten Studenten und 51 Prozent der befragten Parteifunktionäre. Als man die Frage stellte: Glauben Sie, daß die Sowjetunion von Amerika angegriffen wird?, haben das bejaht: 39 Prozent der Arbeiter, 24 Prozent der Intellektuellen, 32 Prozent der Bauern, 41 Prozent der Studenten und 52 Prozent der Parteifunktionäre. Es war dies eine Meinungsbefragung, die intern in den Redaktionen der Zeitungen auflag und ich rechne auch da alle Fehlerquellen ein, die natürlich eine Rolle spielen. Wenn aber die Fragestellung: Glauben Sie, daß die

Czernetz

Sowjetunion siegen wird?, ergab, daß 54 Prozent der Arbeiter, 57 Prozent der Intellektuellen, nur 20 Prozent der Bauern, 50 Prozent der Studenten und 61 Prozent der Parteifunktionäre an den Sieg der Sowjetunion glauben, während Premierminister Chruschtschow von Selbstmord spricht, dann ist dies immerhin eine interessante Tatsache.

Der amerikanische Kommentator Sulzberger kommt zu der Auffassung, daß Chruschtschow sehr genau weiß, daß die sowjetischen Kriegsmittel und -kräfte wesentlich geringer sind, als er vorgibt.

Vor kurzem kam der frühere britische Kriegsminister John Strachey in einer Publikation zu der Auffassung, daß die letzten sowjetischen Aktionen eher ein Zeichen relativer Schwäche als Stärke sind. Aber eines bleibt für uns immerhin als ein ernstes Faktum bestehen, als ein Faktum der Frage: Wenn Premierminister Chruschtschow und sein führender Kreis glauben sollten, daß die Sowjetunion eine militärische Übermacht besitzt, wenn sie glauben sollten, daß die Amerikaner und der Westen nicht zum Kampf bereit sind, sondern im Notfall auch kapitulieren werden, dann besteht äußerste Gefahr, und ich glaube, es ist eine unserer Aufgaben, als ein kleines neutrales Land, als Menschen in diesem Land zwischen Ost und West, zu warnen. -

Es liegt an uns, zu warnen, und nicht an den anderen, uns Warnungen zu übermitteln. Wir können niemandem etwas zuleide tun, aber wir haben Grund genug, die anderen vor Fehleinschätzungen zu warnen. Wir müssen auch erkennen, daß Erfolge einer Politik der Drohungen, einer Politik des Druckes und einer Politik der Erpressung geeignet sind, eine zusätzliche eminente Gefahr herbeizuführen. Das ist die Bedeutung der Frage Berlin. Es handelt sich nicht nur um eine Herausforderung der Welt, nicht um die Schandmauer, die eine Stadt, die das Leben der Menschen entzweischneidet, sondern wir müssen uns im klaren sein, daß über die Bedeutung des Lebens der 2,5 Millionen Menschen, über die Bedeutung der Freiheit dieser Menschen hinaus das Zurückweichen der freien Welt die Gefahr einer Katastrophe bedeutet, weil man nämlich dann zu dem Glauben kommt, die freie Welt werde überall zurückweichen. Das ist der Gefahrenpunkt, daß man zu große Risiken auf sich nimmt. Es wird gut sein, wenn man gerade aus dem Lager der Neutralen eine Warnung dazu hört.

Das gleiche gilt auch für die neue Serie der sowjetischen Versuchsexplosionen von Atom- und Wasserstoffbomben. Sie erinnern sich, daß seit drei Jahren ein Versuchsstopp be-

stand, daß Verhandlungen geführt worden sind, die heuer im Sommer von der Sowjetunion einseitig mit einer Reihe von gefährlichen Explosionen unterbrochen wurden, mit Versuchen, die einseitig vorgenommen wurden und die ganze Welt in Aufregung versetzt haben. Man hat von der Explosion der 50 Megatonnen-Bombe gehört. Das ist nicht nur eine Bedrohung der Lebenden im Kriegsfall, diese Politik der Versuchsexplosionen bedroht auch die Ungeborenen.

Haben wir, weil wir neutral sind, kein Recht, dazu etwas zu sagen? Hat man uns nicht jahrelang Appelle zugeschickt, wir sollen gegen den Atomtod, gegen die Atombombe protestieren? Hat man uns nicht dauernd damit belästigt, daß wir gemeinsame Aktionen gegen die Atompolitik machen sollen? Unser Urteil?

Ich habe vor mir einen Auszug aus einer Rede des Herrn Premierministers Chruschtschow im Obersten Sowjet am 14. Jänner 1960. Chruschtschow hat damals gesagt:

„Mit dem Ziel, günstigere Bedingungen für ein bald abzuschließendes Abkommen über die Beendigung der Versuchsexplosionen zu schaffen, wird die Sowjetregierung auch in Zukunft die selbstaufgelegte Verpflichtung einhalten, die nuklearen Versuchsexplosionen in der Sowjetunion nicht wieder aufzunehmen, wenn die Westmächte ihrerseits keine Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen beginnen.“ „Sollte eine Seite“ — sagte Chruschtschow — „die Verpflichtungen, die sie selbst auf sich genommen hat, verletzen, dann werden sich die Urheber dieser Verletzung selbst mit Schande bedecken, und sie werden von den Völkern der ganzen Welt verurteilt werden.“

Ich habe dem Urteil des Herrn Premierministers Chruschtschow nichts hinzuzufügen. Es ist der seltene Fall, daß ich sagen kann: Ich stimme vollständig mit ihm überein, sogar jetzt mit einer Rede, die er 1960 gehalten hat.

Wir haben allen Grund, zu bedauern, was geschehen ist, wir haben allen Grund, im Namen einer bedrohten Menschheit zu mahnen und zu warnen. Wir sind bedrückt von dem Gedanken, daß der letzte sowjetische Vorschlag, ein neues Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche abzuschließen, eine Kontrolle nicht mehr vorsieht. Oder soll ich es ganz genau sagen? Im sowjetischen Vorschlag heißt es: „Zur gegenseitigen Kontrolle der Einhaltung der Verpflichtungen verwenden die Teilnehmerstaaten ihre nationalen Systeme zur Feststellung von Kern- und thermoklearen Explosionen.“ Dazu brauche ich aber kein Abkommen, das haben sie jetzt auch

Czernetz

schon, das hilft niemanden etwas. Es ist bedauerlich, daß der sowjetische Vertreter bei den letzten Beratungen in Genf gesagt hat: Der Gedanke der Kontrolle steht außer Frage, das ist überholt, das geht nicht mehr. Ich möchte ausdrücklich sagen: Das ist besorgniserregend, das ist bedrohlich!

Man wird die Frage stellen: Was ist der Sinn dieser sowjetischen Politik? Darauf können wir ohne lange und eingehende Analyse sofort antworten: Der Verlauf der jüngsten Ereignisse scheint sehr deutlich zu zeigen, daß es die führenden Männer des sowjetischen Kolosses im Inneren ihres Reiches und im Bereiche ihrer Weltmacht keineswegs allzu leicht haben. Es scheint, daß die führenden Männer um die Behauptung ihrer Macht kämpfen und daß die Sowjetunion um ihre Vorherrschaftsstellung im Ostblock selbst ringen muß.

Kollege Gredler hat bereits von der chinesischen Frage gesprochen. Ich glaube nicht, daß es so falsch ist, wenn man ernsthaft daran denken sollte, das kommunistische China in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Ich sage das nicht, weil ich ein Freund einer kommunistischen Diktatur bin, aber ich möchte wissen, wie weit der eine kommunistische Diktator wesentlich schlimmer ist als der andere. Der eine hat mehr, der andere hat weniger Macht; der eine hat diese, der andere hat jene Gewalthandlungen gesetzt. Wenn wir mit Kádár dort sitzen können und mit Chruschtschow, wird uns Mao Tse-tung nicht mehr stören als die anderen, es ist nur eine Frage nüchterner Überlegung. Es war bloß ein Ausdruck der besonderen Zurückhaltung der österreichischen Vertreter bei den Vereinten Nationen, daß sie nicht diese vernünftige und realistische Politik verfochten, sondern sich lieber der Stimme enthalten haben.

Im Gegensatz, der sich heute in den beiden Namen Chruschtschow und Mao Tse-tung, in den beiden Städten Moskau und Peking und in den beiden Reichen Rußland und China verkörpert, kommt eine ganz verschiedene Vorstellung von der Durchsetzung der kommunistischen Weltherrschaftspläne zum Ausdruck. Ich persönlich zweifle keinen Augenblick daran, daß die herrschenden Kreise der Sowjetunion genauso an Weltherrschaft denken wie die Chinesen, nur ist es die heute vorherrschende Politik der Sowjetunion, bei Kenntnis der Bedeutung der strategischen Revolution ihren eigenen Kraft- und Zivilisationsbestand nicht zu riskieren. Anders die Chinesen. Ich lese in einer chinesischen Publikation:

„Wenn der atomare Angriff vorbei und das Artilleriefeuer eingestellt ist, werden auch in einem künftigen Kriege unsere Soldaten

den Soldaten des Gegners gegenüberstehen!“, schreibt Marschall Lin Piao. Weiter heißt es hier: „Vor allem aber wird ein künftiger Krieg ein sehr langdauernder sein. Zwanzig, dreißig, vielleicht gar fünfzig Jahre.“

Es ist die Auffassung der chinesischen Kommunisten, daß bei einer Atomkriegskatastrophe die Bevölkerung der Sowjetunion von 210 Millionen auf ungefähr 50 Millionen reduziert würde, die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von 180 Millionen auf 40 Millionen, die britische Bevölkerung von 50 Millionen auf 5 Millionen, die chinesische Bevölkerung aber von 650 Millionen bloß auf 300 Millionen zurückgehen würde. Sie rechnen damit, daß sie in diesem 50jährigen Krieg mit der schieren Zahl auf einem tieferen Niveau, Jahrhunderte zurück, nach der Zerstörung der modernen technischen Zivilisation, einer gegenseitigen Zerstörung, siegen werden. Sie meinen, daß dann sie siegen würden, nicht die Russen, nicht Moskau, sondern Peking. Aber nicht nur wir haben Grund, davor Besorgnis zu empfinden, sondern davor empfindet auch Chruschtschow, auch Moskau Besorgnis, und hinter allen ideologischen Kämpfen steht dieses nüchterne machtpolitische Ringen, das freilich lebensgefährlich geworden ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben allen Grund, beiden Seiten zu sagen: Bemüht euch auch bei diesem Gleichgewicht des Schreckens um Abrüstung! Verhandeln, verhandeln und wieder verhandeln! Sucht Formeln, auch Teilformeln; es muß die Vernunft gegen den Wahnsinn durchgesetzt werden!

Wir haben Grund, vieles zu wiederholen, was wir schon oft gesagt haben: Diese Abrüstung muß mit einer großzügigen Entwicklungshilfe für die verbunden werden, die den Namen Menschen tragen, aber heute noch im Zustand der Steinzeitmenschen leben.

Ich glaube nicht, daß Kollege Gredler mit seiner Darstellung der Schwierigkeiten in Afrika, ob es der Kongo oder Angola ist, recht hat. Freilich sind dort Probleme entstanden; der Kongo ist unvorbereitet und überstürzt freigegeben worden, und in Angola ist nichts unternommen worden, um den Menschen Freiheit zu geben. Der Diktator Salazar hat nicht unsere Sympathie, denn er unterdrückt seine eigenen Landsleute nicht weniger als die Schwarzen in Angola.

Ich glaube, man soll erkennen, daß diese Umwandlung der unterdrückten Völker in freie Nationen besonders dadurch erschwert ist, daß das ganze jetzt in den Bereich der Kämpfe der Großmächte um Vorherrschaft in der Welt geraten ist. Es ist alles aus der Balance, aus einer vernünftigen Planung herausgekommen. Aber

Czernetz

wir haben gar keinen Grund zur Solidarität mit den Unterdrückern von gestern oder noch von heute, sondern wir haben nur den Wunsch, durch eigene Teilnahme an der Entwicklungshilfe im Rahmen der internationalen Institutionen der IDA sowohl wie der OECD selber das Äußerste zu tun, um diese schrecklichen Zustände einer rückständigen, hungernden Mehrheit der menschlichen Bevölkerung der Erde zu überwinden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf mit einigem Stolz als Sozialist sagen: Der Plan einer solchen Verbindung kommt von dem amerikanischen Gewerkschafter Reuther, der schon 1950 ihn entwickelt und schon damals an eine solche weltweite Solidaritätsaktion gedacht hat. Entwicklungshilfe wird nicht Handel sein, nicht Geschäft sein, sie wird nicht kapitalistisch erfolgen können, und deshalb bin ich zwar nicht empört, aber betrübt, wenn außerhalb dieses Hauses und auch hier prominente Mitglieder der Bundesregierung oder des Hauses und der Parteien den demokratischen Sozialismus so völlig mißverstehen, daß sie nicht erkennen: Gerade durch die Anwendung dieser Methoden, ob sie so genannt werden oder nicht, wird es gelingen, in dem großen afro-asiatischen Raum Entwicklungshilfe auf der Basis der Solidarität durchzuführen.

Es ist ein großer indischer Sozialistenführer gewesen, der erst vor kurzem bei einer Konferenz in der Nähe Wiens sagte: „Nur mit der politischen Philosophie des demokratischen Sozialismus werden wir in Indien dem kommunistischen Imperialismus widerstehen können, aber nicht mit dem Kolonialismus und nicht mit dem Kapitalismus von gestern.“ Es wird gut sein, hier auch bei uns Mahnungen dieser Art aus jenen Bereichen der Welt zu hören und zu verstehen, wo künftige Entscheidungen fallen.

Hohes Haus! Wir Sozialisten stimmen dem Budget 1962 zu. Wir stimmen natürlich auch dem Kapitel Äußeres zu, obwohl wir Grund zur Kritik hatten und zur Sorge, weil zuwenig Mittel zur Verfügung stehen. Wir haben die Kritik auch als Regierungspartei ausgesprochen, wir haben unsere Sorge ausgedrückt. Wir stimmen zu, weil wir nicht nur den zu geringen Budgetansätzen zustimmen wollen, sondern weil wir damit unsere Zustimmung zur Außenpolitik der Bundesregierung, zur Arbeit des Herrn Bundesministers und des Staatssekretärs aussprechen wollen. Wir stimmen damit der außenpolitischen Linie unserer Regierung und unserer Regierungspolitik und jenen außenpolitischen Bemühungen zu, deren Ziel es ist, eine Politik zu betreiben für Österreich, für Europa, für den Frieden. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Hillegeist**: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Ludwig Weiß. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Dipl.-Ing. Ludwig **Weiß**: Hohes Haus! Die Zeit, in der wir leben, ist durch das Bestreben der Staaten und Völker gekennzeichnet, überstaatliche Gemeinschaften zu fördern, um zu einer weitgehenden Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu gelangen. Man versucht heute — ja man versucht es nicht nur, man ist dazu gezwungen —, vom eigenen engen nationalen Denken loszukommen, weltweiter in seinen Auffassungen zu werden und sich auch in der nationalen Politik den internationalen Gegebenheiten anzupassen.

Außenpolitik ist heute keine Sache der Geheimdiplomatie mehr, Außenpolitik ist keine Sache des Bilateralismus, Außenpolitik muß von einer höheren Warte aus gesehen werden. Außenpolitik erfordert heute unbedingt ein weit über das eigene Land hinausgehendes, allgemeines internationales Denken und eine Berücksichtigung der allgemeinen internationalen Lage. Dieser allgemeine Trend zu einer größeren und weltweiten Schau, der — ich muß es mit Befriedigung feststellen — gerade bei unserer Jugend in sehr großem Maße zu finden ist, gibt uns die Hoffnung dafür, daß die Weltpolitik und die Außenpolitik eine positive Entwicklung nehmen werden.

Das weltweite Denken haben wir eigentlich schon lange nicht mehr angetroffen. Der nationalstaatliche Gedanke hat in den letzten Jahrzehnten das Gesichtsfeld der Völker eingeengt. Der Versuch, wirtschaftlich autark zu sein, hat die Handelsbeziehungen eingeschränkt und damit die Differenzen zwischen den Staaten vergrößert, ja dieses Bestreben wurde sogar zum Vater des Kolonialismus.

Seit der Absage Europas an das Heilige Römische Reich, das die Nachfolge des römischen Imperiums angetreten hatte, haben wir dieses Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen nicht mehr erlebt. Aber die Gedanken, die heute die Menschen einen, sind nicht mehr von der gleichen Natur wie früher, sie sind nicht mehr religiös beeinflusst, heute sind es andere Geschehnisse, die die Menschen zusammenführen.

Nach dem ersten Weltkrieg hat man sich das erste Mal der gemeinsamen Kultur und der gemeinsamen Vergangenheit der europäischen Völker besonnen. Man hat versucht, auf diesem gemeinsamen Denken und auf dieser gemeinsamen Vergangenheit eine neue europäische Idee aufzubauen. Das ist im wesentlichen nur auf privater Basis erfolgt. Ich denke da an die Versuche eines Coudenhove-Kalergi. Aber alle diese Gedanken haben zwar in weiten Kreisen Verständnis gefunden,

Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß

aber sie haben keinen durchschlagenden Erfolg gehabt. Der Nationalstaatsgedanke war damals noch viel zu stark. Er war nicht überwunden, sodaß alle Versuche einer internationalen Einigung der europäischen Völker scheitern mußten.

Aber was für Gründe sind es, die heute die Völker der Welt zusammenführen? Es sind dies zwei Gründe. Der eine ist die immense, nicht vorhergesehene technische Entwicklung, die die Menschen veranlaßt, näher zusammenzurücken, und der zweite ist jenes Moment, auf das der Herr Abgeordnete Czernetz schon hingewiesen und das er auch sehr eindringlich belegt hat, das ist die Angst, ja ich kann sagen, die Todesangst der Völker dieser Welt. Kriege waren seinerzeit ein normales Mittel der Auseinandersetzung, weil man das Recht des Stärkeren anerkannte. Kriege haben sich aber in früheren Jahrhunderten in einem sehr beschränkten Bereich abgespielt. Heute wissen wir alle, daß Kriege zur Vernichtung der Völker führen werden und daß sich jeder örtliche Krieg zu einem Weltkrieg ausweiten könnte.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es die technische Entwicklung ist, die die Menschen zusammenführt und die es notwendig macht, daß sich die Staaten der Welt enger aneinanderschließen. Die Entfernungen zwischen den Völkern, die Entfernungen zwischen den Produktionsstätten und die Entfernungen zwischen den Städten sind heute unglaublich kurz geworden. Aber auch die Verlagerung der Rohstoffbasen, der ständige Wechsel durch die Entdeckung neuer Rohstoffe bringen es sich mit sich, daß sich heute kein Staat mehr abschließen kann, daß kein Staat wirtschaftlich wirklich autark sein kann. Einmal hat ein Staat, der seine Industrie auf der Kohlenbasis aufbaut, eine gewisse Prosperität. Dann wird die Kohlenbasis wieder überwunden, und es ist besser und wirtschaftlicher, auf der Ölbasis zu arbeiten, die dieser Staat nicht besitzt.

Wir werden bei dieser nicht vorherzusehenden Entwicklung, die wir auf technischem Gebiet noch zu erwarten haben, nur dann weiterkommen, wenn sich die Völker zusammenschließen und wirklich eine gemeinsame Politik, in erster Linie eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, verfolgen.

Wir können uns heute nicht mehr abschließen. Diese Erkenntnis hat sich überall durchgesetzt. Eine Unzahl von internationalen Organisationen ist entstanden. Man hat wirklich den Eindruck, daß bei den internationalen Organisationen bereits eine Art von Hypertrophie eingetreten ist. Wir haben die UNO mit ihren vielen Organisationen, die

UNESCO, die Atombehörde, wir haben den Europarat, eine OECD, das GATT, die EWG, die EFTA, die Internationale Arbeitskonferenz in Genf, die CEA, das Europäische Parlament, die Westeuropäische Union und so weiter. Man könnte eine Unzahl solcher internationaler Organisationen aufzählen. Man findet sich in diesem Gestrüpp fast nicht mehr zurecht.

Ich habe einmal im Europarat den Auftrag bekommen, einen Bericht auszuarbeiten, der sich mit einer sozialen Frage, die mit der technischen Entwicklung zusammenhängt, zu beschäftigen hatte. Bei der Ausarbeitung dieses Berichtes habe ich festgestellt, daß sich nicht weniger als zwölf dieser internationalen Organisationen mit dieser Frage beschäftigt haben.

Ich glaube also, daß auf diesem Gebiet zunächst eine gewisse Koordination nötig sein wird. Aber ich weiß, daß die Koordination vor allem deshalb sehr schwierig ist, weil die verschiedenen internationalen Organisationen nach den verschiedensten politischen Aspekten aufgebaut sind. Es muß aber gesagt werden, daß sich diese Organisationen, so vielseitig und vielfältig sie auch sein mögen, im wesentlichen außerordentlich bewährt haben.

In erster Linie denke ich an die verschiedenen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zum Beispiel an das große GATT und an die OECD. Ich denke, was begreiflich ist, an die Erfolge, die in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Verkehrswesens zu verzeichnen sind, und an die Erfolge besonders auf dem Gebiete des Luftverkehrs und des Straßenverkehrs, des Schiffsverkehrs und des Eisenbahnverkehrs.

Weniger fortschrittlich waren wir bisher in Europa bei den Fragen der Kultur. Ich muß zum Beispiel daran denken, daß es im Schulwesen so außerordentliche Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Staaten gibt. Es ist sehr bedauerlich, daß wir hier nicht zu einer besseren Vereinheitlichung kommen. Denn bei Übersiedlung in einen anderen Staat ist der Übertritt von einer Schule in die andere mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Ich bedauere es, daß es heuer erst zum zweitenmal eine sogenannte Konferenz der europäischen Unterrichtsminister gegeben hat. Ich bedaure, daß wir leider auch im Europarat noch nicht zu einer vollkommenen Einheitlichkeit gelangt sind und daß es nicht gelungen ist — ähnlich wie dies bei den Verkehrsministern oder den Landwirtschaftsministern der Fall ist —, auch die Berichte der Konferenz der europäischen Unterrichtsminister wirklich auf einer großen Basis im Europarat zu behandeln.

Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß

Meine Damen und Herren! Sie werden aus dem, was ich Ihnen erklärt habe, ersehen, daß es außerordentlich mühsam ist, in internationalen Organisationen zu arbeiten, daß dies oft vom Volk nicht verstanden wird. Man muß doch folgendes bedenken: Wenn man sich zu einer Konferenz zusammensetzt, ist das erste, was alle Menschen dort beseelt, das Mißtrauen. Jedes Wort einer Resolution muß überlegt werden. Jeder Antrag eines Partners veranlaßt den anderen Partner zu überlegen, ob hier nicht vielleicht eine Finte vorhanden ist, die seinem eigenen Lande schaden könnte. Zuerst muß also das Mißtrauen bei allen internationalen Konferenzen abgebaut werden. Dieses Mißtrauen zwischen den Völkern muß abgebaut werden, wenn wir zu einer wirklich weltweiten organisatorischen Einheit kommen sollen. Bei allen Bestrebungen, zu einer wirklichen Zusammenarbeit in der Welt zu kommen, dürfen die Schwierigkeiten bei dieser Zusammenarbeit nicht übersehen werden.

Österreich gehört einer ganzen Reihe von internationalen Organisationen an. Die größte und weitestete Organisation ist die Organisation der Vereinten Nationen, die ohne Zweifel weltumfassend ist, die auf der Charta der Vereinten Nationen fußt, deren theoretische Grundlage gewissermaßen die Deklaration der Menschenrechte ist. Diese Deklaration der Menschenrechte ist ein sehr bedeutungsvolles Dokument. Sie faßt ungefähr jene Thesen zusammen, die sich die Menschheit in Jahrhunderten erarbeitet hat, die sie als humanistisches Gedankengut niedergelegt hat, das die Grundlage des Zusammenlebens der Menschen und der Völker darstellen soll.

Leider wird aber diese Deklaration der Menschenrechte nicht immer beachtet. Leider wird sie gerade von großen Staaten nicht immer beachtet. Nur langsam wird die Deklaration mehr und mehr anerkannt, weil die Vereinten Nationen doch nicht die nötige politische Durchschlagskraft besitzen. Denn in kritischen Phasen und bei kritischen politischen Ereignissen in der Welt haben letzten Endes nicht die Menschenrechte entschieden, sondern es hat vielmehr die Gewalt entschieden, wie wir es leider an unserer Grenze vor fünf Jahren erleben mußten. Wir können also nur an die Großmächte appellieren, sie mögen jene Menschenrechte, die in der Deklaration niedergelegt sind, wirklich auch dann zur Anwendung bringen, wenn sie einmal einen kleinen Prestigeverlust erleiden sollten.

So wenig entscheidend die UNO nun eigentlich bisher in der Weltpolitik gewirkt hat, müssen wir uns meiner Ansicht nach doch nach wie vor zur Mitarbeit in den Vereinten

Nationen bereit halten. Ich verweise darauf, daß sich der österreichische Staat dazu bereit erklärt hat, sich an der Lösung der Kongo-Frage durch die Entsendung eines Kongo-Kontingents zu beteiligen, und daß wir ein Sanitätskorps, bestehend aus Mitgliedern unseres Bundesheeres und aus freiwilligen Helfern, nach dem Kongo entsandt haben. Ich glaube, daß nicht nur die Völker Afrikas und die UNO, sondern auch wir alle mit diesem Kontingent gute Erfahrungen gemacht haben. Das österreichische Kontingent hat sich bestens bewährt und hat den Namen Österreichs in die Welt hinausgetragen. Wir müssen diesem Kontingent für die aufopferungsvolle Arbeit, die es in Afrika geleistet hat, Dank sagen.

Meine Damen und Herren! Die UNO hat im Kongo bereits Blutzoll gezahlt. Damit wurde bewiesen, daß die Arbeit bei den Vereinten Nationen eine ernste Angelegenheit ist. Bereits zwei Generalsekretäre der Vereinten Nationen mußten für die weltweite Idee der Vereinten Nationen ihr Leben lassen. Wir dürfen also die Frage der Vereinten Nationen nicht zu leicht nehmen, wir müssen sie ernst nehmen und müssen dort ernst mitarbeiten.

Natürlich ist die Arbeit in den Vereinten Nationen außerordentlich schwierig, denn die Staaten, die in dieser Organisation vertreten sind, sind in der politischen, sozialen, weltanschaulichen und wirtschaftlichen Struktur außerordentlich verschieden. Es sind zum großen Teil junge Demokratien, die noch keine richtig ausgewogene Verfassung haben. Es wird also sehr schwierig sein, von den Vereinten Nationen wirklich konkrete Regelungen zu bekommen.

Wir haben das in der Südtirol-Frage erlebt. Gewiß waren die Entscheidungen, die hier getroffen wurden, für uns nicht voll befriedigend; doch diese Debatten über Südtirol vor der UNO haben uns bedeutende Vorteile gebracht. Es war uns möglich, dieses Österreich und Italien betreffende Problem zweimal vor diesem großen weltweiten Forum zu behandeln. Wir müssen mit Befriedigung feststellen, daß dieses Forum gerade bei der zweiten Verhandlung diesem Problem sehr großes Interesse entgegengebracht hat. Sehr viele Redner haben sich zum Wort gemeldet und versucht, regelnd einzugreifen. Wir haben die Möglichkeit gehabt, vor der ganzen Welt diese große und schwerwiegende Frage darzulegen.

Es ist notwendig, daß wir gerade bei unserer Arbeit in den Vereinten Nationen Geduld haben. Daß wir uns nicht allzuviel von den Vereinten Nationen erwarten dürfen, sosehr

Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß

wir auch bereit sind, in den Vereinten Nationen mitzuarbeiten und unsere Probleme dort zu behandeln, zeigt eine kurze Notiz, die die „Neue Zürcher Zeitung“ am 28. November gebracht hat. Sie faßt das Ergebnis dieser Südtirol-Verhandlungen wie folgt zusammen: „Das Fazit ist bezeichnend für die Wandlung der Vereinigten Nationen, die immer ausschließlicher ein Forum zur Verbreitung der Forderungen nach Koexistenz und Liquidierung des Kolonialismus werden. Einem Streit zwischen zwei europäischen Partnern, der nicht in dieses Schema hineinpaßt, steht die Versammlung, wie viele Voten deutlich zum Ausdruck brachten, völlig ratlos gegenüber.“

Es geht also darum, in diesem Forum mit so vielen neuen Völkern und Staaten auf jenes entsprechende Verständnis auch für die zwischen den europäischen Staaten vorhandenen Probleme aufmerksam zu machen!

Dennoch gibt es in der Südtirol-Frage zwei Lichtpunkte, die ich nicht unerwähnt lassen will. Der eine Lichtpunkt ist die Kommission, die Minister Scelba leitet und die vielleicht neue Möglichkeiten eines Gespräches eröffnen könnte. Bekanntlich sitzen in dieser Kommission sowohl Südtiroler Abgeordnete als auch italienische Abgeordnete zusammen, und es wird versucht, eine Lösung zu finden, die die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols befriedigen müßte. Das zweite positive Ereignis ist die Südtirol-Kommission des Europarates. Es ist notwendig, auch dieser Südtirol-Kommission des Europarates das entsprechende Augenmerk zu schenken, denn hier sind Staaten vertreten, die sich als Vermittler angeboten haben. Bekanntlich arbeiten in dieser Südtirol-Kommission der Vorsitzende des belgischen Senates Struye und Macmillan aus England mit. Wir haben also in dieser Kommission wirklich mit den guten Diensten auch anderer Staaten, die nicht unmittelbar an diesem Problem beteiligt sind, zu rechnen.

Nehmen wir die Sache nicht zu leicht! Nehmen wir auch den Europarat in diesem Bestreben etwas ernster! Ich erinnere Sie daran, daß es nur durch den Europarat möglich geworden ist, zwei schwerwiegende europäische Probleme, nämlich das Zypern-Problem und das Saar-Problem, einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Warum sollte es nicht möglich sein, auch das Südtirol-Problem zu regeln?

Meine Damen und Herren! Unser Verhältnis zu Italien ist durch die Südtirol-Verhandlungen gekennzeichnet. Bezüglich jener Staaten, deren Völker hinter dem Eisernen Vorhang leben, also der Tschechoslowakei, Ungarns,

Bulgariens und Rumäniens, muß ich mit Bedauern feststellen, daß ein großer Teil des österreichischen Volkes, vor allem ein großer Teil der Altösterreicher, die dort ihre Besitzungen verloren haben, noch immer auf eine Entschädigung für diese Besitzungen warten. Es sind Menschen, die sich dort in ehrlicher, lebenslanger, ja oft Generationen dauernden Arbeit ihr Besitztum erworben, erarbeitet und gefestigt haben und die dann aus dem Lande vertrieben wurden. Es sind unsere Staatsbürger und unsere Landsleute, die bis heute keinen Groschen an Entschädigung bekommen haben, sondern sich oft im hohen Alter eine vollkommen neue Existenz aufbauen mußten. Es ist bedauerlich, daß wir diesbezüglich noch immer zu keinem echten Gespräch mit diesen Staaten gekommen sind. Ich kann die österreichische Regierung nur bitten, alles zu tun, um wirklich zu einer Regelung zu kommen, denn es handelt sich nicht nur um reiche Leute, die dort ihr Besitztum verloren haben, es ist auch eine ganze Menge kleiner Leute darunter, die an ihrem Besitz gehangen haben.

Bezüglich der Jugoslawien-Geschädigten hören wir — wir freuen uns darüber —, daß das Staatsvertragsdurchführungsgesetz in Vorbereitung begriffen ist, jenes Gesetz, das nun auf Grund des Staatsvertrages den jugoslawien-geschädigten österreichischen Staatsbürgern eine entsprechende Entschädigung gewähren soll, auf die sie nach dem Staatsvertrag einen Rechtsanspruch besitzen. Diejenigen österreichischen Staatsbürger aber, die aus anderen Staaten kamen, haben keinen solchen Rechtsanspruch. Ich glaube aber, sie haben einen moralischen Anspruch darauf, daß wir Österreicher auch für diese Menschen sorgen, die in den betreffenden Staaten ihr Besitztum verloren haben.

Meine verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich auch in bezug auf die wirtschaftliche Integration einige Worte sage. Ich gebe zu, daß die Frage der wirtschaftlichen Integration außerordentlich schwierig zu lösen ist. Ich bin aber in diesen Belangen folgender Auffassung: Die Wirtschaftsfragen und auch die Fragen einer wirtschaftlichen Integration sind nüchtern zu behandeln. Sie sind nüchtern zu sehen, so nüchtern, wie Wirtschaftsfachleute und Ökonomen sie sehen würden.

Um diese Fragen zu lösen, muß man zweierlei beachten: Man muß die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennen und die besondere Lage Österreichs berücksichtigen. Einzig und allein diese zwei Punkte sind ausschlaggebend. Ich bin der Ansicht, daß in den letzten Jahren ein Fehler gemacht worden ist: Gerade in der Frage der wirtschaftlichen Integration

Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß

sind Gefühlsmomente zu stark, ja zeitweise sogar ausschließlich im Vordergrund gestanden. Es geht dabei nicht darum, ob wir zu dem einen oder anderen Staat Sympathien haben, ob wir zu Schweden oder zu Deutschland besondere persönliche Beziehungen haben oder nicht, sondern es geht um rein wirtschaftliche Fragen, ja ich sage es offen heraus: Es geht — ganz grob gesagt — um ein Geschäft! Bei diesem Geschäft muß aber — wie es schon mehr als einmal zur Sprache gekommen ist — auf jeden Fall auf unsere sonstigen multilateralen Verpflichtungen Rücksicht genommen werden. Es ist selbstverständlich, daß wir bei diesen Verhandlungen die besondere Lage Österreichs berücksichtigen müssen.

Eines aber glaube ich sagen zu können, — und es ist notwendig, auch darüber zu sprechen —: Es wird sehr häufig so dargestellt, als wäre der Beitritt Österreichs zur EFTA eine Katastrophe für Österreich gewesen. Gar nichts ist geschehen nach unserem Beitritt zur EFTA! Es ist überhaupt nichts Schlechtes passiert. Wir haben uns von der Sache nicht viel erwartet, wir haben nicht sehr große Vorteile gehabt (*Abg. Zeillinger: Vorher las man es anders!*), aber letzten Endes haben wir durch den Beitritt zur EFTA auch keine Nachteile gehabt. Darum sage ich nochmals: Sehen wir die Dinge nicht von der emotionalen Seite aus! Die Ansicht, daß sich Österreich mit der EWG assoziieren soll, ist heute allgemein. Auch ich bin der Meinung, daß wir das tun sollen. Auch meine Partei ist der Auffassung, daß wir in Assoziierungsverhandlungen mit der EWG eintreten sollen. Das wird nicht anders möglich sein, als daß wir uns mit den anderen neutralen Staaten zu einer Gemeinschaft zusammenschließen.

Ich habe vor wenigen Tagen ein Gespräch mit angehört, das ein Minister eines EWG-Staates mit einem Politiker der Schweiz geführt hat. Er hat dem Schweizer Politiker mit leichtem Humor gesagt: Die Schweizer wollen eines: Sie wollen einerseits die Vorteile der Neutralität, sie wollen auch die Vorteile der EWG haben, aber die Nachteile der EWG wollen sie nicht auf sich nehmen. — Ich glaube, das ist eine sehr wesentliche Erkenntnis, die auch für uns Österreicher maßgebend sein soll. Da wir aber nun einmal nicht in der Lage sein werden — darüber sind wir uns, glaube ich, im wesentlichen bereits einig —, Vollmitglied der EWG zu werden, werden wir wahrscheinlich auch niemals in die vollen Rechte der EWG eintreten können. Aber da wir das nicht können, bedeutet das, daß wir fleißiger und tüchtiger sein müssen, daß wir vielleicht auch mehr arbeiten und eine bessere Produktivität werden zustandebringen müssen als die EWG-Staaten, um

überhaupt in dieser europäischen Entwicklung standhalten zu können. Das ist sehr wesentlich.

Ich möchte noch ein Problem streifen, das ebenfalls Herr Kollege Czernetz schon kurz dargestellt hat: die Frage der Entwicklungshilfe. Die Entwicklungshilfe ist heute zu einem Anliegen der gesamten Welt geworden. Im Jahre 1954 waren wir Österreicher sehr froh und sehr glücklich darüber, daß wir von anderen Staaten Hilfe bekommen haben. Wir haben damals am Marshallplan profitiert, der heute noch im ERP-Fonds fortlebt. Wir waren sehr froh, daß wir damals etwas bekommen haben. Nicht nur Österreich, sondern auch die anderen europäischen Staaten waren in der Lage, ihre Wirtschaft wieder auf eine gesunde Basis zu stellen. Wir können aber nicht ständig nur verlangen, sondern wir sind heute wohl auch schon in der Lage, etwas zu geben. Es ist auf den außerordentlich großen Hunger hingewiesen worden, der heute in der Welt vorhanden ist.

Wir müssen uns an der Entwicklungshilfe beteiligen, wie sie heute bereits von den verschiedensten internationalen Organisationen in Angriff genommen wurde. Es ist das für uns nicht nur eine menschliche und eine wirtschaftlich-soziale Aufgabe, wir müssen das auch aus einer politischen Verantwortung heraus tun. Mit hungernden Massen können wir keine Kulturleistungen in der Welt vollbringen. Das erste ist, daß die Menschen satt werden können.

Meine Damen und Herren! Wir leisten ja heute schon einen gewissen Beitrag zur Entwicklungshilfe. Eine ganze Reihe von Organisationen beschäftigt sich mit der Entwicklungshilfe. Wir sind beteiligt an der Entwicklungshilfe der UNO, wir sind beteiligt an der Entwicklungshilfe der Weltbank, wir sind durch die OECD verpflichtet, unsere Beiträge zu leisten, und es hat sich auch eine ganze Reihe von privaten Organisationen bereit erklärt, Entwicklungshilfe zu leisten.

Bedenken Sie doch, meine Damen und Herren, welche ungeheuren Unterschiede es im Lebensstandard der Menschen noch gibt. Rund ein Drittel der Erdbevölkerung verfügt über vier Fünftel aller Güter, während sich zwei Drittel der Menschheit mit rund einem Fünftel aller Güter begnügen müssen. Auf der Erde sterben an den Folgen des Hungers jährlich rund 40 Millionen Menschen, das ist so viel, wie Frankreich Einwohner hat. Das sind immense Zahlen. Ich glaube, daß wir, soweit wir können, unseren Beitrag leisten müssen.

An die Organisationen, an denen wir heute beteiligt sind, dürfte Österreich vielleicht

Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß

300 bis 400 Millionen Schilling für die Entwicklungshilfe leisten. Man nimmt an, daß dieser Beitrag erhöht wird. Die Amerikaner geben heute 1,2 Prozent ihres Volkseinkommens für die Entwicklungshilfe. Letzten Endes müßten alle industrialisierten Staaten ungefähr 1 Prozent ihres Volkseinkommens für die Entwicklungshilfe bereitstellen. Das würde für Österreich bedeuten, daß wir jährlich einen Betrag von 1,6 Milliarden Schilling aufbringen müßten. Ich glaube nicht, daß das in absehbarer Zeit möglich sein wird, aber ich glaube doch, daß wir die derzeitigen Beiträge wesentlich steigern müßten.

Eines ist aber in der Frage der Entwicklungshilfe sicher: Die Entwicklungshilfe verlangt Opfer vom Staat und Opfer vom österreichischen Volk. Es wird wahrscheinlich erforderlich sein, eigene Notwendigkeiten im Interesse anderer Völker zurückzustellen.

Natürlich muß bei der Entwicklungshilfe beachtet werden, wie sie nun wirklich durchzuführen ist. Sie wird für uns niemals ein Geschäft sein. Man kann die Entwicklungshilfe nicht in derselben Form abwickeln wie einen Geschäftsvertrag zwischen zwei Partnern. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese Entwicklungshilfe mehr moralischer Art sein wird. Wir müssen also vor allem dafür sorgen, daß das Geld und die Mittel, die wir zur Verfügung stellen, nicht verschleudert werden, sondern daß sie eine wirkliche Hilfe bedeuten. Es geht nicht an, einfach Kredite zu gewähren, einfach Geld in diese Länder fließen zu lassen, ohne daß diese Gelder dann eine wirksame Unterstützung bedeuten.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Entwicklungshilfe. Die eine ist die Beteiligung an den großen Projekten im Rahmen der UNO, der UNESCO und der OECD. Die zweite wäre eine unmittelbare Entwicklungshilfe; es wäre dies die Beteiligung an rein österreichischen Projekten. Österreich hat bereits einige derartige Maßnahmen durchgeführt. Österreich errichtet zum Beispiel in Kabul in Afghanistan eine Musikschule und in Teheran eine Gewerbeschule. Ich hebe besonders lobend hervor, daß sich das Land Vorarlberg aus eigener Initiative bereits zweimal dazu bereit erklärt hat, gewisse Beträge nach Tanganjika zu geben. Andere Staaten, die Schweiz und vor allem Deutschland, sind hier bereits wesentlich weiter. Sie haben vor allem auch private Organisationen geschaffen, die Entwicklungshilfe leisten. Die Schweiz zum Beispiel hat in Nepal Käsereien eingerichtet, hat eine landwirtschaftliche Schule eingerichtet, hat in Tunesien ein Kinderdorf und in Nigeria eine Bauarbeiterfachschule eingerichtet. Deutschland hat eine große Zahl von kleinen

Projekten in den verschiedensten Staaten Asiens und Afrikas finanziert.

In dieser Frage ist es vor allem notwendig, daß innerhalb Österreichs eine gewisse Koordination hergestellt wird. Heute beschäftigt sich fast jedes Ministerium mit der Entwicklungshilfe, angefangen von der Sektion V des Bundeskanzleramtes bis zum Außenministerium, dem Finanzministerium und so weiter. Es beschäftigen sich damit die Gewerkschaften, die Kammern und eine ganze Reihe von privaten Organisationen. Keine dieser Initiativen, vor allem der privaten Initiativen, soll unterbunden werden. Aber eine Koordination der gesamten Entwicklungshilfe halte ich für notwendig. Ich begrüße es, daß der Herr Bundeskanzler angekündigt hat, daß er ein Ministerkomitee einsetzen werde, das sich mit der Entwicklungshilfe zu beschäftigen hätte. In Deutschland ist man den Weg interministerieller Komitees gegangen, die diese Arbeit auf sich genommen haben. In Deutschland hat man sich mit sehr großem Eifer der Entwicklungshilfe gewidmet.

Ich möchte noch auf eine Möglichkeit der Entwicklungshilfe hinweisen. Es ist vielleicht zweckmäßiger, anstatt in den Entwicklungsländern Universitäten zu gründen, Studenten aus den Entwicklungsländern nach Österreich kommen zu lassen und hier ihren Aufenthalt aus der Entwicklungshilfe zu finanzieren. Ich muß sagen, daß gerade die österreichischen Universitäten sehr gerne von afro-asiatischen Studenten besucht werden. Österreich hat, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, den größten Prozentsatz an Studenten aus den unterentwickelten Ländern. Das müssen wir nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern das sollen wir auch weiterhin fördern. Wir können einen Teil dieser Entwicklungshilfe in das Ausland geben, ein Teil dieser Entwicklungshilfe kann im Inland bleiben. Wir wären in der Lage, Studentenheime zu errichten. Wir wären vielleicht durch die Entwicklungshilfe auch in der Lage, manches an den Universitäten und an unseren Hochschulen zu tun, um ausländischen Studenten das Leben in Österreich zu erleichtern.

Die Sache ist ja nicht sehr einfach. Es werden da oft sehr interessante Dinge erzählt. Die ausländischen Studenten kommen nach Österreich, ohne entsprechend vorbereitet zu sein. Sie kommen zum Beispiel an die Musikakademie, wollen in Österreich Musikunterricht nehmen und haben noch nie in ihrem Leben ein Klavier gesehen. Solche Dinge sind bereits vorgekommen. Es ist also notwendig, sich dieser jungen Menschen wirklich anzunehmen, sie in unser Leben einzuführen und sie mit den Möglichkeiten, die

Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß

sie haben, vertraut zu machen und festzustellen, welche Talente sie wirklich besitzen und wozu sie wirklich fähig und geeignet sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit, über die Frage der Entwicklungshilfe zu sprechen, nicht verabsäumen, noch auf ein Moment hinzuweisen, das vielleicht in Österreich überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen ist. Die Entwicklungshilfe wird als neue, phänomenale Entdeckung hingestellt. Unter allen Umständen wäre es erforderlich, für die Völker Afrikas und Asiens etwas zu tun. Eine Entwicklungshilfe aber, auf die heute die Menschheit so außerordentlich stolz ist, gibt es bei den christlichen Kirchen bereits seit Jahrzehnten und Jahrhunderten. Ich denke an die außerordentlich vorbildliche Arbeit, die seit vielen Jahren, ja seit Jahrzehnten die christlichen Missionen, nicht nur die katholischen, sondern auch die protestantischen, in diesen Ländern geleistet haben. Sie haben vorgearbeitet. Womit haben sie vorgearbeitet, und wer hat in diesen Jahrzehnten die Entwicklungshilfe geleistet? Jene kleinen Leute, die ihren kleinen Groschen für die Missionen gegeben haben. Ich erinnere Sie an den Opferstock mit dem Negerkopf aus Porzellan und die 10 Groschen, die das Kind für das arme Heidenkind durch den Schlitz hineingeworfen hat. Dabei hat bekanntlich der Kopf dankend genickt. Wie hat man sich darüber lustig gemacht! Wie hat man sich lustig gemacht über die vielen Missionskalender mit den Geschichten von den Schlangen und von den Menschenfressern! Und doch ist es das Geld dieser kleinen, einfachen Leute gewesen, das die Missionen im Ausland finanziert hat. Was täten wir heute in den Entwicklungsländern, wenn diese Missionen nicht existieren würden?

Meine Damen und Herren! Einer Publikation der CDU entnehme ich eine Zusammenstellung jener Arbeiten, die heute von den Missionen in den Entwicklungsländern geleistet werden. Die katholische Kirche unterhält in den Entwicklungsländern 41.000 Volksschulen, die von mehr als 3 Millionen Schülern besucht werden, 1200 höhere Schulen, teilweise mit Hochschulcharakter, mit mehr als 280.000 Studenten und 1115 Krankenhäuser mit 65.000 Betten. Die katholische Kirche hat 11 teilweise größere Bewässerungsvorhaben durchgeführt, und auch die evangelische Kirche hat beachtliche Leistungen auf diesem Gebiet aufzuweisen. Das zeigt also, daß die Kirchen sich nicht nur mit der Seelsorge, sondern auch mit der Leibsorge für die Menschen in den Entwicklungsgebieten beschäftigt haben.

Deshalb bin ich der Auffassung, daß wir auch die Missionen in die Entwicklungshilfe

einbeziehen müssen. Die Missionen sind es, die uns heute den Weg weisen können. Mir hat ein belgischer Abgeordneter, den ich gefragt habe, ob nun die Missionen aus dem Kongo vertrieben sind, erklärt: Ganz im Gegenteil! Es ist heute im Kongo so, daß die Missionen nunmehr von dem unangenehmen Gefühl befreit sind, daß sie dort die Abgesandten jener Völker sind, die die unterentwickelten Völker unterjochen wollen. Heute sind sie frei davon. Man setzt sogar sehr großes Vertrauen in sie, und sie leisten Vorbildliches auf kulturellem Gebiet.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß möchte ich mir nur noch gestatten, eine kurze Bemerkung über den Europarat zu machen. Der Europarat hat nicht jene Bedeutung erlangt, die man ihm seinerzeit zugeordnet hat. Es würde zu weit führen, über diese Frage nähere Ausführungen zu machen. Aber ich glaube, der Europarat ist heute doch noch immer eine Organisation, in der eine echte Gesprächsbasis, vor allem zwischen Staaten und Blöcken gegeben ist, die sonst nicht in der Lage wären, die verschiedenen Probleme zu erörtern. Im Europarat sind EWG- und EFTA-Staaten zusammen. Im Europarat werden Berichte der OECD, der Verkehrsministerkonferenz, der Landwirtschaftsministerkonferenz gebracht, es erfolgt dort nach wie vor eine echte Diskussion. Man soll diese Diskussion nicht unterschätzen. Vielleicht kommt doch einmal der Zeitpunkt, in dem der Europarat auch rein politisch, von der europäischen Ebene aus gesehen, eine größere Bedeutung erhalten wird. Ich bin der Meinung, daß wir unser Bekenntnis zum Europarat aufrechterhalten sollen und daß wir im Europarat auch weiterhin mitarbeiten sollen.

Meine Damen und Herren! Die außenpolitische Situation Österreichs ist nicht so einfach, wie sie manchmal hingestellt wird. In unserer Lage ist Vorsicht geboten, aber es ist auch Klarheit und Offenheit erforderlich. Eines brauchen wir: ein größeres Interesse des österreichischen Volkes auch an der Außenpolitik, ein Mitgehen der Österreicher an der Außenpolitik. Ich bin der Meinung, daß die Außenpolitik einheitlich und geschlossen sein muß und daß sie im Rahmen einer großen europäischen Gemeinschaft erfolgen muß. Einer Isolierung dürfen wir Österreicher nicht verfallen. Eine Isolierung könnte das Ende unseres Staates bedeuten.

Wenn wir aber früher von der Angst gesprochen haben, von der Todesangst, die die Völker heute über die technische Entwicklung erfaßt hat, so gestatten Sie, daß ich abschließend sage: Wir alle haben Angst vor

Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß

dem Atomkrieg und vor der Vernichtung dieser Welt. Diese Frage werden nicht wir kleinen Staaten lösen, aber auch nicht die großen Staaten, auch Amerika nicht, und auch Rußland nicht. Der, der diese Frage lösen wird, ist ein Höherer, auf den wir immer wieder vergessen. Nur mit Gottvertrauen können wir in die Zukunft schauen, und nur mit Gottvertrauen werden wir die Zukunft überleben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Hillegeist**: Zu Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Kreisky**: Hohes Haus! Vor allem möchte ich Sie bitten, mir zu entschuldigen, daß ich nur der Rede des Redners der Opposition zur Gänze beiwohnen konnte. Ich hatte einige sehr wichtige und unaufschiebbare Berichte in der Bundesregierung zu erstatten und habe daher den Herrn Staatssekretär **Dr. Steiner**, wie es die Bundesverfassung vorsieht, mit meiner parlamentarischen Vertretung betraut.

Ich möchte hier daher auch nur ganz kurz zu einigen Bemerkungen Stellung nehmen, die vor allem der Herr Abgeordnete **Dr. Gredler** gemacht hat, weil ich glaube, daß gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der Integrationsdebatte einige Klarstellungen erforderlich sind. Wenn der Herr **Dr. Gredler** meint, daß die EFTA ein „Bremsklotz“ in der europäischen Integration gewesen wäre, so muß ich ihm hier doch widersprechen, gerade weil heute nachmittag eine Konferenz der EFTA-Staaten in Wien beginnen wird, und vor allem auch deshalb, weil ich glaube, daß es überhaupt nicht so bald zu den Gesprächen zwischen England und der EWG gekommen wäre, wenn nicht durch die Verwirklichung der EFTA die wirtschaftliche Spaltung Europas in so bedrohliche Nähe gerückt worden wäre. Die Tatsache, daß die Außenseiter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die sieben Mitgliedstaaten — mit Finnland waren es dann acht —, also die acht Mitgliedstaaten der EFTA sich überhaupt zusammengeschlossen haben, hat die Tatsache der wirtschaftlichen Spaltung Europas geradezu manifest gemacht. Die Tatsache der Gründung der EFTA ist daher schon an sich eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß gegenwärtig Verhandlungen zur Überwindung dieser wirtschaftlichen Spaltung geführt werden.

Zweitens möchte ich sagen, daß man nicht auf der einen Seite dem britischen Ministerpräsidenten für seine großartige Leistung Komplimente machen kann, die darin besteht, daß er sich entschlossen hat, die Verhandlungen mit der EWG aufzunehmen, und auf der

anderen Seite den gleichen britischen Ministerpräsidenten als einen der schädlichsten deshalb bezeichnet, weil die britische Regierung, wie der Herr Abgeordnete **Gredler** sagt, sich in der EFTA nur eine Art Hilfsorgan geschaffen hat. Das geht nicht! Das ist ein Widerspruch in sich! Ich glaube auch nicht, daß die Reue so rasch gefolgt ist, denn in England braucht die Politik in der Regel viel länger, um zu solchen Konsequenzen zu kommen.

Ich möchte ausdrücklich sagen — und ich wiederhole es hier —, daß die Zugehörigkeit zur EFTA für Österreich nicht nur keinerlei materiellen Schaden gebracht hat, sondern, wie ich schon einmal erwähnt habe, zu einer wesentlichen und geradezu überraschenden Ausweitung unseres Handelsverkehrs mit einigen der wichtigsten und reichsten Staaten Europas geführt hat. In diesem Jahr wird die Steigerung des Handels mit den EFTA-Staaten größer sein — ich wiederhole: die Steigerung allein wird größer sein! — als unser gesamter Handel mit der Tschechoslowakei, einem unserer wichtigeren Handelspartner. Ich möchte weiter sagen, daß der Umstand, daß wir der europäischen Freihandelsassoziation angehören, uns auch in eine wesentlich bessere Verhandlungsposition gebracht hat.

Früher einmal hätten wir ganz allein den Weg nach Brüssel antreten müssen, heute bestehen für diese Verhandlungen ganz andere Voraussetzungen. Eine dieser Voraussetzungen ist zum Beispiel die Londoner und Genfer Deklaration der EFTA, in der es ausdrücklich heißt, daß alle Staaten, die Mitglieder der EFTA sind, möglichst gleichzeitig diese Verhandlungen beginnen oder in sie eintreten sollen und daß die EFTA nur dann ihren Zweck erfüllt hat, wenn allen Mitgliedstaaten ermöglicht wird, ungefähr gleichzeitig an diesem großen gemeinsamen Markt in Europa zu partizipieren; das heißt, daß unseren Verhandlungen und Bemühungen die sehr wesentliche Schützenhilfe aller EFTA-Staaten, auch des größten, nämlich des Vereinigten Königreiches, zur Verfügung gestellt wird.

Wie sehr dieser Standpunkt richtig ist, geht aus einer Rede hervor, die im vollen Wortlaut erst vor ein paar Tagen veröffentlicht wurde, und deshalb erlaube ich mir auch, sie zu zitieren — der Bundesregierung war sie ja schon vorher bekannt —, eine Rede, die der britische Minister **Heath** anläßlich der Beratung über den Beitritt Englands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehalten hat — sie wurde vorgestern in der „Neuen Zürcher Zeitung“ auch veröffentlicht — und in der er ausdrücklich erklärt hat,

Bundesminister Dr. Kreisky

daß England nicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten könnte — selbst dann nicht, wenn alle Verhandlungsfragen und alle Verhandlungsprobleme bilateraler Art geklärt worden wären —, so lange nicht auch befriedigende Lösungen für die anderen EFTA-Staaten gefunden werden könnten. Diese Lösungen müssen gefunden werden, so sagt er, wenn die gesamteuropäische Integration verwirklicht werden soll, und er hat ausdrücklich erklärt, er betrachte auch die Rücksichtnahme auf die Neutralität als ein legitimes Interesse dieser EFTA-Staaten.

Aus diesen Tatsachen geht doch eindeutig hervor, daß die Verhandlungsposition Österreichs durch die Mitgliedschaft bei der EFTA keine Schwächung, sondern eher eine beträchtliche Verstärkung erfahren hat.

Was die Zusammenarbeit der Neutralen betrifft, so halte ich es für ganz ausgeschlossen, daß es zu dieser Zusammenarbeit der neutralen Staaten gekommen wäre, wenn nicht wir drei Neutralen gleichzeitig auch Mitglieder der EFTA gewesen wären und wenn wir nicht durch die Genfer Beschlüsse, in denen es heißt, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone während der ganzen Phase der Verhandlungen den engsten Kontakt aufrechterhalten sollen, vereinigt bleiben und gemeinsame Schritte überlegen sollen, die sie diesem Ziele näherbringen können, dazu verhalten wären. Dadurch wurde geradezu die juristische Voraussetzung der Zusammenarbeit der neutralen Staaten innerhalb der EFTA geschaffen.

Wie wichtig diese Zusammenarbeit der neutralen EFTA-Staaten ist — wenngleich ich in Parenthese bemerken möchte, daß ich es mir sehr gut vorstellen kann, daß diese Zusammenarbeit letzten Endes doch zu bilateralen Verhandlungen führen wird —, geht doch daraus hervor, daß Präsident Hallstein unlängst bei einem Kongreß der Internationalen Union Christlicher Demokraten erklärt hat — ich zitiere hier einen Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 16. Oktober 1961 —, daß die neutralen Staaten vorerst einmal die Pflicht hätten, ihre eigene Neutralität in diesem Zusammenhang — nämlich im Zusammenhang mit der europäischen Integration — zu definieren. Das machen wir nun in einer Reihe von Beratungen, weil wir der Meinung sind, daß es äußerst gefährlich wäre, wenn es in Europa gerade im Zusammenhang mit der europäischen Integration eine Reihe von Neutralitätsvarianten gäbe. Es wäre gefährlich, wenn der eine Staat etwas für neutral hielte, was der andere nicht mehr als ein Gebot seiner neutralitätspolitischen Verpflichtungen erachtet.

Wir haben nie erklärt — das zu glauben wäre ein absoluter Irrtum —, und es ist nie von seiten der österreichischen Bundesregierung oder einem ihrer Mitglieder erklärt worden, daß die Assoziierung unmöglich ist. Es ist immer wieder und auch hier in diesem Hause gesagt worden, daß es bei der Assoziierung vor allem darauf ankomme, was in dem Vertrag steht, und man könne daher gar nicht von vornherein gegen einen wirtschaftlichen Vertrag sein. Wogegen aber von allen, von beiden Regierungsparteien und von allen Rednern der Bundesregierung, die sich zu diesem Thema geäußert haben, Stellung genommen wurde, war die Unvereinbarkeit der Vollmitgliedschaft mit unseren neutralitätspolitischen Verpflichtungen. Das ist immer wieder in diesem Hause und auch außerhalb dieses Hauses betont worden.

Ich lehne es in der Regel ab, von diesem Platz aus zu polemisieren, und ich werde es auch heute nicht tun, aber wenn sich der Herr Abgeordnete Gredler so viel darauf zugute hält, daß seine Partei ein größeres Maß an Weitblick bewiesen hätte als die Bundesregierung, so möchte ich ihn doch daran erinnern, daß er es war, der am 26. November 1959 hier im Hause einen Antrag eingebracht hat, der folgenden Wortlaut hatte: Die Bundesregierung wird ersucht, die geeigneten Schritte für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ergreifen.

Meines Wissens ist die FPÖ heute gar nicht mehr für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sondern erfreulicherweise auch aus den gleichen Erwägungen für eine Assoziierung, was ein sehr wesentlicher Unterschied ist, der ja auch ausdrücklich im sogenannten Römischen Vertrag gemacht wird: Die Assoziierung wird im Artikel 238 behandelt, während der Beitritt im Artikel 237 behandelt wird und das Akzeptieren aller Verpflichtungen aus dem Römischen Vertrag in sich schließt.

Nun ein paar Bemerkungen zur Stimmenthaltung Österreichs im Falle der Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen. Meine Damen und Herren! Diese Frage gehört zu den schwierigsten Problemen nicht nur der österreichischen Außenpolitik. Diese Frage ist aber auch deshalb schwierig, weil es sich hiebei für einen der wichtigsten Staaten der Welt, für einen Staat, der zu unseren besten Freunden gehört, nicht lediglich um Erwägungen rationaler Art handelt, sondern auch um Erwägungen gefühlsmäßiger Art. Es wird dem Hohen Hause wahrscheinlich bekannt sein, daß China, jenes China, dessen Hauptstadt Peking ist, einer unserer größten und wichtigsten

Bundesminister Dr. Kreisky

Handelspartner in Asien ist. Die Vereinigung österreichischer Industrieller hat bei verschiedenen Anlässen darauf aufmerksam gemacht, daß sie befürchten müsse, daß es zu einem Absinken des Handelsverkehrs mit China kommen könnte, weil es keine diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Chinesischen Volksrepublik gibt, und daß sie daher bei der Regierung vorstellig werden müsse, damit diese diplomatischen Beziehungen nun allmählich vorbereitet werden.

Persönlich möchte ich hinzufügen: Ich bin überzeugt davon, daß wir ebenso wie die Schweiz, ebenso wie Schweden, Dänemark, Norwegen, Großbritannien und andere Staaten die diplomatischen Beziehungen mit der Chinesischen Volksrepublik bereits aufgenommen hätten, wenn Österreich schon vor dem Jahre 1955 den Staatsvertrag gehabt hätte und wenn es schon vor dem Jahre 1955 seine diplomatische Aktionsfreiheit besessen hätte. Es herrscht ja der groteske Zustand, daß es eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten der NATO gibt, die diplomatische Beziehungen mit der Chinesischen Volksrepublik haben und bei allen Abstimmungen, Herr Abgeordneter Dr. Gredler, sich nicht nur wie wir der Stimme enthalten, sondern gegen diesen Antrag Stellung nehmen, also dagegen stimmen. Dazu gehören zum Beispiel die beiden NATO-Staaten Dänemark und Norwegen und meines Wissens gelegentlich auch Kanada.

Daß wir uns der Stimme enthalten, hängt aber auch mit unserer innersten Überzeugung zusammen, daß die Vereinten Nationen, so begrenzt die Möglichkeiten dieser großen internationalen Institution sind, ihre Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn das Universalitätsprinzip Anerkennung findet. Es ist unsere absolute Überzeugung, daß die Vereinten Nationen nur dann auch ihre kritischen Aufgaben erfüllen können, wenn ein so großer Staat wie China in den Vereinten Nationen Sitz und Stimme hat, weil er nur dann auch zu der Verantwortung gezogen werden kann, zu der gelegentlich vor allem große Staaten gezogen werden müssen.

Wir haben aber — ich betone das ausdrücklich und in aller Offenheit — aus dem Gefühl des Respekts und der Dankbarkeit für die Vereinigten Staaten von Amerika, für einen unserer verlässlichsten Freunde, diese Haltung eingenommen. Vor allem deshalb, weil wir uns nicht zu einem so demonstrativen Schritt gegen die Vereinigten Staaten entschließen konnten, eine Haltung, die wir in aller Offenheit unseren Freunden in Washington dargelegt haben, die wir aber

auch in aller Offenheit den Vertretern der anderen These gegenüber geltend gemacht haben.

Wenn Herr Abgeordneter Gredler meint, wir hätten die Welt nicht entsprechend über die Südtirol-Frage aufgeklärt, so möchte ich darauf hinweisen, daß man, wenn man von Aufklärung spricht, zwei Dinge auseinanderhalten muß. Man muß einen Unterschied zwischen der Aufklärungsarbeit machen, die ein Außenministerium bei anderen Außenministerien zu leisten hat, und der Aufklärungsarbeit, die in der Öffentlichkeit durch die Presse erfolgt. Ich sage ganz offen, daß ich mir von der Aufklärungsarbeit, die etwa durch die Weltpresse erfolgen könnte, leider nur sehr wenig Wirkung auf die Haltung der einzelnen Regierungen verspreche. Wir haben bei den Mitgliedstaaten der UNO überall dort, wo wir vertreten sind, ein großes Maß an Aufklärungsarbeit geleistet. Wir konnten die Regierungen dieser Staaten laufend mit unseren Gesichtspunkten vertraut machen, können aber nicht verhindern, daß Italien das auch macht und daß diese Staaten — wie das eben im Leben der Staaten üblich ist — nicht immer ihre Entscheidungen danach richten, was sie für richtig und gerecht halten, sondern sehr häufig auch danach, welche Verpflichtungen sie besitzen und welche Vorteile oder Nachteile aus einer bestimmten Stellungnahme für sie erwachsen könnten. Auch Österreich macht dabei keine Ausnahme. Auch wir beurteilen sehr häufig eine konkrete Stellungnahme nach dem Gesichtspunkt der Utilität.

Die lateinamerikanischen Staaten zum Beispiel, die eine sehr alte und sehr enge Beziehung zu Italien haben, in denen große, ja Millionen zählende italienische Bevölkerungsgruppen leben, haben schon von vornherein aus Gründen der Latinität starke Beziehungen zu Italien, und es ist uns daher kaum möglich, mehr als einige der mittelamerikanischen Staaten und ganz wenige der lateinamerikanischen Staaten für uns zu gewinnen. Wir betrachten es aber schon als eine beachtliche Leistung, daß es uns gelungen ist, die lateinamerikanischen Staaten heuer so weit zu bringen, daß alle ihrer Repräsentanten mit einer einzigen Ausnahme erklärt haben, daß sie nur jenes friedliche Mittel für die Lösung des Konfliktes für geeignet halten, das von beiden Staaten akzeptiert wird, während es im Vorjahr gerade die lateinamerikanischen Staaten waren, die sich für jenes friedliche Mittel eingesetzt haben, das von Italien vorgeschlagen wurde.

Wir können andererseits auch nicht verhindern, daß die mit Italien verbündeten Staaten der Auffassung sind, daß sich aus der

Bundesminister Dr. Kreisky

Bündnispflicht — nämlich der Pflicht, daß ihre Soldaten an der Seite italienischer Soldaten unter Umständen Krieg führen und an ihrer Seite sterben müssen — auch andere politische Verpflichtungen ergeben könnten, sodaß sie der Meinung sind, sie könnten sich nicht einem Standpunkt anschließen, der gegen einen Staat gerichtet ist, mit dem sie ein so enges militärisches Bündnis haben.

Bei den angesehensten Staaten Asiens ist es uns gelungen, viel Sympathie für unseren Standpunkt zu gewinnen, was umso beachtenswerter und bemerkenswerter ist, weil überall in den neuen Staaten Asiens und Afrikas große Minderheiten bestehen und uns die Vertreter aller dieser Staaten nie im Zweifel darüber gelassen haben, daß sie nicht der Meinung sind, daß das Selbstbestimmungsrecht eine Methode ist, Minderheitenprobleme zu lösen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich Ihnen sagen, daß die Kosten einer einzigen Aktion der italienischen Regierung, nämlich des Druckens einer Sonderbeilage einer New Yorker Zeitung, von New Yorker Fachleuten auf zirka 2 bis 3 Millionen Schilling geschätzt wurden — das Drucken einer einzigen Beilage! Ich frage Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ob Sie wirklich der Meinung sind, daß so gigantische Beträge, wie sie hier gebraucht werden würden, um regelmäßig die Öffentlichkeit zu informieren, auch nur einigermaßen mit dem zu erwartenden Nutzen in Einklang zu bringen wären, denn letzten Endes entscheiden ja doch die Vertreter der 106 Staaten in der UNO über die Resolution, die schließlich gefaßt wird. Ich möchte jetzt nicht sehr ausführlich darstellen, warum ich es für besonders schwierig halte, eine solche Propaganda, eine solche Aufklärungstätigkeit gerade in der größten Stadt der Welt, in der Stadt, die der Sitz der UNO ist, zu entfalten. In einer Stadt, von der jeder weiß, daß kein politischer Mandatar irgendeine Aussicht hat, eine Spitzenfunktion zu erreichen, ohne daß er sich der italienischen Stimmen dieser Stadt vergewissern kann. Das sind die Grenzen unserer Möglichkeiten, aber auch die Vorteile, denn sie zwingen uns zu einer sehr sachlichen, zu einer sehr gediegenen und zu einer sehr nüchternen Aufklärungstätigkeit, sie zwingen uns dazu, uns bei dieser Aufklärungsarbeit der Methoden zu bedienen, die in der gesitteten Welt besondere Anerkennung finden.

Auf die Frage, warum wir die Folterungen nicht schon früher erwähnt haben, sondern erst in einem Augenblick, in dem die Debatte einen etwas dramatischeren Charakter erlangt hatte, kann ich nur antworten, daß es

der Wunsch der verantwortlichen Politiker der Südtiroler Volkspartei war, vorerst einmal diese Frage einer inneritalienischen parlamentarisch-demokratischen Lösung zuzuführen.

Ich möchte ganz kurz noch allen Rednern danken, die hier erklärt haben, daß sie der Meinung sind, daß das Außenministerium zu wenig Geld bekommt. Sie werden verstehen, daß auch ich dieser Meinung bin, besonders wenn ich bei dieser Gelegenheit nochmals sage, wie sehr wir gerade jetzt unter diesem Geldmangel leiden, weil wir neue Aufgaben auf einem neuen Kontinent, der aus zwei Dutzend neuer Staaten besteht, zu erfüllen haben. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Dr. Weiß sehr dankbar, daß er auf die Entwicklungsaufgaben hingewiesen hat, denn die Wahrnehmung dieser Aufgaben und Verpflichtungen schließt schon die Tatsache in sich, daß Österreich eine Politik der *Présence* in diesen neuen Staaten befolgen muß.

Was die Frage Südtirol betrifft, so bin ich überzeugt, daß eine so wichtige Frage eine gesonderte Behandlung im Hohen Hause erfordern wird. Ich möchte heute lediglich mitteilen, daß die gewählten Vertreter der Südtiroler mir gestern einen Brief geschrieben haben, in dem sie in mehr als förmlicher Weise der österreichischen Regierungsdelegation den besonderen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen und ihrer Überzeugung Ausdruck geben, daß das Beste erreicht wurde, das in der gegebenen Situation erreicht werden konnte. Dann kommen noch einige sehr freundliche Worte, die ich deshalb nicht vorlesen möchte, weil ich Sie nicht in gleicher Weise verpflichtet will, wie es die Leitung der Südtiroler Volkspartei von sich aus getan hat.

Wir haben zu wenig Geld für den Außendienst, wir würden wesentlich mehr brauchen. Wir würden aber nicht nur wesentlich mehr Geld brauchen, wir würden auch wesentlich mehr qualifizierte Kräfte brauchen. Solange man nämlich in der österreichischen Privatwirtschaft sehr schlecht verdient hat, haben sich sehr viele begabte junge Leute gemeldet und haben auch das Risiko, zwei, drei, vier oder fünf Jahre mit den Anfangsbezügen eines Bundesbeamten leben zu müssen, auf sich genommen. Heute aber, wo die Privatwirtschaft durch ihre verstärkte Exporttätigkeit Kräfte wie diese braucht, die sprachkundig sind und die ein gewisses Auftreten haben, befinden wir uns in einer geradezu unerträglichen Konkurrenz mit der Privatwirtschaft, und wir können diese Konkurrenz nur ganz selten bestehen.

Ich wiederhole: Es ist dies nicht nur ein materielles, sondern auch ein menschliches

Bundesminister Dr. Kreisky

Problem. Wo immer es möglich ist, bemühen wir uns, Menschen für den Außendienst zu gewinnen. Wesentlich ist aber dabei — was auch schon in der alten Monarchie wesentlich war —, daß man nur dann bereit ist, materielle Opfer in seinem Beruf auf sich zu nehmen, wenn man die moralische Reputation dieses Berufes sehr hoch einschätzt. In dem Maße also, als die Beamten­tätigkeit in Österreich Ansehen genießt — und sie genießt dieses Ansehen ja —, wird es uns möglich sein, neuerdings Kräfte für den Außendienst zu rekrutieren, die sonst unter normalen Umständen für uns verloren gingen.

Ein letztes Wort zur Entwicklungshilfe. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Dr. Weiß dankbar, daß er hier von dieser so wichtigen Frage gesprochen hat, ich bin aber restlos davon überzeugt, daß es notwendig sein wird, daß sich das Hohe Haus einmal allein mit dieser Frage befaßt. Ich will bei dieser Gelegenheit auch sagen, daß ich sehr froh wäre, wenn wir dieses Problem aus dem leidigen Kompetenzstreit heraushalten könnten, wenn wir zu einer Verständigung darüber kommen würden, ob und in welcher Form sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligt. Ich bin fest davon überzeugt, daß bei einigem guten Willen diese Kompetenzprobleme gelöst werden können.

Ich möchte aber die Gelegenheit der heutigen Debatte dazu benutzen, darauf hinzuweisen, daß in der Öffentlichkeit vollkommen irrig die Meinung vertreten wurde, ich hätte in einem Vortrag gesagt, daß mir 1 Milliarde Schilling als jährlicher Beitrag für die Entwicklungshilfe angemessen erscheint. Das habe ich nie und nirgends gesagt. Ich habe nicht die Unvorsichtigkeit begangen, irgendeinen Betrag zu nennen; ich habe lediglich eine wirtschaftspolitische Überlegung gegenüber jenen angestellt, die der Meinung sind, Österreich würde wirtschaftlich Schaden erleiden, wenn es überhaupt Leistungen ohne Gegenleistungen an das Ausland erbringt. Ich habe das Beispiel der Ablöselieferungen herangezogen und gesagt: Der Umstand, daß es möglich war, in den sechs Jahren nach dem Staatsvertrag, Waren für mehr als 1 Milliarde Schilling nach der Sowjetunion zu liefern, und daß es gleichzeitig in Österreich einen wirtschaftlichen Aufschwung wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes gegeben hat, beweist doch zur Genüge, daß diese Leistung auf der einen Seite dem wirtschaftlichen Aufschwung auf der anderen Seite nicht hinderlich gegenüberstand. Damit habe ich aber nicht gesagt, wie groß die Hilfe sein soll, die Österreich gewähren kann. Das ist ein sehr, sehr kompliziertes Problem, das sich offensichtlich aus so vielen Komponenten zusammensetzt,

daß man im Augenblick wahrscheinlich zu gar keiner diesbezüglichen Abschätzung kommen kann.

Der Herr Abgeordnete Dr. Weiß hat davon gesprochen, daß man die Leistungen der christlichen Missionen in den vergangenen Jahrzehnten allzusehr unterschätzt hat. Dazu möchte ich aus der eigenen Erfahrung bei den Vereinten Nationen sagen, daß diese Leistungen sehr hoch eingeschätzt werden müssen, weil viele der Menschen, die heute afrikanische oder asiatische Staaten mit viel Geschick und mit viel Eloquenz bei den Vereinten Nationen vertreten, sich die erforderlichen Kenntnisse nur in den Missions­schulen ihrer Länder angeeignet haben.

Wenn ich das in vollem Ausmaß anzuerkennen bereit bin, wenn auch ich anzuerkennen bereit bin, daß das Gefühl für moralische Verpflichtungen vielfach Hand in Hand mit der Vermittlung von Wissen und Kenntnissen gegangen ist, möchte ich bei dieser Gelegenheit doch noch eines betonen, was mir gerade vom österreichischen Standpunkt aus wichtig zu sein scheint: Wir stimmen bei den Vereinten Nationen aus grundsätzlichen und politischen Erwägungen in der Regel immer zugunsten der afro-asiatischen Staaten. Wir sind aber auch nicht blind dafür, was die ehemaligen und heute so gescholtenen Kolonialmächte in der Vergangenheit in diesen Staaten und Bereichen der Welt geleistet haben. Wir sehen immer wieder, daß sich unter den führenden Männern, die heute die neuen Staaten Asiens und Afrikas vertreten, Leute befinden, die ihre ganze große Bildung, ihr ungeheures Wissen, ihre Lebensformen und ihren Lebensstil in britischen oder französischen Schulen erhalten haben. Ich glaube, daß die früheren Kolonialmächte, die heute, wie gesagt, für so viel verantwortlich gemacht werden, doch auch die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß diese Völker die Menschen fanden, die sie — wie ich das unlängst ausgedrückt habe — aus ihrer Geschichtslosigkeit herausgeführt haben.

Unabhängig von allen materiellen Betrachtungen bin ich daher der Meinung, daß die Entwicklungshilfe der demokratischen Welt nur dann Erfolg haben wird, wenn wir in der Lage sind, alle moralischen Kräfte zu mobilisieren, die es heute im Bereich der Religion, aber auch der Demokratie gibt. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Präsident **Hillegeist**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Damit ist die Aussprache über die Gruppe III beendet.

Gruppe XII**Kapitel 23: Landesverteidigung**

Präsident **Hillegeist**: Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Gruppe XII.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Mayr. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Franz **Mayr**: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Auftrag des Finanz- und Budgetausschusses habe ich den Spezialbericht zu Gruppe XII, Kapitel 23: Landesverteidigung, zu erstatten.

Die Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 enthält für die Landesverteidigung Ausgaben in der Höhe von rund 2 Milliarden Schilling.

Gegenüber den Ansätzen im Bundesvoranschlag für das Jahr 1961 sind zwar die Ausgaben um 92,971.000 S höher veranschlagt, der prozentuelle Anteil des Heeresbudgets am Gesamtbudget sinkt jedoch weiter ab. So betrug der Anteil im Jahr 1958 noch 5,31 Prozent, 1959 5,07 Prozent, 1960 4,45 Prozent, 1961 4,06 Prozent und 1962 3,96 Prozent.

Die Republik Österreich wird daher im Jahre 1962 nicht einmal mehr 4 Prozent des Gesamthaushaltes für den Schutz und die Sicherheit des Staates und seiner Neutralität ausgeben.

Es mag vielleicht so mancher österreichische Staatsbürger in der Summe von 2 Milliarden Schilling einen enormen Betrag sehen, aber der Vergleich mit anderen neutralen Staaten zeigt, wie wenig Österreich für den Schutz und die Sicherheit des Staates und seiner Neutralität ausgibt:

Schweden zum Beispiel gibt 20 Prozent aus, pro Kopf der Bevölkerung macht das 1963 österreichische Schilling aus. Die Schweiz gibt 22 Prozent aus, das ist eine Kopfquote von 1381 S. In Österreich sind es, wie erwähnt, 3,96 Prozent oder pro Kopf der Bevölkerung 307 S.

Der Voranschlag gliedert die Ausgaben in vier Titel.

Der Titel 1 beinhaltet alle für das Bundesministerium selbst veranschlagten Ausgaben mit einer Summe von rund 55 Millionen Schilling.

Der Personalaufwand beim Bundesministerium für Landesverteidigung ist trotz Verminderung des Bedienstetenstandes um 35 Dienstposten gegenüber 1961 mit 10,496.000 S höher veranschlagt. Die Steigerung beruht ausschließlich auf der Übernahme des im Voranschlag 1961 bei Kapitel 30 a vorgesehenen Aufwandes für die Erhöhung der Mindestbezüge und für

verschiedene familienpolitische Maßnahmen bei Kapitel 23 sowie auf der Sicherstellung des Mehraufwandes anlässlich der generellen Erhöhung der Bezüge ab 1. Jänner 1962 um 9 Prozent.

Der Titel 2 beinhaltet den Aufwand für das Heer und die Heeresverwaltung.

Es entfallen auf:

Verwaltungsaufwand:

Persönliche Ausgaben	677,600.000 S
Sachliche Ausgaben	113,968.000 S
Anlagen	270,080.000 S
Aufwandskredite (gesetzliche Verpflichtungen)	125,801.000 S
Sonstige Aufwandskredite ..	743,529.000 S.

Das Mehrerfordernis bei den persönlichen Ausgaben beträgt gegenüber 1961 124,194.000 S und ist, wie bereits erwähnt, hauptsächlich auf die Erhöhung der Mindestbezüge und Familienzuzahlungen sowie auf die generelle Bezugserhöhung zurückzuführen. Im Dienstpostenplan 1962 wurden gegenüber 1961 299 Dienstposten im Bereich der Heeresverwaltung eingespart. Damit hat das Bundesministerium für Landesverteidigung eine beispielgebende Einsparung an Dienstposten durchgeführt.

Der sachliche Verwaltungsaufwand mußte gegenüber 1961 um 5,7 Millionen Schilling erhöht werden. Dieses Mehrerfordernis ist auf die Erhöhung der Tarife, insbesondere bei Bahn und Post, zurückzuführen.

Die Anlagen wurden gegenüber 1961 neuerlich um 14,9 Millionen Schilling gekürzt.

Viele wichtige Maßnahmen, die für den weiteren Ausbau der Landesverteidigung unerlässlich wären, können daher unter den gegenwärtigen budgetären Verhältnissen nicht durchgeführt werden. Die ständige zu geringe Dotierung des Verteidigungsbudgets macht eine planmäßige Erneuerung der Ausrüstung im erforderlichen Umfange unmöglich.

Der § 3 betrifft die Aufwandskredite, also die gesetzlichen Verpflichtungen. Die hier veranschlagten 125,800.000 S verteilen sich wie folgt:

Für Familienunterhalt und

Mietzinsbeihilfen	14,000.000 S
für Krankenfürsorge für	

Wehrpflichtige	8,000.000 S
für Krankenfürsorge für Angehörige von Wehrpflichtigen	600.000 S

für Tapferkeitsmedaillen-zulagen	17,000.000 S
für Taggeld	66,200.000 S
für Dienstfreistellungsgebühren	20,000.000 S.

Franz Mayr

Der veranschlagte Betrag für Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfen wird sich gegenüber 1961 um 4.000.000 S erhöhen.

Diese Erhöhung ist durch das ständige Ansteigen der Zahl der Empfänger von Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfen zu erklären. So waren es zum Beispiel im Juni 1959 1657 Empfänger; im Juni 1961 waren es 3417 Empfänger.

Die sonstigen Aufwandskredite gliedern sich wie folgt:

Sämtliche Instandhaltungsposten dieses finanzgesetzlichen Ansatzes betragen 183.650.000 S, um 17,4 Millionen weniger als 1961. Allein die notwendige Instandhaltung des Kraftfahrzeugparkes erfordert einen Betrag von 100,2 Millionen Schilling, die Instandhaltung der Bekleidung und Ausrüstung weitere 50,3 Millionen Schilling, so daß für die übrige Instandhaltung, wie zum Beispiel des Sanitäts- und Pioniergerätes, von Waffen, Fliegergerät und so weiter nur ein Betrag von rund 23 Millionen Schilling zur Verfügung steht. Mit diesen Beträgen kann eine ausreichende Instandhaltung und Pflege des vorhandenen wertvollen Materials nicht durchgeführt werden. Dieser Umstand bildet eine Gefährdung der Einsatzbereitschaft des Heeres.

Titel 3 beinhaltet den Bedarf des Heeresgeschichtlichen Museums mit einer Gesamtsumme von 4,2 Millionen Schilling.

Die Ansätze des Titels 4 sind für die Verrechnung der Gebarung des auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig eingerichteten Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig und für den auf dem Flugplatz Zeltweg eingerichteten Landwirtschaftsbetrieb vorgesehen.

Die Ausgaben können nur nach Maßgabe der Einnahmen getätigt werden.

Den hier veranschlagten Ausgaben von 9.803.000 S stehen daher Einnahmen von 9.809.000 S gegenüber.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung war auch im Jahre 1961 bemüht, den Ausbau der Landesverteidigung trotz der geringen zur Verfügung stehenden Mittel weiterzuführen.

So wurden ab 3. Juli 1961 766 Offiziere, Unteroffiziere und Chargen zu freiwilligen Waffenübungen einberufen. Es war erfreulich festzustellen, daß Angehörige aller Alters- und Berufsgruppen, so zum Beispiel 297 Studenten, 85 selbständig Erwerbstätige und 384 nichtselbständige Erwerbstätige, dem Rufe zu den Waffenübungen freiwillig Folge geleistet haben.

Wenn im Jahre 1960 250 Reserveoffiziersanwärter nach zwölfmonatiger Dienstzeit entlassen werden konnten, so waren es bereits am 9. September 1961 530 Maturanten, die als Reserveoffiziersanwärter entlassen wurden.

Der Ministerrat hat am 26. September 1961 den Organisationsgrundsätzen für den Aufbau des Grenzschatzes im gesamten Bundesgebiet zugestimmt. Im Raume Mühlviertel wurde versuchsweise ein Grenzschatzbataillon aufgestellt. Es sollen daraus Erfahrungen und Anhalte für die weiteren Aufstellungen im gesamten Bundesgebiet gewonnen werden.

Um die dem Bundesministerium für Landesverteidigung durch Verfassung und Wehrgesetz übertragenen Aufgaben erfüllen zu können, ist es unbedingt erforderlich, auch die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Eine wirksame Landesverteidigung ist ohne Opfer nicht möglich. Das bisherige Aufbauwerk war schon im Hinblick auf die mangelnde Dotierung all die Jahre hindurch eine bedeutsame Leistung. Zur Fortführung dieses Aufbauwerkes müssen aber, schon um die bisher aufgewendeten Mittel zu rechtfertigen, die für die Landesverteidigung notwendigen Mittel in den kommenden Jahren konstant vermehrt werden.

Die Instandhaltung der gesamten Heeresausrüstung ist unbefriedigend. Der überwiegende Teil der Ausrüstung des Heeres bedarf darüber hinaus einer planmäßigen Erneuerung vor Ablauf der Lebensdauer. An eine Amortisierung kann bei der derzeitigen finanziellen Lage nicht gedacht werden. Als moderne Bewaffnung und Ausrüstung sind lediglich die geringen eigenen Anschaffungen, wie zum Beispiel Sturmgewehre, Schützenpanzer, FlaGeschütze, Radargeräte, Puch-Haflinger, Jagdpanzer, Kampfflugzeuge und so weiter zu bezeichnen.

Es ist erfreulich, daß zirka 85 Prozent der Heeresaufträge im eigenen Land vergeben werden und somit der österreichischen Wirtschaft zugute kommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat dieses Kapitel sehr eingehend beraten, und ich stelle namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag, in die Debatte einzugehen und diesem Kapitel die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.

Präsident **Hillegeist**: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kindl. Ich erteile es ihm.

Ich darf den Herrn Abgeordneten bitten, Rücksicht darauf zu nehmen, daß ich wegen der Mittagspause gezwungen sein werde, die Verhandlungen um Punkt 1 Uhr abbrechen. Der Herr Abgeordnete Kindl kann,

Präsident Hillegeist

wenn notwendig, seine Rede dann nach der Mittagspause fortsetzen.

Abgeordneter **Kindl**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht ist es irgendwie in Bezug zu bringen, daß wir gestern die Debatte über das Kapitel Inneres abgeführt haben und heute vormittag mit der Debatte über das Kapitel Äußeres begonnen. Mir ist gestern besonders aufgefallen, daß man sich auf den Sitzen der Regierungsparteien große Sorgen um den Schutz des Staates macht. Es war von einem Staatsschutzgesetz die Rede. Ich habe allerdings mehr den Eindruck bekommen, daß man da vor allem daran denkt, die Koalition zu schützen; denn eines muß uns doch ganz klar sein: Der Staat kann sich im Innern nur durch seine Haltung schützen, dadurch, daß er Vorbild ist. Der Staat muß vor allem gegen Gefahren von außen geschützt werden. In dieser Richtung aber müßten die einführenden Worte des Herrn Berichterstatters das gesamte Haus zur einstimmigen Ablehnung dieses Kapitels veranlassen. Er sagte nämlich ausdrücklich: Mit diesen angesetzten Mitteln ist die Verteidigung des Vaterlandes, des Staates Österreich nicht möglich. Er sagte des weiteren, daß mit diesen bescheidenen Mitteln nicht einmal die Wartung und Pflege, also die Instandhaltung des vorhandenen Gerätes möglich wäre. Das ist ein zweiter Punkt, der es uns Freiheitlichen aus dem Verantwortungsbewußtsein heraus, daß der Schutz des Staates an erster Stelle stehen muß, sehr leicht macht, dieses Kapitel abzulehnen.

Ich möchte noch kurz auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Czernetz zum Kapitel Äußeres eingehen. Es war wirklich ein hochinteressanter militärischer Vortrag, der letzten Endes in der Schilderung des Gleichgewichts der zwei großen Mächte gegipfelt hat. Das könnte einen dazu verführen, zu sagen: Dann ist es für ein neutrales Land, für das neutrale Österreich überhaupt überflüssig, für seine Landesverteidigung etwas auszugeben. Wenn sich nämlich die zwei weltbeherrschenden Mächte in ihrem Potential sowieso die Waage halten, einer vor dem anderen Angst hat, dann wird ja sowieso nichts passieren.

Wir müssen aber feststellen, daß trotz Bestehens der Vereinten Nationen, trotz diesem Gleichgewicht in atomarer Hinsicht laufend örtliche Kleinkriege geführt werden, und dasselbe könnte auch Österreich eines Tages treffen. Daher möchte ich noch einmal zu den zwei vorangegangenen Kapiteln sagen: Die höchste Pflicht der Regierung, die höchste Pflicht der Abgeordneten liegt darin, dem, was das Volk aufbaut, dem, was das Volk sich schafft, einen solchen Schutz angedeihen

zu lassen, daß man sagen kann: Wir sind bereit, dieses gemeinsame Haus auch nach außen zu schützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsparteien! Sie haben am 7. September 1955 den Mut gehabt, ein allgemeines Wehrgesetz zu beschließen. Sie haben mit diesem Gesetz die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Sie sollten heute den Mut haben, für dieses von Ihnen beschlossene Heer, für die von Ihnen beschlossene Landesverteidigung auch die Mittel aufzubringen. Sie müssen den Mut haben, draußen in Ihren Versammlungen der Bevölkerung zu sagen, daß es nicht nur darauf ankommt, gut und schön zu leben, sondern daß es auch darauf ankommt, für die Verteidigung dieses Landes, dieses Staates Opfer zu bringen. Aber es hat den Anschein, daß Sie den Mut dazu nicht aufbringen, sonst würde das Kapitel Landesverteidigung wirklich nicht an letzter Stelle stehen.

Nun noch ein paar Worte zum Staatsschutzgedanken. Unser Bundesheer leidet nämlich nicht allein unter Geldknappheit, unter mangelnder Dotierung, es lebt auch zuwenig als der staatstragende Faktor in der Öffentlichkeit.

Meine sehr geehrten Herren Abgeordneten! Sie haben sich gestern so über die Frage ereifert, wie weit die Kritik gehen könne, ob es nicht gefährlich wäre, staatliche Einrichtungen herabzusetzen. Im vergangenen Jahr konnte ich sogar erleben, daß der Abgeordnete Regensburger von der Österreichischen Volkspartei mir eine Koalition aufgekündigt hat, die übrigens gar nicht bestanden hat. Hier in diesem Haus wird berechtigte Kritik an den Zuständen in Österreich sofort als böswillig hingestellt, es wird sofort behauptet, hier werden Einrichtungen des Staates herabgesetzt. Nur wenn es aus Ihrem eigenen Mund kommt, dann ist die Kritik richtig. Ich muß wieder sagen: Der Bericht des Herrn Abgeordneten Mayr über das Kapitel Landesverteidigung ist so vernichtend und so tiefgreifend, daß man gar nichts mehr hinzuzufügen brauchte.

Ich möchte nun in dieser Beziehung kurz auf die österreichische Presse übergehen. Es gibt drei Zeitungen, die bewußt laufend den Militärdienst, den Dienst am Vaterland diskreditieren. Ich habe mir die Mühe genommen, einen Artikel aus dem „Neuen Österreich“ vom 23. November mitzubringen mit der großen Überschrift „20jähriger Bundesheer-Freiwilliger meinte: Es ist nicht schön, Soldat zu sein“. Das kann seine Meinung sein. Ich möchte Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten nur ein paar Sätze daraus zur Kenntnis bringen:

Kindl.

„Bei der Verhandlung war Johann L. voll geständig, allerdings äußerte er den Wunsch, so bald wie möglich aus dem Bundesheer entlassen zu werden. ‚Ich habe ohnehin bereits neun Monate gedient‘, argumentierte der des Soldatenlebens überdrüssige Johann L.

Aus einer Stellungnahme des bei der Verhandlung anwesenden Bundesheervertreters ging jedoch hervor, daß dieser Wunsch des Angeklagten kaum in Erfüllung gehen kann: ‚Die 15 Monate, die Johann L. noch abzudienen hat, wird er abdienen müssen‘, wurde — von seiten des Bundesheeroffiziers — „erklärt.“ Und nun beginnt das Gefährliche:

„Das Gericht bewies dem Angeklagten gegenüber mehr Verständnis: Unter Berücksichtigung mildernder Umstände wurde L. zu drei Monaten strengen Arrestes, bedingt auf drei Jahre,“ — die Strafe ist übrigens sehr hoch — „verurteilt. Johann L. mußte sofort nach der Verhandlung seinen Heeresdienst wieder aufnehmen.“ Und nun das Bezeichnende. Hier heißt es: „Ob man deswegen so viel Wert darauf legt, den ‚unfreiwilligen Freiwilligen‘ wieder ins Bundesheer zu bekommen, weil in der letzten Woche aus einer einzigen in Neusiedl am See stationierten Einheit in Abständen von je 24 Stunden drei Soldaten desertierten?“

Ich glaube, daß hierin in diesem „Neuen Österreich“ ein solcher Geist, eine solche Einstellung gegenüber den heutigen Soldaten aufscheint, daß wir auf keinen Fall wünschen können, daß das wirklich das „neue Österreich“ sein soll. (*Abg. Zeillinger: Das ist der kommunistische Anteil!*)

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Ich muß leider, da der Landesverteidigungsausschuß, wie ich im Finanzausschuß ausdrücklich gesagt habe, so unter Auschuß der Öffentlichkeit und nur einmal im Jahr tagt, hier noch einmal Dinge bringen, die ich im Verteidigungsausschuß angeführt habe. Also einiges zum Problem der Geheimhaltung. Ich möchte hier als Oppositionsredner ausdrücklich erklären, daß der Herr Verteidigungsminister an dem, was ich heute noch vorbringen werde, zum geringsten Teil schuld ist. Er ist erst zu kurz in seinem Amt, und ich möchte ihn nicht heute mit all dem, was sich hier angelagert hat, belasten. Das werden wir in einem Jahr tun können, denn bis dorthin kennen wir die Durschschlagskraft des Herrn Landesverteidigungsministers besser. Eines hat mir nicht gefallen.

Der Herr Verteidigungsminister hat uns im Finanz- und Budgetausschuß einen Bericht gebracht und gesagt, das sei vertraulich. Dazu möchte ich sagen, daß vor einem Jahr

der Vorgänger des Herrn Ministers, Minister Graf, dieselben Zahlen bereits einer politischen Korrespondenz zur Verfügung gestellt hat. Und wenn es einmal eine politische Korrespondenz hat, dann hat es natürlich auch die Öffentlichkeit. Ich bitte also, uns, die Abgeordneten, nicht mit einer Geheimhaltung zu belasten, wenn man diese Zahlen sowieso in jeder Zeitung lesen kann. So können wir nicht weitertun.

Ich möchte kurz an meine Anfrage über die Verteidigungsanlagen an der sogenannten Brucker Pforte erinnern. Hier war auch einer der Strategen der Österreichischen Volkspartei etwas vorlaut. Er machte mir den Vorwurf, auf der einen Seite wäre ich für die Geheimhaltung, auf der anderen Seite möchte ich das größte Geheimnis wissen, nämlich was dieses Bauwerk gekostet hat. Der Herr Minister hat mir diese Frage auch nicht beantwortet. Zwei Tage darauf mußte ich die Bausumme in einer Zeitung lesen. Da sage ich mir wieder: Ist das nur für uns geheim, oder sind die Abgeordneten dieses Hauses darauf angewiesen, das erst aus der Presse zu erfahren, was sie eigentlich wissen müßten? (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Regensburger.*)

Herr Kollege Regensburger! Ohne Koalition möchte ich Ihnen nur kurz sagen: Ich habe in meiner Militärzeit gelernt, daß das militärische Geheimnis bei einer Verteidigungsanlage in ihrer Wirksamkeit gelegen ist, darin nämlich, von wo herausgeschossen wird. Was diese Anlage kostet, das ist kein militärisches Geheimnis. Von der Maginot-Linie wußte jeder französische Staatsbürger, was dieses Bauwerk gekostet hat (*Abg. Probst: Das ist ein finanzielles Geheimnis!*), nur die Pläne, die Schießbereiche und wie das alles in der militärischen Sprache heißt, das war ein Geheimnis. (*Zwischenrufe.*)

Ich möchte also sagen: Was der Presse vorgeführt wurde, das ist das militärische Geheimnis gewesen! Was mir als Antwort hier im Hause verweigert wurde, hat mit einem militärischen Geheimnis gar nichts zu tun. Das wäre für uns lediglich die Handhabe gewesen, zu sagen, ob diese rund 20 Millionen Schilling zum Fenster hinausgeworfen sind oder — ich habe eine solche Zusatzfrage an den Herrn Minister gerichtet — ob man das Geld nicht zweckmäßiger hätte verwenden können.

Heute haben wir durch den Herrn Berichterstatter bereits die Antwort hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Verwendung gehört. Der Herr Berichterstatter sagte, daß Geschütze, Panzer, Flugzeuge, Geräte, Radargeräte in Gefahr sind, zu verkommen, weil nicht genug

Kindl

Geld da ist. Ich bin daher der Meinung, daß man diese 20 Millionen für bereits vorhandenes Gerät zweckmäßiger hätte verwenden können. Darüber hätte man diskutieren können. Aber deswegen wurde es uns ja nicht gesagt.

Ich möchte zum Abschluß zu diesem Kapitel sagen: Seien wir mit dem Ausdruck „Geheimhaltung“ etwas vorsichtiger! Halten wir wirklich das geheim, was der Geheimhaltung wert ist! Ich möchte von dieser Stelle aus die Bitte an den Herrn Minister richten, Fragen von Abgeordneten, deren Beantwortung nicht unter das Gebot der militärischen Geheimhaltung fällt, doch zu beantworten.

Ich komme nochmals auf die Gründung des Bundesheeres zurück. Es handelt sich dabei um eine allgemeine Kritik, die sich ungefähr in zehn Punkten erschöpft.

Erstens einmal ist klar festzustellen, daß im Jahre 1955 dieser Gesetzesvorlage, die uns in Form einer Regierungsvorlage vorgelegt wurde, ein großer Koalitionskampf, ein Kampf zwischen den beiden Parteien vorausgegangen ist. Man sieht die Kompromißlösung bereits bei der Dienstzeit. Wir finden nämlich auf der ganzen Welt kein allgemeines Heer, das die Dienstzeit mit neun Monaten festsetzt, jede Waffenübung aber ausschließt. Wir haben diese Besonderheit. Sie haben im Kompromißwege eine Dienstzeit von neun Monaten beschlossen, haben aber ausdrücklich keine Waffenübungen hineingenommen.

Ich komme zur Budgetierung als dem zweiten Punkt der Kritik. Auch diesbezüglich brauche ich nur zu wiederholen, was der Berichterstatter sagte. Es wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, ein progressives Verteidigungsbudget zu erstellen. Ich muß sagen, es ist ein degressives. Ich wiederhole: 1958 5,31 Prozent, 1959 5,07 Prozent, 1960 4,45 Prozent, 1961 4,06 Prozent, 1962 3,96 Prozent. Hier kann man nicht von Progressivität reden. Das ist doch der Beweis, daß Sie diese Verteidigung gar nicht sehr ernst nehmen. Sie ziehen wohl die jungen Männer als werdende Soldaten ein, Sie schädigen dabei sogar die Wirtschaft, weil diese Kräfte der Wirtschaft entzogen werden. Ich möchte dazusagen, daß man sogar junge Männer einzieht, die nicht einmal Dienst mit der Waffe machen können, die zu Hause im Arbeitsdienst wirklich mehr leisten könnten. Ich habe erst vor kurzem ein Schreiben von einem Weinbauer bekommen. Der junge Bub, die einzige Stütze im Haus, ist zum Dienst ohne Waffe eingezogen worden und versieht in Götzendorf Küchenhilfsdienst. Ich weiß selbst aus meiner Zeit, wie man das so macht mit Leuten, die nicht zum Waffen-

dienst eingezogen werden. Sie sind sozusagen der Schani für die Kompanie, sie werden für alles eingeteilt, wofür sich niemand sonst findet. Ich möchte schon sagen, daß solche Menschen zu Hause besser verwendet werden könnten.

Zum Personal. Wir haben in den ersten Jahren erlebt, wie das neue Offizierskorps ursprünglich streng nach dem Proporz besetzt werden sollte, wie sich dann beide Parteien Mühe gegeben haben, Offiziere aus der ehemaligen deutschen Wehrmacht zu finden, wie sie sie schnell auf ihre Proporzlisten gesetzt haben, um überhaupt den notwendigen Stand, den man bei der Aufstellung eines Heeres braucht, zu erreichen. Dieses Spiel wird heute noch getrieben. Ich sage Ihnen offen: Die Frontoffiziere, die Truppenoffiziere, die Unteroffiziere bei der Truppe spüren das und beschwerten sich über dieses Proporzspiel, das im Ministerium bei der Besetzung aller höheren Stellen Platz gegriffen hat. Die Teilung in zwei „Reichshälften“ kann nirgends so schädlich sein wie gerade auf diesem Sektor, auf dem es überhaupt nur ein Reich geben kann, nämlich das gemeinsame Vaterland Österreich. Herr Minister! Hier hätte ich eine Bitte: Schaffen Sie entsprechend Wandel, damit dieses Proporz- und Parteienspiel in der höheren Garnitur zu einem Ende kommt! Sie leisten damit dem Vaterlande Österreich wirklich einen unschätzbaren Dienst.

Es besteht auch das Problem des Oberbefehls, das meines Wissens noch nicht gelöst ist. Wenn es nämlich heißt: „Nach Maßgabe der von der Bundesregierung erteilten Ermächtigung . . .“, dann stellen sich jene, die Soldaten gewesen sind und auch ungefähr wissen, wie es zugeht und aussieht, immer wieder die Frage: Wie soll es im Ernstfall sein, wenn an einer unserer Grenzen ein Einfall stattfindet? Wird man dann die gesamte Bundesregierung beisammen haben? Wird es überhaupt möglich sein, da man vor jedem Regierungsbeschluß den Koalitionsausschuß einsetzen muß und vor dem Koalitionsausschuß die Parteienbesprechungen abgehalten werden müssen, zurechtzukommen? Ich wäre, wenn es nicht so ernst wäre, neugierig, wie das dann wirklich geschehen sollte. Die Bundesregierung berät, überträgt die Sache dem Koalitionsausschuß, vom Koalitionsausschuß gehen zweimal je fünf Mann Vertreter in ihre Parteigremien, dort wird wieder beraten, dann kommt das Ergebnis wieder über den Koalitionsausschuß zurück in die Bundesregierung, dann wird beschlossen, was zu geschehen hat, und dann drückt der Verteidigungsminister auf den Knopf, dann soll es losgehen. (Abg. Rosa Jochmann: Das

Kindl

ist aber „kindlich“, muß ich sagen!) So steht es im Gesetz, Frau Abgeordnete! (Abg. Rosa Jochmann: Das ist „kindlich“!) Frau Abgeordnete, das ist sehr billig, zu sagen: Das ist kindlich! Sagen Sie mir nur, daß es anders ist. Wenn Sie mir sagen können, daß es anders ist, dann habe ich mich von Ihnen belehren zu lassen. Aber es ist nicht anders. (Abg. Rosa Jochmann: Warten wir ab! — Abg. Zeillinger: Koalitionsvertrag!) Sie flüchten in ganz billige Allgemeinheiten. (Zwischenrufe. — Abg. Dr. Kos: Das steht in der Zeitung!) Die Regelung des Oberbefehls ist eine ausgesprochene Proporzlösung, das werden Sie mir doch nicht abstreiten, weil man diesen Oberbefehl nicht dem Minister geben will, der nicht beiden Parteien angehören kann, sondern eben nur von einer Partei kommt. (Abg. Probst: Es steht doch in der Verfassung!) Daher macht man es so kompliziert.

Das gleiche ist bei der Gerichtsbarkeit. Es ist wirklich entsetzlich, zu erfahren, wenn man einzelne Gerichtsurteile liest, welche kleinen Vergehen vor öffentliche Gerichte oder vor Zivilgerichte kommen. Man war seinerzeit der Meinung, daß das Strafrecht der Offiziere eingeschränkt werden mußte. Damit hat man diese jungen dienenden Menschen der öffentlichen Gerichtsbarkeit ausgeliefert. Ich weiß doch aus eigener Erfahrung: Früher konnte ein Regimentskommandeur Strafen bis zu einem gewissen Höchstausmaß verhängen; das waren Dinge, die sozusagen im eigenen Haus bereinigt wurden. Heute kommt ein Mann zum Beispiel wegen Wachvergehens vor Gericht. Hier fallen natürlich die Strafen ganz anders aus. Dazu kommt noch, daß die Sache in seine Strafkarte hineinkommt. Der junge Bursch, der unbescholten eingerückt ist, rüstet als Vorbestrafter ab. Das hat es doch früher nicht gegeben. Eine Militärstrafe hat doch, soweit ein Delikt nicht mit Kerker bestraft wurde, auf die sogenannten bürgerlichen Rechte, auf das bürgerliche Leben überhaupt keinen Einfluß gehabt.

Sie fahren bei jeder Gelegenheit, sozusagen wegen der Gleichschaltung mit anderen Ländern, sehr gerne in die Schweiz oder nach Schweden. Auch vor Aufstellung der sogenannten Grenzschutzeinheiten sind Herren des Ministeriums in die Schweiz und nach Schweden gefahren. Ich möchte hier fragen: Was nützt es uns, nach Schweden oder in die Schweiz zu fahren, wenn wir uns in keiner Beziehung mit diesen beiden Ländern, nicht einmal hinsichtlich der Neutralität, vergleichen können? Unsere Neutralität hat ganz andere Ursachen. Die militärische Verteidigung ist in der Schweiz und in Schweden Jahrzehnte alt und erfährt trotz des Vorhandenen laufend eine weit höhere Dotierung als in Österreich. Aber was tun Sie?

Sie fahren lustig dorthin, um sich etwas abzuschauen. Haben Sie das in der Schweiz gelernt, daß die Angehörigen der Grenzschutzeinheiten die Uniform und die Ausrüstungsgegenstände mit nach Hause bekommen, nicht aber das Gewehr — weil das in Österreich gefährlich wäre? In der Schweiz trägt jeder Staatsbürger sein Gewehr mit nach Hause und hat es jederzeit griffbereit. (Abg. Aigner: Das sind vielleicht die „Schwarzen Panzer-Husaren“!) Es ist wohl einfacher, sich auf die Ebene des Lustigen zu begeben. (Abg. Probst: Sie haben gesagt, die Leute fahren „lustig“ nach Schweden!) Da kann man nämlich diesen Dingen leichter ausweichen. (Weitere Zwischenrufe und Widerspruch bei der SPÖ.) Herr Abgeordneter Probst! Sie werden, wenn Sie die Güte haben, in der Lage sein, mir nachher das Funktionieren der Grenzschutzeinheiten zu erklären. (Abg. Pölzer: Panzer-Husaren! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Zeillinger: Wer ist am Wort? — Präsident Hillegeist gibt das Glockenzeichen.) Dazu komme ich noch.

Sie zitieren mich gerne und immer wieder hier, weil ich einer Soldatenkameradschaft angehöre. Darf ich Ihnen dazu kurz die Meinung des Herrn Ministers sagen (Redner zitiert aus der Zeitschrift „Der Kamerad“): „Landesverteidigungsminister Dr. Schleiner würdigte bei einem Altsoldatentreffen, das aus Anlaß des 80jährigen Bestandes des Ortsverbandes Deutschlandsberg des Österreichischen Kameradschaftsbundes stattfand, die Verdienste des Kameradschaftsbundes um die Hebung des Wehrwillens in Österreich und die Aufstellung des Bundesheeres. Der Minister betonte in seiner Festrede, daß erst durch die psychologische Vorarbeit des Kameradschaftsbundes die Voraussetzungen für die reibungslose Aufstellung des Bundesheeres geschaffen wurden.“ (Abg. Czettel: Wenn ein Minister etwas sagt, muß es noch nicht stimmen! — Abg. Zeillinger: Aber nur, wenn er von der anderen Partei ist! — Abg. Pölzer: Das ist direkt provokant! — Weitere Zwischenrufe.) Weiter: „Man müsse anerkennen, sagte er, daß der Österreichische Kameradschaftsbund eindeutig und fest auf demokratischen Grundlagen stehe und sich zur österreichischen Heimat bekenne.“

Nun sagen Sie wieder: Auch ein Minister muß nicht recht haben. Wenn ich hier etwas sage, ist es nicht richtig, was der Herr Minister sagt, stimmt nicht, was stimmt denn dann überhaupt? (Abg. Czettel: Daß der Kameradschaftsbund den Wehrwillen geschaffen hat, ist doch wahrlich übertrieben! Wir sagen ja, daß sich der Herr Minister geirrt hat! — Abg. Zeillinger: Sagen Sie es dem Minister! — Ruf bei der FPÖ: Der Zwischenruf paßt über-

3608

Nationalrat IX. GP. — 84. Sitzung — 5. Dezember 1961

Kindl

haupt nicht her! Sie haben geschlafen! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident **Hillegeist** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, die Diskussionen untereinander einzustellen! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kindl.

Abgeordneter **Kindl** (*fortsetzend*): Das Wort ist „sehr kurz“ bis 1 Uhr! Ich würde Sie schon bitten, sich nach mir zum Worte zu melden und mir nicht so viel von meiner Redezeit zu nehmen!

Ich komme zum Schluß: Es kann nicht der Sinn von aufgestellten Grenzschutzeinheiten sein, daß man den Angehörigen solcher Einheiten wohl die Uniform mitgibt, daß sie aber die Gewehre in der Kaserne lassen müssen.

Zur Verteidigung, zur Hebung des Wehrwillens und zur Sicherheit des Soldaten gehört auch — ich habe es schon im Ausschuß gesagt, Österreich bildet wieder die einzige Ausnahme —, zu wissen, welche Versorgungsansprüche bestehen, wenn ein präsentdienender Soldat tödlich verunglückt. In jedem Land, in jedem Staat weiß man das, nur in Österreich weiß man es nicht. Wir haben wohl seit 1955 ein Heeresgesetz, aber bis dato kein Heeresversorgungsgesetz. Ich habe im Ausschuß einen Fall zitiert: Im April dieses Jahres verunglückte in Götzendorf ein Korporal tödlich. Im November bekam ich von der Mutter, die ihren Mann in Rußland verloren hat, ein Schreiben mit der Frage, wohin sie sich wenden muß, um den Nachlaß ihres Sohnes zu bekommen. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist traurig!*) Sie schrieb mir gleichzeitig, daß wohl die Überführungskosten und die Begräbniskosten bezahlt wurden; aber an wen sie sich wegen der Versorgungsansprüche wenden kann, das wäre ihr nicht bekannt. Der Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, daß die Überweisung an die Landesinvalidenämter gesetzwidrig ist, da es bei der Schaffung des Kriegsopferversorgungsgesetzes im Jahre 1950 noch kein Bundesheer gab. Diese Anstalten sind also rechtlich gar nicht befugt, in solchen Fällen Auszahlungen vorzunehmen. Ich frage Sie wieder: Ist das notwendig, daß sechs Jahre nach Schaffung des Wehrgesetzes ein Abgeordneter der Opposition diese Forderung aufstellen muß? Da Sie das Wehrgesetz beschlossen haben, müßten Sie auch für den Fall Vorsorge treffen, daß eine Mutter, die ihren letzten Sohn durch einen tödlichen Unfall verloren hat, nicht in der Welt herumfragen muß, wer zuständig ist.

Auch im Ausschuß haben wir die Forderung auf Erhöhung des Taggeldes gestellt. Aber man kann solche Probleme mit der Antwort: Wir haben kein Geld!, oder: Wir haben eine

zu geringe Dotierung!, nicht lösen. 5 S Taggeld für den dienenden Soldaten sind heute paradox. Denken Sie nur daran, was die Straßenbahn in Wien kostet! Der Soldat fährt hin und zurück, und die 5 S sind weg. Und dann gibt es wieder die berühmten Zeitungen, die über die Autodiebstähle schreiben. Eine Zeitung hat sogar geschrieben, man könne am Wochenende immer wieder feststellen, wie sich die Strahlen der Autodiebstähle bei den Kasernen sammeln. Das heißt, daß sich die Soldaten zum Teil in Ermangelung des Retourfahrgeldes ein Fahrzeug besorgen, um rechtzeitig vor Zapfenstreich in die Kaserne zu kommen. (*Widerspruch.*) Das hat eine Zeitung geschrieben. Ich suche es Ihnen heraus. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist eine Beleidigung der Soldaten!*) Ja, das ist eine Beleidigung, Frau Abgeordnete Jochmann! Ich suche Ihnen die Zeitung heraus, in der das gestanden ist. Ich habe es nicht für mich erfunden. Es ist eine Gemeinheit, das zusammenzutragen, weil es nicht wahr ist. Aber man macht solche Dinge glaubwürdiger, wenn man weiß — und das sagt heute jede Mutter, deren Sohn eingerückt ist —, wie hoch die Belastung ist, weil 5 S nicht einmal das Primitivste abgelten. Der Soldat kann sich nicht einmal die Schuhpaste damit kaufen, die er braucht. Ich habe zur Antwort bekommen, Herr Minister, daß eine Erhöhung 30 Millionen Schilling ausmachen würde.

Hier komme ich — nicht, weil es mein Steckenpferd ist — auf die Brucker Pforte zurück. Die Rangordnung ist das Wesentliche! Versorgen wir zuerst das, was wir haben. Zum Gerät gehört auch der Mann. Zahlen wir dem Mann ein höheres Taggeld, so wie es nur rechtens ist. Verzichten wir auf Dinge, die wir in Schweden oder in der Schweiz sehen, die aber für uns überhaupt nicht in Frage kommen, weil uns die Mittel nicht in diesem Ausmaß zur Verfügung stehen. Wir könnten uns diese Fahrten wirklich ersparen! Sie sind für uns und, ich glaube, auch für die höheren Offiziere des Ministeriums nicht lehrreich.

Gestern wurde das Thema Zivilschutz angeschnitten. Auch ich möchte abschließend noch ein paar Worte darüber verlieren. Ich habe hier einen Artikel aus der „Österreichischen Politischen Korrespondenz“ vom Juni 1960 mit der Überschrift: „Mit dem Zivilschutz soll es endlich ernst werden. Programm des Innenministeriums: 115 Millionen Schilling für 1961.“ Die „Politische Korrespondenz“ vom September 1961, also etwa ein Jahr später, schreibt: „Aktionsplan für den Zivilschutz. Schleinzer legte Entwurf vor — Aufgabenteilung der Ressorts — Grundsätzliche Eini-gung zwischen Innenminister und Landes-

Kindl

verteidigungsminister — Durchführung soll ohne Verzug beginnen.“

Die finanzielle Seite: Im Jahre 1960 Sondermeldung: für 1961 115 Millionen Schilling; im Jahre 1961 Sondermeldung: für 1962 15 Millionen Schilling! Hier schon eine Einigung. (*Abg. Probst: Das sind Falschmeldungen! Wenn Sie falschen Meldungen glauben und Ihre Politik auch danach treiben ...!*) 15 Millionen! Das steht im Budget. Das ist keine Falschmeldung. (*Abg. Probst: 115 Millionen?*) Für vergangenes Jahr! 15 Millionen für dieses Jahr! Aber das steht doch im Budget, Herr Kollege Probst, 15 Millionen! Und hier, wobei ich auf den Zahlen gar nicht mehr herumreiten möchte, liest man, daß die Einigung bereits stattgefunden hat. Da die Abgeordneten des Hauses ihr Wissen immer aus der Presse und so weiter beziehen müssen (*Abg. Probst: Wenn Sie Herrn Manndorff das glauben, ist das Ihre Schuld!*), muß ich schon sagen: Der Herr Innenminister Afritsch hat es hier gestern anders gesagt. Er sagte nämlich: „die ganzen Kompetenzen, die noch offen sind“. Er hat wohl klar zum Ausdruck gebracht, daß er nicht gewillt ist, den Zivilschutz aus seinem Ministerium herausnehmen zu lassen. Das ist eindeutig herausgekommen. (*Abg. Pölzer: „Federführend“ hat er gesagt!*)

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Sie sind bei der Aufzählung der entscheidenden Punkte etwas unruhig geworden, Das verstehe ich; Sie haben ja auch die Verantwortung. Ich verstehe vollkommen, daß Sie sich nicht wohl in Ihrer Haut fühlen, wenn Sie sich daran erinnern, daß Sie vor sechs Jahren ein Gesetz beschlossen haben, aber bei der Durchführung dieses Gesetzes sehr ungenau sind. Das verstehe ich vollkommen, ich bin ein konzilianter Mensch. (*Heiterkeit.*) Sie werden aber auch umgekehrt verstehen — das muß ich hier wieder sagen, das hat nichts mit einem Angriff auf staatliche Einrichtungen zu tun —, daß Kritik notwendig ist. Hier werden wir solange Kritik üben, solange diese Kritik notwendig ist.

Abschließend möchte ich sagen, daß es uns sehr leicht fällt, zu diesem Kapitel nein zu sagen. (*Beifall bei der FPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Das sagen Sie ja bei jedem Kapitel!*)

Präsident **Hillegeist**: Ich hoffe der Zustimmung des Hauses sicher zu sein, wenn ich jetzt die Verhandlungen zwecks Abhaltung der Mittagspause unterbreche. Die Sitzung wird um 14 Uhr wiederaufgenommen.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 55 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr wiederaufgenommen.

Präsident **Dr. Maleta**: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir setzen die Spezialdebatte über die Budgetgruppe Landesverteidigung fort.

Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Preußler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Preußler**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Kapitel Landesverteidigung des Bundesvoranschlages liegt uns heute zur Beratung vor, und wir Sozialisten werden diesem Kapitel unsere Zustimmung geben. Lassen Sie mich aber doch einige Bemerkungen zu diesem Kapitel machen.

Heute hat mein Kollege und Parteifreund Czernetz in der vorhergegangenen außenpolitischen Debatte in sehr deutlicher Weise herausgearbeitet, daß die Neutralität Österreichs für unsere Außenpolitik bestimmend geworden ist. Es liegt der Schluß nahe, daß durch diese Neutralitätserklärung Österreichs und durch unsere Neutralität auch die Grenzen unserer Landesverteidigung bestimmt sind. Es sind daher alle organisatorischen, technischen und personellen Maßnahmen im Bundesheer in dieser Richtung zu treffen, und sie haben meiner Meinung nach nur diesen Überlegungen zu dienen.

In diesem Zusammenhang mag vielleicht ein Geleitwort interessant sein — man kann das nicht genug herauschälen —, das unser Herr Bundespräsident als Oberbefehlshaber anlässlich des Erscheinens der Zeitschrift „Landes-Verteidigung“ den Verfassern beziehungsweise den Initiatoren dieser Zeitschrift für das erste Heft geschrieben hat:

„Die Republik Österreich hat in dem Verfassungsgesetz über ihre dauernde Neutralität freiwillig die Verpflichtung übernommen, für ihre Sicherheit selbst zu sorgen. Österreich gehört keinem militärischen Bündnis an. Umso wichtiger ist es, daß die Republik über ein Bundesheer verfügt, das imstande ist, unsere Neutralität zu schützen und, wenn es sein mußte, wirksam zu verteidigen.

Strategie, Taktik und Waffentechnik sind ständig bedeutenden Veränderungen unterworfen. Offiziere, Unteroffiziere und alle anderen Angehörigen des Bundesheeres müssen über diese Entwicklung auf dem laufenden gehalten werden, damit sie ihre Aufgaben im Dienste Österreichs erfüllen können.“

Damit hat der Repräsentant unseres Staates, der zugleich Oberbefehlshaber unseres Bundesheeres ist, in kurzen und knappen Worten ausgedrückt, welche Aufgabe der Landesverteidigung gestellt ist.

Bei diesem Kapitel des Voranschlages erleben wir jedes Jahr das gleiche: Wenn die

Preußler

Budgetverhandlungen im Sommer beginnen, wird die Propagandatrommel auch von seiten des Verteidigungsministeriums gerührt. Diese Propaganda dauert an, bis wir in diesem Hause über den Voranschlag Beschluß gefaßt haben. Die Propaganda geht darauf hinaus — das ist bei einem Verteidigungsminister verständlich, ich sage das ganz offen —, daß das Bundesheer und die Landesverteidigung zu wenig Geld haben. Wir hören das jedes Jahr, seit das Bundesheer 1955 in Österreich aufgestellt wurde. Seit neuestem gibt es sogar Plakate — ich weiß nicht, wer sie herausgegeben hat, ich vermute, daß es das Bundesministerium war — mit einem Fuchs und einem Igel, und darüber steht: „Für die Landesverteidigung braucht man mehr Geld.“ Der Fuchs will den Igel gerade beißen, und der Igel stellt die Stacheln auf. Das ist sehr sinnig für die Landesverteidigung. *(Heiterkeit.)*

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß Sie mir recht geben werden, wenn ich sage, daß die Landesverteidigung und das Budget der Landesverteidigung Sache der Regierung sind. Ich bin weiter der Ansicht, daß es für das Bundesheer sehr gut wirkt, wenn in der Bevölkerung das Bewußtsein verankert wird, daß es ein Bundesheer, eine Wehrbereitschaft geben muß. Aber ich bin nicht der Meinung, daß es das Bundesheer notwendig hat, bei dem, wie richtig gesagt wurde, verhältnismäßig geringen Ansatz mit Plakatpropaganda oder mit verschiedenen anderen Mitteln weitere Propaganda zu treiben. Deswegen bekommt das Bundesheer nicht mehr Geld. *(Abg. Sebingner: Das macht der Waldbrunner auch!)* Der Waldbrunner ist aber nicht das Bundesheer. Dort geht es um die Eisenbahn, das ist ein wirtschaftliches Unternehmen. *(Abg. Dr. Migsch: Seit wann darf ein Unternehmen nicht werben? — Heiterkeit. — Abg. Sebingner: Seit wann darf sich ein anderer nicht darum kümmern, daß er mehr Geld bekommt? — Abg. Dr. Migsch: Sehr geschickt: eine Hoheitsbehörde geht werben! Das ist lächerlich!)*

Meine Damen und Herren! Es wird in dieser Propaganda immer wieder auf verschiedene Vergleichszahlen hingewiesen. Wir haben das heute auch gehört: Der Berichterstatter hat Prozentzahlen verlesen, und es werden immer wieder Vergleiche mit der Schweiz, mit Schweden und mit anderen Ländern angestellt.

Ich möchte hier wieder etwas deutlich sagen, ich habe es schon einmal anläßlich einer Budgetdebatte ausgeführt. Kollege Kindl hat in einer anderen Hinsicht recht, wenn er sagt, man soll die Schweiz und Schweden nicht mit uns vergleichen. Ich möchte das ergänzen und feststellen: Ein Vergleich mit der Schweiz

und mit Schweden ist für Österreich uninteressant. Die Schweiz und Schweden haben keinen Krieg hinter sich, haben daher keine wie immer gearteten Verpflichtungen, sie hatten Jahrzehnte hindurch keine Ausgaben auf Grund irgendwelcher Bedrohungen oder Verpflichtungen zu tätigen, die aus dem ersten oder zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind. Österreich hat heute Verpflichtungen zu erfüllen, die naturgemäß dazu führen müssen, daß sein Verteidigungsbudget nicht so hoch sein kann wie vielleicht das der Schweiz, von Schweden, von Amerika oder meinetwegen auch von Großbritannien. Wir haben heute noch die Kriegspferfürsorge aus dem ersten und zweiten Weltkrieg. Noch sind die Wunden nicht verheilt. Erst 16 Jahre sind seit dem zweiten Weltkrieg vergangen, und wir müssen hunderttausende Kriegspfer aus dem Budget versorgen. Soweit ich mich erinnere, ist dafür ein Betrag von 1,35 Milliarden Schilling eingesetzt. Und wenn man alles das, was im übertragenen Sinn zum Kapitel Verteidigung und Wehrbereitschaft zählt, hinzurechnet, dann kommt noch ein Betrag von 1,3 Milliarden dazu; denn wir haben aus dem verlorenen Krieg — das ist erst 16 Jahre her! — Staatsvertragsverpflichtungen in der Höhe von etwa 1,3 Milliarden Schilling.

Wir hatten darüber hinaus einen wirtschaftlichen Aufbau für eine Heimat durchzuführen, die total zerschlagen und ausgeplündert war. Wir haben es schon öfter gehört — beim Kapitel Soziale Verwaltung haben es alle Redner gesagt —: Man kann nur die einen von den anderen leben lassen, das heißt, ohne Wirtschaft, ohne Expansion unserer Wirtschaft, ohne Aufbau einer konsolidierten Wirtschaft kann man keine Beträge freimachen. Dasselbe, was für das Bundesministerium für soziale Verwaltung und für die Versorgung der alten Menschen gilt, gilt natürlich sinngemäß auch für andere Kapitel. Der Innenminister hat geklagt, daß er zu wenig Geld für Gendarmerie und Polizei hat, es klagt der Handelsminister, es klagen andere Ministerien über zu wenig Geld, weil sie die Probleme nicht meistern können.

Es ist daher selbstverständlich und muß dem Einsichtigen doch klar sein — das soll man hier bei der Landesverteidigungsdebatte sehr sachlich und offen zum Ausdruck bringen —, daß unser Heeresaufbau auf Grund dieser erst 16 Jahre zurückliegenden Ereignisse des zweiten Weltkrieges nicht so vor sich gehen kann, wie man ihn eventuell woanders durchführen könnte. Ich bin überzeugt: Nicht einmal Schweden könnte einen Heeresaufbau in einem Jahr oder in zwei Jahren durchführen, sondern das braucht eine ziemlich lange Zeit. Man muß eben auch in Öster-

Preußler

reich etwas zuwarten. Man kann, wenn man kein Demagoge ist, sagen, daß in den wenigen Jahren, seit das Bundesheer existiert, immerhin ein Truppenkörper, ein Heer entstanden ist, auf das man stolz sein kann. Ich möchte dem Kollegen Kindl, unserem Panzerfunker hier im Hause, aus kameradschaftlichen Gründen auf seine Ausführungen nichts erwidern. Aber so arg ist es nicht. Würden manche nicht so die Propagandatrommel rühren, wäre der Kollege Kindl vielleicht gar nicht daraufgekommen. Aber als Oppositioneller kann er nur in dem Blute rühren, das die anderen für ihn bereitgestellt haben. (*Abg. Kindl: Die Zahlen allein sagen das! Das sagt der Rechenstift!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir im heurigen Jahr monatelang eine Zeitung aufgehoben. In dieser Zeitung „Der Soldat“ hat der jetzige Heeresminister, Herr Doktor Schleinzner, seinen Vorgänger Ferdinand Graf verabschiedet. Wenn der Abschied kommt, dann reden die Menschen immer mehr, sie reden offener und ehrlicher als zu der Zeit, wo sie eine Funktion ausüben. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Migsch: Manchmal ist es auch umgekehrt!*) Ich lese es Ihnen schon vor. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Migsch: Keine Graf-Rede, sondern eine Grabrede!*) Sie brauchen keine Sorge zu haben, ich lasse jetzt Graf reden. Das ist für Sie besser, das ist ja Ihr Mann; er ist ja noch bei der ÖVP. Oder sollte sich das in den letzten fünf Minuten geändert haben? Dann ziehe ich es zurück. Graf war sicherlich über seine Ablöse nicht sehr erfreut, aber es finden sich hier einige Sätze, die mußte ich mir für Dezember als Christkindl für alle die aufheben, die hier zum Kapitel Landesverteidigung sprechen. Ihr Parteifreund Graf sagte damals unter anderem wörtlich:

„Damit komme ich zu dem Thema Waffen, Ausrüstung und zu dem Vorwurf,“ — das hat es also schon immer gegeben — „zuwenig Geld erkämpft zu haben. Die meisten haben die finanzielle Entwicklung der letzten Jahre vergessen oder sie überhaupt nicht gekannt. Im Jahre 1955, dem Geburtsjahr des Bundesheeres,“ — Graf wird der Schöpfer des Bundesheeres genannt — „schienen im Budget 180 Millionen Schilling auf. Es gelang bereits im Jahre 1956, diesen Betrag auf 500 Millionen Schilling zu erhöhen. Es gelang im Jahre 1957, diesen Betrag auf 1,5 Milliarden Schilling zu erhöhen, und es war möglich, im Jahre 1958 den Betrag auf 2 Milliarden Schilling zu erhöhen. Man wird, und darüber bin ich mir seit Jahr und Tag völlig im klaren, den derzeit gesteckten Rahmen nur halten können, wenn man mehr Geld bekommt. Das Fordern ist eine leichte Sache, aber das Maßhalten und den Bogen nicht zu überspannen ist das Entscheidende dabei.

Trotz der bescheidenen Budgetmittel können wir heute feststellen, daß die Ausrüstung unseres Heeres so ist, daß sie bestimmten Aufgaben, die sich aus der militärischen Neutralität Österreichs ergeben, Genüge leistet. Es gibt keinen Verteidigungsminister auf der Welt, der genug Geld bekommen hat, und es hat noch nie einen Militär gegeben, der mit dem, was erreicht wurde, zufrieden gewesen wäre.“ (*Abg. Probst: Der eine hat zuviel gewonnen, der andere hat zuviel verloren!*)

Das sagt Ferdinand Graf, und es gebührt ihm dafür heute noch Dank.

Graf schließt diesen Teil seiner Rede mit den Worten: „Überspannen Sie den Bogen des Forderns nicht! Das sei ein ernstes Wort an jene Eiferer, die im besten Willen und Glauben durch ihr Eifern mehr zerstören als aufbauen.“ Ich könnte Ihnen jetzt noch mehr vorlesen ... (*Abg. Harwalik: Die „Preußen“ schießen schneller!*) Ich sage das nur, weil von allen Seiten gefordert wird: vom Berichterstatter bis hinauf fordert alles! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe das nur gesagt, weil Sie alle wissen, daß das Gesamtbudget und daß auch der Voranschlag für die Landesverteidigung in der Regierung durch die beiden Koalitionsparteien gemeinsam beschlossen worden ist. Daher wissen Sie genau, wenn Sie sagen: Wir brauchen mehr Geld!, daß der Finanzminister auch diese Forderungen beschneiden mußte und beschnitten hat, weil eben ... (*Abg. Hattmannsdorfer: Das ist nichts Neues, das hören wir jeden Tag hier!*) — Melden Sie sich vielleicht zum Wort, wenn Sie reden wollen. Disziplin ist auch eine gute Sache.

In derselben Zeitung ist auch die Antwort des Herrn Ministers Schleinzner enthalten. Er hat Minister Graf geantwortet: „Es gilt, dahin zu wirken, daß die breite Öffentlichkeit davon überzeugt wird, die Landesverteidigung ist eine Angelegenheit, die alle angeht.“ Das unterstreichen wir. Sie kann nur vorwärtsgen, wenn wir alle hier überzeugt sind, daß wir die Landesverteidigung durchzuführen haben. Ich schätze es immer wieder, wenn über all dem Propagandarummel und über all den falschen Vergleichen, die hier aufgestellt werden — jeder Fachmann weiß doch, daß der Vergleich mit den anderen Ländern, die ich genannt habe, falsch ist —, zum Ausdruck kommt, daß die Dinge eben so liegen, daß man sich bescheiden muß.

Ich will jetzt nicht mehr weiter vorlesen. Minister Schleinzner hat Minister Graf versichert, daß er die gleiche Linie einhalten werde.

Ich möchte daher bitten, daß man die Möglichkeiten real einschätzt. Vergessen Sie nie, daß jedes Ressort Wünsche hat. Glauben

Preußler

Sie, daß nur die Landesverteidigung zuwenig Geld hat? Ist es nicht ebenso wichtig, den alten Leuten, den Rentnern etwas zu geben? Glauben Sie, daß eine hochdotierte Landesverteidigung den inneren Frieden erhalten würde, wenn man den Rentnern nicht das Existenzminimum sichern würde? Oder glauben Sie, daß der Wohnungsuchende es verstehen würde, wenn wir in kurzer Zeit eine Wehrmacht mit allen Schikanen aufbauen würden, soweit wir das dürfen, wenn auf der anderen Seite keine Wohnungen gebaut würden? Ich betone daher — mir brauchen Sie nichts zu sagen, und mich können Sie auch nicht als Feind der Landesverteidigung hinstellen —: Wir werden gemeinsam darum kämpfen, daß wir im Laufe der Zeit den Aufgaben gerecht werden können.

Es ist für uns Sozialisten selbstverständlich, daß die Waffen und das Gerät nicht verderben dürfen. Ich verweise auf eine Pressekonferenz unseres Staatssekretärs, die vor einigen Monaten abgehalten wurde, wo er gesagt hat, daß auch die Sozialisten — und er ist der Repräsentant der Sozialisten im Verteidigungsministerium — dafür sind, daß das Notwendige vorhanden sein muß, um eine Landesverteidigung sicherzustellen. Aber das braucht Zeit, und es sind genug Leute auch von Ihnen (*zur ÖVP gewendet*) hier, die in früheren Zeiten beim Militär waren und die wissen, daß eine Landesverteidigung in einer Zeit, wo die Waffentechnik noch mehr fortgeschritten ist, wo die Probleme noch größer sind, nicht von heute auf morgen zu lösen ist.

Meine Damen und Herren! Machen Sie sich keine Gedanken darüber, wie die Verteidigung in Österreich beschaffen sein soll. Glauben Sie nicht auch, daß in einem Staat, der keine ABC-Waffen besitzt, der von Völkern umgeben ist, gegen die er sich vielleicht einmal verteidigen soll, von Völkern, die bestens gerüstet sind und die das Modernste besitzen, jede Handlung überlegt sein muß, damit das Geld nicht hinausgeworfen wird? Wissen Sie, ob eine Befestigungsanlage auch ihren Zweck erfüllen wird, ob nicht vielleicht durch die Strategie, durch die Taktik der anderen eine solche Anlage völlig illusorisch wird? Darüber unterhalten sich die Fachleute, und es freut mich immer, daß wir auch im Ministerium Fachleute haben. (*Abg. Kindl: Sehr gut! — Ruf bei der ÖVP: Wo sollen sie denn sein? — Heiterkeit.*) Es gibt genug Ministerien, wo keine Fachleute sitzen, das können Sie mir glauben, und das wissen Sie aus eigener Erfahrung.

General Fussenegger hat als Generaltruppeninspektor in der Nummer 1 der Zeitschrift „Landes-Verteidigung“ über die militärischen Probleme eines Kleinstaates einen Artikel ge-

schrieben. Dieser Artikel ist lesenswert und vor allem ehrlich. General Fussenegger ist zu einem sehr interessanten Schluß gekommen, dessen Richtigkeit Sie nicht ableugnen können. Ich weiß, es ist unangenehm, wenn man solche Feststellungen vorliest, und es wäre leichter, so zu reden, wie Sie es von mir hören wollen; aber das kann ich nicht, weil ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann. General Fussenegger sagt:

„Die Armee muß selbst in den kleinsten Einheiten gewohnt sein, selbständig zu handeln und an den Feind heranzugehen. Je verzahnter die Fronten, desto schwieriger wird der Atomwaffeneinsatz.“ Er spricht also davon, daß die anderen diese Waffen besitzen und daß die Möglichkeit besteht, daß wir uns im Rahmen dieser Gegebenheiten wehren müssen. Und er sagt weiter: „Es ist klar, daß auch hier alles seine Grenzen hat; auf die Dauer kann kein Verteidiger ohne Atomwaffen gegen einen Angreifer, der sie besitzt, bestehen. Uns bleibt aber die Hoffnung, daß diese Waffe nie zum Einsatz gelangt, denn seit dem Jahr 1945 ist, trotz zahlreicher Kriege, kein Einsatz erfolgt. Hoffentlich hat jener Philosoph recht,“ — vielleicht hat er Czernetz gemeint, der heute hier gesprochen hat, es scheint so — „der erklärt, daß sich die Menschheit daran gewöhnen muß, mit der Atom-bombe zu leben, ohne daß sie eingesetzt wird.“ (*Abg. Harwalik: Czernetz als Militärphilosoph!*) Ich würde Ihnen wünschen, daß Sie die Czernetz-Rede hätten halten können. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Er hätte sie hier ebenso über Verteidigungspolitik halten können, denn Außenpolitik und Verteidigungspolitik gehören zusammen.

In diesem Sinne müssen wir sehr sorgfältig zu Werke gehen und die Möglichkeiten prüfen — es wurde heute schon einmal gesagt —, um jede Million, jeden Schilling richtig einzusetzen.

Ich möchte an den Herrn Minister eine Frage richten. Ich habe sie vor einigen Jahren auch an seinen Vorgänger, den Herrn Minister Graf, gerichtet. Herr Minister, wo bleibt das Verteidigungskonzept? Minister Graf hat mir damals geantwortet — Sie können sich sicherlich noch erinnern —: Es ist schon fast im Fertigwerden, der Verteidigungsplan wird in Bälde vorgelegt werden! Bis heute habe ich davon nichts mehr gehört. (*Abg. Kindl: Das ist doch geheim! — Heiterkeit.*) Minister Graf stand auf dem Standpunkt: Ein neutraler Staat braucht nichts geheimzuhalten! Kollege Kindl, das hat er selber immer wieder gesagt. (*Zwischenruf des Abg. Pölzer.*) Das muß das Verteidigungsministerium selber klären. Jedenfalls war die Verteidigungspolitik bei

Preußler

uns bis zum Abschied des Ministers Graf nicht geheim.

Man muß also die Frage stellen: Wo bleibt das Verteidigungskonzept? Ich weiß, Herr Minister, Sie werden uns vielleicht einmal im Verteidigungsausschuß eine Antwort geben können, im kleinen Kreise. Das würde mich sehr interessieren. Denn Minister Graf kann doch nicht einfach die Antwort geben: Er ist schon im Fertigwerden!, wenn dann jahrelang davon nichts mehr zu hören ist. Vielleicht ist eine Änderung gekommen, was absolut verständlich wäre. Aber wir wollen endlich einmal wissen, ob überhaupt eine Planung vorhanden ist.

Ich stelle in Gesprächen mit höheren Offizieren immer wieder fest, daß sie, wenn man sie fragt: Was geschieht im Falle X? Was tun Sie dann?, nicht einmal eine Antwort geben können. (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Sie wissen nicht, was wirklich geschehen soll.

Meine Damen und Herren! Es ist notwendig, daß in Österreich in dieser Frage endlich einmal eine Entscheidung getroffen wird. Das Grundkonzept ist nicht in allen Kreisen klar, das können Sie mir glauben. Ich spreche mit sehr vielen Leuten. Ich würde wünschen, daß wir einmal wissen, welches Grundkonzept wir eigentlich haben, was möglich ist und in welche Richtung gegangen wird. Ich nehme an, daß uns der Herr Minister darüber einmal Aufklärung geben kann. (*Abg. Dr. Schwer: Haben Sie den Staatssekretär noch nicht gefragt? — Heiterkeit.*) Das war jetzt eine gescheite Antwort — mein Gott! (*Neuerliche Heiterkeit.*) Heute haben Sie einen schlechten Tag, Herr Kollege! Vom Essen wird man müde und satt! Das war wirklich eine „gute“ Antwort! Aber bitte — wenn Sie der Meinung sind, daß Sie keinen Minister brauchen, dann können Sie unseren Staatssekretär ruhig allein lassen. (*Abg. Dr. Schwer: Das habe ich nicht gesagt!*) Das glaube ich! Soweit hat es noch nicht gereicht.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch auf den militärischen Luftschutz zu sprechen kommen. Das, was für das Heer gilt, muß auch für den Luftschutz gelten. Ich weiß, daß beim Heer eine Luftschutzschule besteht und daß verschiedene Leute dort ausgebildet werden. Ich möchte aber gleich auf etwas aufmerksam machen, was sowohl für den Zivilluftschutz als auch für den Heeresluftschutz gilt: Was sich in den letzten Wochen auf diesem Gebiet ereignet hat, das stinkt zum Himmel! Das kann man offen sagen. Eine derartige Panikmacherei und in deren Gefolge eine Geschäftemacherei widerlichster Art kann doch nicht der Sinn der ernst zu nehmenden Bestrebung

sein, sich vor den schädigenden Auswirkungen eines Atomangriffes zu schützen. Ich möchte wirklich bitten, daß auch das Verteidigungsministerium an einer sachlichen Situationsbestimmung für den Luftschutz mitarbeitet.

Wenn man die Welt betrachtet, kommt man darauf, daß es diese Geschäftemacherei nicht nur in Österreich gibt. Es gibt nicht nur in Österreich Kaufleute, die im Gefolge einer Panikmache eine Monatsration anbieten, um ihre Lager zu leeren. Dasselbe erleben wir in Amerika. Ich habe in einer Zeitschrift gelesen, daß in Amerika eine Firma, die für die Reichen Schwimmbäder baut, jetzt Schwimmbäder mit Luftschutzbunker angeboten hat, was pro Familie ungefähr 2000 Dollar kosten würde. Es gibt in Amerika sogar so eine Reklame: Senden Sie uns 10 Dollar, dann geben wir Ihnen die beste Möglichkeit, sich zu schützen! Nach der Einsendung von 10 Dollar hat man einen Kanalgitterschlüssel bekommen, was heißen soll: Steig in den Kanal hinunter, da tust du am besten! Das sind Auswüchse, die wir aber überall haben.

Ein Zuviel und ein zu schnelles Handeln auf dem Gebiet des Luftschutzes wäre verheerend. Man muß die Dinge erst ausprobieren. Auch in den anderen Ländern ist alles erst in Erprobung. Ich warne davor, Gelder hinauszuerwerfen, ohne daß man die Erfahrungen von Ländern, wo man wirklich weiß, wie die Atombombe wirkt und wie man sich schützen kann, berücksichtigt. (*Abg. Dr. W. Weißmann: Ein Zuviel an Luftschutz in Österreich?*) Sie können doch selbst nicht voraussagen, was sein wird. Sie haben wahrscheinlich ebensowenig Ahnung von der Wirkung einer Atombombe wie ich. Sie wissen es nicht, ich weiß es nicht; aber ich würde mich scheuen, über etwas einen Beschluß zu fassen, von dem ich nichts verstehe. (*Abg. Dr. W. Weißmann: Die Panik ist doch zweifellos eine Folge dessen, daß nichts gemacht wurde! — Abg. Dr. Migsch: Das ist die Folge einer gewissenlosen Propaganda und eine Folge von Dummheit!*) Die Panik hat zur Folge gehabt, daß vorerst einmal bei jeder Gemeinde und bei jedem Land Ansuchen um Subvention eingebracht wurden. Auf die Frage, wofür das gehört, hat man geantwortet: Damit zunächst einmal ein Büroapparat entstehen kann. — Davon haben die Staatsbürger nichts, wenn wieder ein paar neue Leute Amtskappeln bekommen und ein paar neue Leute ein Büro beziehen. Wenn Gelder gegeben werden sollen, dann müssen sie dafür gegeben werden, daß auch etwas gemacht wird, wo die Leute einen Schutz finden. (*Abg. Harwalik: Das ist doch stark simplifiziert! — Abg. Dr. Haselwanter: Die Panik machen*

Preußler

einige Industrielle!) Auch das Land Salzburg hat im Landtag mit den Stimmen Ihrer Leute diesen Beschluß gefaßt: Die Gemeinden und Länder haben gesagt, daß die 100.000 S nur unter der Voraussetzung bereitgestellt werden, daß ein Plan vorgelegt wird, wozu sie verwendet werden sollen. Das ist der richtige Beschluß, denn so kann man auch etwas machen. *(Abg. Hartl: Es muß einmal ein Plan gefaßt werden, was bisher noch nicht der Fall gewesen ist! — Abg. Dr. Migsch: Das versteht der Hartl am besten — ausgerechnet er! Propaganda, sonst gar nichts!)* Dann aber auch keine Panikmache!

Herr Minister! Ich habe noch eine Bitte an Sie. Es treten immer wieder verschiedene Verbände, zum Beispiel der Österreichische Kammeradschaftsbund, der Heimkehrerverband und der Verband der Tapferkeitsmedaillenbesitzer, an Sie und verschiedene andere Persönlichkeiten heran, um ihre Wünsche vorzutragen. Sie wissen, daß jeder dieser Verbände Wünsche hat, Novellierungswünsche die einen, Erfüllungswünsche die anderen. Wir, die wir die Verantwortung in der Regierung tragen, sollten auch hier innerhalb der Parteien, aber auch innerhalb der Koalition eine ehrliche Linie beziehen und sollten diesen Verbänden die Wahrheit sagen, wie es wirklich steht, und wir sollten ihnen darlegen, warum die Wünsche nicht erfüllt werden können, damit nicht die Meinung entsteht, die Vorsprache bei den einen verleiße Erfolg und Hoffnung, bei den anderen aber Ablehnung. Ich würde also bitten, daß wir uns auch in dieser Frage absprechen und die Dinge soweit bringen, daß wir zu den Leuten, die es verdienen, ehrlich sind und sagen, was wir machen können und was nicht möglich ist. Wir sollten uns darüber so unterhalten, wie wir das beim Verband der Tapferkeitsmedaillenbesitzer gemacht haben, wo wir nach langen Vorberatungen zu einer Einigung gekommen sind.

Herr Bundesminister! Ich möchte noch die Bitte an Sie richten, in der Personalpolitik beim Bundesheer dahingehend zu wirken, daß die qualitativ hochwertigen Kräfte entsprechend entlohnt werden, damit wir diese Leute beim Bundesheer halten können. Ich möchte von mir aus der Freude darüber Ausdruck geben, daß — es hat natürlich in den letzten Jahren einige Versager gegeben — im großen gesehen die Offiziere, Unteroffiziere und zeitverpflichteten Soldaten im Bundesheer wirklich Entscheidendes geleistet haben. Sie haben sich in die große Aufgabe hineingelegt, und wir können heute feststellen, daß das Bundesheer ein Körper geworden ist, vor dem wir Achtung haben können.

Im Einvernehmen mit meinem Freund Pölzer, mit dem ich in der Beschwerdekommission gesessen bin, darf ich bei dieser Gelegenheit sagen, daß die Zahl der Beschwerden verhältnismäßig gering ist, daß diese Beschwerden vom Ministerium sehr anständig, aufrecht und ehrlich bearbeitet wurden. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß diese demokratische Einrichtung ihren Sinn hat. Man könnte sie natürlich auf gewissen Gebieten noch verbessern, darüber wird man reden müssen, aber es ist immerhin die Möglichkeit vorhanden, Beschwerden einzureichen. Die Zusammenarbeit in der Beschwerdekommission war wirklich anständig.

Ich hatte nicht die Absicht, sehr lange zu diesen Problemen zu sprechen, aber ich wollte ehrlich und sachlich einen Beitrag dazu leisten, wie ich es auch in den letzten Jahren immer getan habe.

Zum Schluß möchte ich den Dank der Sozialistischen Partei an das Bundesheer für den Katastropheneinsatz zum Ausdruck bringen *(Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!)*, vor allem aber auch dafür, daß viele Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere bei den Einsätzen für gemeinnützige Zwecke so Hervorragendes geleistet haben. Manche Gemeinde hat vom Bundesheer ein anderes Bild bekommen, wenn sie gesehen hat, welche Hilfe sie vom Bundesheer bekommen hat. Ich darf hinzufügen, daß die Ausbildung für die Pioniere, die meist zum Zuge gekommen sind, auch eine sehr gute war, daß das nebenbei gegangen ist, ohne daß irgendein Geleise verlassen worden wäre.

Erfreulich für uns alle in diesem Hause ist, daß bei den Katastrophenfällen, vor allem auch bei dem Waldbrand in Salzburg, der vor einigen Wochen gewütet hat, junge Menschen Leistungen vollbracht haben, die beweisen, daß diese Jugend unter entsprechender Führung nicht schlechter ist als die Jugend, die vorher war. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Das ist das Erfreuliche. Und wenn wir heute dieses Bundesheer und die jungen Menschen sehen, abgesehen von einigen — das wird es immer geben, es hat noch nie zu 100 Prozent anständige Leute gegeben, es wird immer Versager geben —, so können wir doch feststellen, daß die Jugend Österreichs im Bundesheer, wenn sie durch gute Vorgesetzte entsprechend angeleitet wird, die Erwartungen, die wir in sie setzen, erfüllt. Ich glaube, daß wir unter diesen Voraussetzungen in einer sachlichen Atmosphäre den Weg finden werden, um gemeinsam die Aufgaben zu lösen, die uns allen in der Landesverteidigung gestellt sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Regensburger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Regensburger**: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Leider Gottes muß ich zuerst wieder, wie im letzten Jahr, dem Herrn Abgeordneten Kindl antworten. Ursprünglich hatte ich vor, zu verschiedenen von ihm ausgeführten Punkten Stellung zu nehmen. Aber er hat in der Folge verschiedenes aus den Zeitungen und so weiter an den Haaren herbeigezogen, er hat alles so ad absurdum geführt und ins Negative verkehrt, daß es fast eine Beleidigung der Väter darstellte, die heute ihre Söhne beim Bundesheer haben, und vielleicht auch teilweise eine Beleidigung der Väter, die in Ihrem Kameradschaftsbund, Herr Abgeordneter Kindl, sind und dort Kameradschaft pflegen wollen. (*Widerspruch des Abg. Kindl.*) Denn diese Kameradschaft, glaube ich, die diese Kameradschaftsverbände pflegen, soll auch im neuen Bundesheer fortgesetzt werden. Wenn man aber die jungen Leute verdächtigt, daß sie noch kein ausreichendes Staatsbewußtsein hätten, daß Desertionen en masse vorkämen und daß sie, wenn das Fahrgeld für die Fahrt nach Hause nicht mehr vorhanden ist, einfach irgendwo einen PKW mitnehmen ... (*Abg. Kindl: Sie drehen die Dinge um! Das habe ich nicht gesagt!*) Ja, Sie haben das Zeitungen entnommen. Man kann ja beim Lesen und Studieren verschiedener Zeitungen das Negative so zusammenstellen, daß man letztlich den Eindruck gewinnt, es ist das ganze Bundesheer so. (*Abg. Kindl: Dann haben Sie zuwenig Hirn! Dann kann ich Ihnen nicht helfen!*) Auf jeden Fall hatte man den Eindruck, daß Sie die Sache zu allgemein dargestellt haben.

Abgeordneter Kindl hat auch Herrn Minister Dr. Schleinzer vorgehalten, daß die Kosten der Verteidigungsanlagen von seiner Seite etwas in Geheimnispapier eingepackt wurden, daß er aber dann den Kostenbetrag in der Presse gelesen habe. Ich möchte dazu feststellen, daß ja auch das, was in der Presse steht, letztlich kein Evangelium ist. Wenn ich auf dem entsprechenden Gebiet Fachmann bin, kann ich mir auch aus dem Kostenpunkt bezüglich Umfang und Qualität der Sache etwas herauslesen.

Herr Kollege Preußler hat die von ihm dargestellten Dinge eigentlich mit einer solchen Vehemenz vorgetragen, daß ich den Eindruck hatte, der Herr Staatssekretär Rösch sollte bald von ihm abgelöst werden. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich habe selbstverständlich diesbezüglich keinen Einfluß. Wenn er sagt, daß die Vergleiche Österreichs mit der Schweiz und Schweden hinken, so bin ich seiner Meinung.

Aber wenn wir andererseits feststellen, daß die Schweiz und Schweden ihr ererbtes und über zwei Weltkriege gehaltenes Gut mit 20 bis 22 Prozent ihres Gesamtbudgets in Verteidigungsmaßnahmen anlegen und sich dadurch schützen wollen, und wenn wir dann unser Wehrbudget in der Höhe von knapp 4 Prozent des Gesamtbudgets ansehen, dann gewinnt man fast den Eindruck, als ob bei uns seit 1945 nichts oder nur sehr wenig geschehen sei. Wir haben uns in Österreich seit 1945 ein Vaterland mit einer großen Anzahl von sozialen Gesetzen und Sicherungen aufgebaut, und wir haben auch das Recht und die Pflicht, dies alles zu verteidigen. Wenn wir auch keine direkt materiellen Dinge zu verteidigen haben, so haben wir doch ideelle Dinge zu verteidigen und noch viel mehr: Wir haben diese Jugend zu verteidigen, von der Herr Abgeordneter Preußler noch am Schluß seiner Ausführungen gesprochen hat.

Wenn man nicht direkt als Fachmann, als Militär, zum Thema Landesverteidigung spricht, könnte man ohne weiteres Gefahr laufen, den Vorwurf einstecken zu müssen, man betreibe militärische Hochstapelei. Ich bin selbstverständlich mit allen anderen hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen der Meinung, daß Kriegskunst wie ehemals auch heute noch eine Kunst ist. Da aber gerade derzeit selbst anerkannte Fachleute hinsichtlich der Auswirkungen der neuesten, modernsten und mächtigsten Waffen völlig im ungewissen sind und die früher in Taktik und Strategie als felsenfest anerkannten Grundsätze nicht nur umstritten, sondern offensichtlich ins Wanken geraten sind, kann ich sicher, ohne ein Sakrileg zu begehen, dem Hohen Haus meine diesbezüglichen Ansichten darlegen.

Es gehen also die Voraussagen für eine künftige Kriegführung weit auseinander. Die einen meinen, daß sich der Einsatz der modernen Kampfmittel — Luftwaffe, Lenkgeschosse und atomare Sprengkörper — darin auswirken würde, daß sie fast alle Bewegungen auf der Erdoberfläche und in der Luft unterbinden. Jeder der künftigen Gegner habe sich deshalb von der Oberfläche so weit als möglich zurückzuziehen. So ein Krieg werde aus der Tiefe des Bodens oder des Meeres heraus geführt werden und gehe letztlich mit der Erschöpfung des einen Gegners, seinem materiellen oder physischen Zusammenbruch oder seiner biologischen Ausrottung zu Ende. Deshalb meinen die Vertreter dieser Thesen, der atomare Krieg der Zukunft stelle etwas vollkommen Neues dar, dem nur mit einem vollkommen neuen militärischen Denken zu begegnen sei.

Regensburger

In den Augen der anderen eröffnet der Einsatz dieser gleichen Waffen und Geräte eine neue Epoche der operativen Beweglichkeit. Sie sehen in den Flugzeugen, Panzern, Lenk- und atomaren Geschossen den geeigneten Schlüssel, um jedes Erstarren und Einfrieren der Fronten zu unterbinden. Ansonsten ergebe sich auch in der atomaren Zukunft nichts grundsätzlich Neues. Man ziehe sich etwas weiter auseinander, grabe sich etwas tiefer ein, und im übrigen gelten die ewigen Gesetze immer noch, wie sie von Cäsar über Napoleon bis zu Clausewitz gegolten und sich bewährt haben.

Clausewitz stellte unter anderem fest, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Von diesem Standpunkt aus wird also ein Krieg zur Erreichung eines bestimmten Zieles geführt. Daß nun in Zukunft ein politisches Ziel mit dem Einsatz von Atomwaffen erreicht werden kann, möchte ich sehr in Frage stellen, ja sogar direkt verneinen. Ein Atomkrieg würde doch das Ziel vernichten, und im Augenblick, in dem der Besiegte überwältigt wäre, läge auch der Sieger sterbend auf dem Boden. So ein Krieg wäre doch infolge der unvermeidlichen Vergeltung ein Krieg ohne Ziel.

Leider haben wir es aber nicht in unserer Hand, zu verhindern, daß doch irgendwo einmal ein Narr in der Welt auf den Knopf drückt und die furchtbarsten Vernichtungsmittel aller Zeiten auf die Menschheit losläßt. Man mag den Krieg verdammen wie einen Blitzschlag oder sonst eine Naturkatastrophe, man kann ihm doch nicht aus dem Wege gehen, wenn das Unglück über uns hereinbrechen sollte. Zudem kommt der Fuchs am liebsten, wenn die Henne am fettesten ist.

Unsere Lage in Österreich hat sich im Hinblick auf die Möglichkeit einer Verletzung der Neutralität auch mit taktischen Atomwaffen selbstverständlich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Eine Nachahmung der Organisation anderer Armeen durch unser Bundesheer wäre aber trotzdem nicht opportun und wird auch nicht praktiziert. Die Organisation eines Heeres muß auf einen möglichen Gegner abgestimmt sein, und ihre Gliederung muß dem vorhandenen Gelände und der vorhandenen Situation entsprechen. Außerdem ist bei uns zu bedenken, daß unser Heer nie in sehr weiträumigen Gebieten zum Einsatz gelangen wird.

Für unsere österreichischen Verhältnisse, so scheint es mir und so empfand ich es bei verschiedenen Manövern, wird das Richtige geplant und gelehrt und ein erfolversprechender Mittelweg beschritten. Man übt Angriff und Verteidigung in einer meines Erachtens

glücklichen Kombination zwischen Bewegungskrieg und nur Bewegungskrieg einerseits und starrer Verteidigung andererseits.

Wenn ich von Angriff spreche, so bringt mich hoffentlich niemand der in diesem Hohen Haus Anwesenden in den Verdacht, daß ich unser Bundesheer einer nicht erlaubten Angriffslust bezichtige. Wie jeder von uns weiß, hat das Bundesheer die Aufgabe, unser Vaterland, unsere Neutralität an den Grenzen zu verteidigen. Was ist aber letztlich Verteidigung? Clausewitz versteht unter Verteidigung das Abwehren eines Stoßes. Eine gute Abwehr, insbesondere aber, wenn sie die Entscheidung anstrebt, muß mit Angriff gepaart sein. Verteidigen, also das Zurückweisen eines Stoßes, ist eben kein bloßes Dulden. Rückstoß, Bewegung und Überraschung sind auch heute noch Hauptelemente einer guten Abwehr und Verteidigung.

Unserem Bundesheer sind durch die Verfassung beziehungsweise durch das Wehrgesetz ganz bestimmte Aufgaben gestellt. In die wichtigste dieser Aufgaben, den Schutz der Grenzen, ist die Verteidigung der erklärten immerwährenden Neutralität eingeschlossen.

Wenn ich nun vom Schutz der Grenzen spreche, könnte mir jemand antworten, daß im Hinblick auf die beschränkten finanziellen Mittel ein Nur-Grenzschutz zu unserer Verteidigung genügen müßte. Ein Nur-Grenzschutz wäre aber in Anbetracht der heutigen technischen Situation bei der enorm weitreichenden Wirkung der verschiedenen Waffen vollkommen falsch. Die begonnene Aufstellung von Grenzschutzeinheiten ist wohl nicht nur von großer psychologischer Bedeutung, sondern auch ein wichtiger Teil der Organisation unserer Abwehrkräfte; aber eben nur ein Teil! Denn für einen zahlenmäßig unterlegenen Verteidiger ist die Beweglichkeit der Verteidigungskräfte von besonderer Wichtigkeit.

In einem modernen Krieg wird es nicht mehr ohne weiteres möglich sein, sich auf durchgehende Stellungen zu verlassen, deren einzelne Stützpunkte sich gegenseitig mit Maschinengewehrfeuer decken, woran wir uns noch aus dem letzten Krieg zurückerinnern und wie wir es damals praktizieren mußten. Eine Abwehrstellung muß heute viel aufgelockerter sein, wobei Lücken entstehen, die beweglich verteidigt und mit dem Feuer der Artillerie und anderer schwerer Waffen gedeckt werden müssen. Starke Reserven dürfen daher nicht nahe an der Front bereitgehalten werden, da ein zum Durchbruch entschlossener Gegner wohl ohne weiteres das Hintergelände belegen wird. Die Reserven

Regensburger

müssen daher weiter zurückgehalten und locker untergebracht und plziert werden. Deshalb ist der Dezentralisierung von Garnisonen und Vorratslagern spezielles Augenmerk zu schenken. Das bedingt aber andererseits wieder, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Truppenverbände über größere Distanzen schnell, also zum Beispiel in einer Nacht, an die Front herangebracht werden können.

Eine Kampfführung, bei der sich die Truppe an der Grenze am Boden festkrallt, wird in Zukunft nicht mehr die richtige sein. Die Anlage von soliden Unterständen ist aber nicht überflüssig geworden. Selbstverständlich darf man sich dabei auf keinen Fall auf nur eine Stellung beschränken. Wenn mehrere Stellungen gebaut werden, ist wieder keinerlei Gewähr dafür gegeben, daß sie der später tatsächlich eintretenden Lage entsprechen müssen. Sicher aber haben solid gebaute Befestigungen auch heute im Atomzeitalter, das sei nochmals gesagt, noch immer ihre Bedeutung. Ganz besonders würden große Befestigungsanlagen tief im Felsen, wie sie unser Nachbarland, die Schweiz, besitzt, im Grenzgebiet und weiter hinten noch immer einen gewissen Schutz bieten. Befestigungen haben ihrer Natur nach den Zweck, das Gelände zu verstärken und mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine hohe Verteidigungskraft zu erzielen, um dann dementsprechend mehr Truppen und Material für den beweglichen Einsatz einzusparen. Aber Befestigungssysteme ohne ausreichenden Schutz durch bewegliche Verbände wären die reinsten Fallen. Das hat der letzte Krieg eindeutig bewiesen.

Das Kampffeld der Zukunft wird durch die Verwendung von Atomwaffen und durch den Einsatz von Luftlandverbänden sowie gepanzerten Erdeinheiten gegenüber früher sehr erweitert sein. Das ganze Geschehen wird in der Zukunft viel weiträumiger sein, und vermutlich werden zum Teil unzusammenhängende Kampfzonen entstehen. Deshalb muß den Aktionen aus der Luft eine immer größere Aufmerksamkeit zukommen. Es ist möglich, daß im Falle eines Krieges das Heer und die Bevölkerung zuerst ausschließlich aus der Luft angegriffen werden. Aus diesem Grunde kommt der Verteidigung und Überwachung des Luftraumes sowie dem zivilen Bevölkerungsschutz eine nicht zu übersehende Bedeutung zu.

Über die Verpflichtung, unsere Neutralität zu verteidigen, besteht wohl kein Zweifel; darüber ist in den vergangenen Jahren schon des öfteren gesprochen worden. Das Neutralitätsrecht verlangt, daß wir einem Kriegsführenden auch nicht den kleinsten Teil

unseres Staatsgebietes überlassen. Daraus ergibt sich die zwingende Forderung, daß das Bundesheer in der Lage sein muß, Verletzungen unserer Grenze auch im Luftraum zu verhindern.

Es wird aber immer wieder daran gezweifelt, ob es die Entwicklung der Technik einem neutralen Kleinstaat überhaupt noch gestattet, sich wirksam zu verteidigen. Die Geschichte — auch die jüngste — beweist aber, daß ein Volk, das vom Willen zur Verteidigung seiner Grenzen getragen ist und für diese Freiheit auch kämpft, nicht untergeht. Voraussetzung dafür ist aber die Schaffung einer starken Landesverteidigung, auch wenn sie Opfer kostet.

Der Hinweis der Pessimisten auf den Atomkrieg ist auch nicht ganz stichhältig. Wohl besteht theoretisch die Möglichkeit einer Vernichtung unseres Volkes durch Nuklearwaffen, ohne daß ein Gegner unser Land zu diesem Zwecke überhaupt zu betreten braucht, doch läßt sich keine militärische Lage denken, die einem Feind ein derartiges Handeln als sinnvoll erscheinen ließe, sei es nun, daß er als Ziel einer feindlichen Aktion den Durchmarsch oder die Eroberung vor Augen hat, sei es, daß ein Angriff auf Österreich allein oder im Zusammenhang mit einem Angriff auf mehrere europäische Länder erfolgen sollte. Wir haben also unzweifelhaft nicht nur die Verpflichtung, sondern auch die Möglichkeit und die Chance, unsere Freiheit und Unabhängigkeit wirksam zu verteidigen.

Es ist deshalb beschämend, die verfassungsmäßig begründete Aufgabenstellung für das Heer durch die ständige Unterdotierung seiner materiellen Erfordernisse so einzuschränken, daß es dem Schutz unserer Neutralität nicht im notwendigen Umfang gerecht werden kann. Der Unbewaffnete und Schwache kann sich auf die Dauer nicht halten und wird vom Subjekt zum Objekt der Politik. Geist und Idealismus unserer Bundesheerangehörigen allein genügen eben nicht für eine wirksame Landesverteidigung.

Im ganzen gesehen stellt der gegenwärtige materielle Rahmen des Bundesheeres ein Minimum von militärischer Verteidigungsbereitschaft dar. An unseren Grenzen stehen einander aber Mächte gegenüber, deren Rüstung sich dem Optimalen nähert. Die 2 Milliarden Schilling — das sind nicht einmal mehr als 4 Prozent unseres Gesamtbudgets — reichen knapp aus, den derzeitigen Ausrüstungsstand des Heeres zu halten. Ein Stillstand in bezug auf Neuanschaffungen bedeutet aber einen weiteren Rückschritt, da die Technik immer weiter fortschreitet. Diesen Rückschritt aber weiter in Kauf nehmen zu wollen, hieße,

Regensburger

im vorhinein auf eine wirksame Landesverteidigung zu verzichten. Man kann eben das Bundesheer nicht bloß so stark halten, daß es im Falle eines Krieges an den Landesgrenzen gerade noch übertretende Truppen entwarnen könnte oder daß es nur schwächeren irregulären Verbänden gewachsen wäre.

Was andere Kleinstaaten für ihre Verteidigung ausgeben, ist bereits gesagt worden. In diesem Zusammenhang möchte ich nur noch erwähnen, daß die Schweiz und Schweden, deren Bürger als sehr sparsam und wirtschaftlich denkend bekannt sind, sicher sehr gründliche Überlegungen angestellt haben (*Abg. Dr. Haselwanter: Und die Österreicher?*), ehe sie sich zu so hohen Ausgaben entschlossen haben.

Bei uns in Österreich herrschen nach meiner Ansicht drei Gründe vor, die unser Bundesheer chronisch in einen Engpaß finanzieller Natur zwingen: erstens einmal ein stimmungsmäßiger Grund. Man glaubt nicht an einen Krieg; man vertraut darauf, daß das Gleichgewicht zwischen Rußland und Amerika ein Garant des Friedens sei. Zweitens hält man für den Fall des totalen Krieges ohnehin alle Maßnahmen für sinnlos. Drittens befürchtet man von erhöhten Militärausgaben eine Senkung des Lebensstandards. Es ist dabei interessant, feststellen zu müssen, daß eine geringfügige Senkung des Lebensstandards mehr Schreck verursacht als die Vorstellung von einem hilflosen Untergang.

Anschließend an das vorhin Gesagte möchte ich aber jedem Verantwortlichen dieses Hohen Hauses und der Bundesregierung folgendes ins Stammbuch schreiben: Wenn wir ein Heer schaffen, das ständig weit unterfinanziert wird, liegt im Ausland der Verdacht nahe, wir wären geneigt, die Verteidigung unserer Freiheit und Unabhängigkeit auf die leichte Schulter zu nehmen. Es steht einwandfrei fest: Das Vertrauen in unsere immerwährende Neutralität ist mit dem Vertrauen in unsere Verteidigungsanstrengungen identisch!

Auch unsere Jugend, die doch absolut positiv zu ihrem Vaterland eingestellt ist, versteht die Vernachlässigung der Verteidigungsanstrengungen für ihre Heimat nicht. Wir können doch trotz einzelner Vorkommnisse feststellen, daß ein unbedingtes Staatsbewußtsein im weitesten Ausmaß vorhanden ist. Wir Verantwortlichen geben aber ein schlechtes Beispiel, wenn wir der doch immerhin jungen Pflanze der positiven Einstellung zum Staate nicht den nötigen Windschutz und Rückhalt dadurch geben, daß wir diesen Staat gegen alle Gefahren von außen her mit allen Mitteln und mit besonderer Anstrengung zu ver-

teidigen gewillt sind. So betreiben wohl Offiziere und Unteroffiziere des österreichischen Bundesheeres staatsbürgerliche Erziehung im weitesten Ausmaß, denn letztlich ist ja der gesamte Präsenzdienst staatsbürgerliche Erziehung. Wir aber hinken mit der materiellen Anerkennung der vorhandenen ideellen Werte und Einstellungen ständig nach.

Noch etwas zum Zivilschutz. Das Bundesministerium für Landesverteidigung ist zwar für die Aufgaben des Zivilschutzes nicht federführend und will auch nicht federführend sein, aber eine volle Trennung beider Bereiche — Bundesministerium für Landesverteidigung und Zivilschutz — kann man eben nicht durchführen. Erstens ist militärische Landesverteidigung an sich auch schon Zivilschutz — das sei besonders unterstrichen —, daher ist eine starke militärische Landesverteidigung auch schon ein wirksamer Zivilschutz. Zweitens ist eine militärische Verteidigung Österreichs ohne Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zu ihrer Versorgung nicht denkbar. Leider scheinen von seiten des Innenministeriums noch keine konkreten Pläne für einen sinnvollen Zivilschutz erarbeitet worden zu sein, da Herr Minister Afritsch auf meine vor kurzem gestellte Anfrage, welche Beträge für einen ausgebauten zivilen Bevölkerungsschutz notwendig wären, keine Antwort geben konnte.

Es ist daher wohl höchst an der Zeit, gesetzliche Regelungen dafür zu treffen, in welcher Weise der Schutz der Bevölkerung erfolgen soll. Dabei ist als sicher anzunehmen, daß den freiwilligen Feuerwehren in Österreich eine sehr wesentliche Aufgabe in einem bestimmten Rahmen zukommen wird, denn bei den Feuerwehren sind bereits die für den Brandschutz und die Katastrophenhilfe ausgebildeten Leute vorhanden, die sich seit jeher die Aufgabe zu eigen gemacht haben, zu helfen, wo immer Gefahren auftreten. Sie verfolgen mit dem Roten Kreuz das hehrste Ziel menschlichen Strebens: der Humanität aus eigenem Antrieb freiwillig und uneigennützig zu dienen.

Zwischen dem Bundesheer und dem Bundesfeuerwehrverband bestehen bereits enge Beziehungen und eine erfolgversprechende Zusammenarbeit. Die Ausbildung der ersten Luftschutzpionierkompanie im Brandschutzdienst fand zum Beispiel an der niederösterreichischen Landesfeuerwehrschule in Tulln statt, da das Heer im Jahre 1957, im Geburtsjahr der Luftschutztruppe, weder über die erforderlichen Ausbilder noch über die nötigen Gerätschaften für diese neue Waffengattung verfügte. In der Folge wurde dann ein gemeinsamer Weg hinsichtlich der feuerwehr-

Regensburger

technischen Einrichtung der Brandschutzfahrzeuge wie auch bei der Einführung der Ausbildungsvorschriften im Brandschutzdienst besprochen. Diese gemeinsame Basis und diese Zusammenarbeit führen zu einer sehr erfolgreichen Wechselwirkung, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Der Vorteil liegt aber nicht allein im Interesse des Bundesheeres oder im Interesse des Feuerwehrwesens, sondern vor allem im Interesse der Allgemeinheit. Wie könnten denn die in der Militärdienstzeit erworbenen Kenntnisse besser ausgewertet werden als in einem friedlichen Dienst zum Schutze unserer Heimat und ihrer Bevölkerung?

Selbstverständlich muß es dabei Aufgabe künftiger Organisationspläne sein, festzulegen, welches Fachpersonal der Luftschutztruppe im Mobilisierungsfalle nicht zur Truppe eingezogen wird, sondern den Feuerwehren verbleibt. Diese Frage wird selbstverständlich erst dann spruchreif, wenn nach einem entsprechenden Ausbau der Luftschutztruppen eine ins Gewicht fallende Zahl von Luftschutzpionieren im Ernstfalle den Feuerwehren entzogen werden müßte.

Nun könnte mir aber im vorigen Zusammenhange jemand die Frage stellen, ob die im Rahmen unserer Gesamtverteidigung so erwünschte und notwendige Zusammenarbeit nicht etwa in Widerspruch zu den internationalen Bestrebungen stehe, auch den Feuerwehren den Schutz des Genfer Abkommens vom Jahre 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten zuteil werden zu lassen. Die Internationale Kommission der Feuerwehren hat sich mit diesem Problem bereits befaßt und festgestellt, daß die Feuerwehren in drei Kategorien eingeteilt werden müssen, und zwar in solche mit rein militäntem Charakter, in nichtmilitante Feuerwehren — wie sie zum Beispiel in Österreich und Deutschland bestehen — und in solche, die dem Zivilschutz unterstellt werden.

Die militanten Feuerwehren genießen im Kriegsfall keinerlei Schutz durch das internationale Recht. Diese Formationen, Kombattanten genannt, werden Luftschutzpionieren gleichgestellt.

Den nichtmilitanten Feuerwehren wird bei Feindseligkeiten die Immunität nach dem Völkerrecht zugestanden, und sie genießen im besetzten Gebiet dieselbe Behandlung wie Zivilisten nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung. Sie haben Anspruch auf Förderung ihrer Tätigkeit, und eine Besatzungsmacht darf die Löschgeräte nicht requirieren. Der Unterschied zwischen militärischen und zivilen Verbänden besteht lediglich darin, daß diese unbe-

waffnet sein müssen und militärischen Befehlshabern nicht unterstehen dürfen.

Da es bei uns auch in Zukunft selbstverständlich sein wird, daß zivile Schutzmaßnahmen nur von Dienststellen angeordnet und nur durch unbewaffnete Formationen, die sich durch ihre Uniform von militärischen Einheiten unterscheiden, durchgeführt werden, besteht im Hinblick auf die erwähnte Zusammenarbeit keine Gefahr bezüglich der Nichtgewährung des völkerrechtlichen Schutzes.

Den Dank im Namen meiner Partei an die aufbauwilligen und tätigen Kräfte im Bundesheer und bei der Katastrophenhilfe habe ich bereits im Ausschuß zum Ausdruck gebracht.

Ich möchte abschließend meine Darlegungen mit den gleichen Worten beenden, wie sie die diplomatische Konferenz über das Genfer Abkommen vom Jahre 1949 der der Menschlichkeit und der Wahrung der Menschenwürde geltenden Konvention angefügt hat: „Es ist der lebhafteste Wunsch, daß die großen und die kleinen Mächte jederzeit eine gütliche Lösung ihrer Streitigkeiten auf dem Wege der Zusammenarbeit und der internationalen Verständigung finden, damit endgültig Frieden auf Erde herrsche.“ Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pölz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pölz: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Österreichische Fernsehen hat vor kurzem eine neue Sendereihe eröffnet, die man grundsätzlich nur begrüßen kann, gibt sie doch allen Regierungsmitgliedern die Gelegenheit, vor den Chefredakteuren der bedeutendsten Presseerzeugnisse Fragen zu beantworten.

Ein leises Unbehagen hat mich als Abgeordneten beschlichen, als ich feststellen mußte, daß die erste Sendung zwei Tage vor dem festgesetzten Termin der Budgetverhandlungen stattgefunden hat, ein Unbehagen deswegen, weil ich mir gedacht habe: Vielleicht wird es hier passieren, daß du als Abgeordneter wieder einiges hörst, was du weder im Haus noch im Ausschuß gehört hast.

Es ist selbstverständlich, daß die Bitte, die ich nunmehr an den Herrn Minister richte, ihre Begründung hat. Ich bin erst seit einhalb Jahren im Landesverteidigungsausschuß, aber mir wurde berichtet, daß der Landesverteidigungsausschuß seit seinem Bestehen noch nie einen Bericht des Herrn Verteidigungsministers über die Verteidigungsbereitschaft des Bundesheeres, über den Ausbil-

Pölz

dungsstand der Truppen oder über die Versorgung der Truppen mit Waffen und Geräten bekommen habe. Wir würden unseren Herrn Verteidigungsminister bitten, das in Zukunft nachholen zu wollen. (*Abg. Grubhofer: Das ist erst seit Änderung der Geschäftsordnung möglich!*)

Nun zu einigen Fragen, die in der erwähnten Fernsehsendung aufgeworfen wurden.

Eine Frage bezog sich auf die Sperranlagen. Ich will auf keinen Fall ein Referat über die militärische Zweckmäßigkeit dieser Anlagen halten, das überlasse ich berufeneren Leuten. Ich möchte dazu nur sagen und glaube mich hiemit mit Ihrer Meinung und der Meinung des gesamten österreichischen Volkes eins: Wenn wir Sperranlagen bauen, dann an allen strategisch wichtigen Punkten unseres Landes, aber nicht an einer einzigen Grenze! Wenn wir dazu zu wenig Mittel haben, dann bauen wir lieber nichts oder einigen wir uns darauf, wie die Schweizer, in einem langfristigen Programm, wenn der Wert dieser Anlagen erwiesen ist, diesen Ausbau durchzuführen. Auf keinen Fall soll der Eindruck erweckt werden, daß unsere Verteidigungsbereitschaft als neutraler Staat nur gegen einen Staat in Europa gelten soll.

Ein Punkt, der sowohl im Ausschuß als auch bei den Jungmännern lebhaft diskutiert wird und der auch Anlaß zu einer Anfrage gegeben hat, ist das Taggeld. Herr Minister! Wir verstehen selbstverständlich Ihre Schwierigkeiten, wir wissen, daß dafür große Summen notwendig sein werden, aber wir glauben, daß diese Frage gelöst werden muß (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*), denn irgendwie ist damit auch die Moral der Truppe und der Wille zum Einsatz maßgeblich verbunden. Ihre Antwort war unzufriedenstellend, als Sie ausführten, Sie hätten mit den Gemeinden verhandelt, um eine Ermäßigung der Verkehrsmitteltarife zu erreichen. Das ging ja an der grundsätzlichen Fragestellung vorbei. Ich glaube, daß man hier eine Einigung finden kann und daß wir sie finden müssen, damit auch dieses Problem zur Zufriedenheit unserer Jungmänner und auch der Abgeordneten gelöst werden kann.

Eine Frage zielte dahin, ob man in den Bergen Munitions- und Lebensmittelvorräte angelegt habe. Ich hätte es gerne gehört, wenn der Herr Verteidigungsminister am Beginn dieser Antwort gesagt hätte, die Verteidigung unseres Landes habe schon an den Grenzen zu beginnen, und man dürfe daher, wie es die Kollegen vor mir ausgeführt haben, diese Lebensmittel- und Waffenvorräte nicht an bestimmten Punkten konzentrieren, sondern müsse die Lager aufgelockert anlegen. Ich wollte ganz be-

sonders heraushören, daß die Verteidigung unseres Vaterlandes bereits an den Grenzen zu beginnen hat. Zurückziehen können wir uns nicht weit, dazu ist unser Land zu klein.

Eine Frage, die mir gar nicht gefallen hat und die auch nirgends, weder in der Bundesverfassung noch im Wehrgesetz, eine Begründung findet und die Gott sei Dank auch nicht beantwortet wurde, möchte ich dennoch hier anschneiden: Von einer Partisanenausbildung steht weder in der Bundesverfassung noch im Wehrgesetz etwas, und von dieser Frage wollen wir auch nichts wissen. Ich glaube, hier hätte der Herr Minister eine klare und eindeutige Antwort im Sinne der Bundesverfassung geben können.

Es wurde eine Anfrage über die Zweckmäßigkeit des Aufbaues und der Beweglichkeit des Bundesheeres gestellt. Darf ich daran erinnern, daß wir Sozialisten bereits in unserem Aktionsprogramm von 1946 darauf hingewiesen haben, daß es zweckmäßiger ist, beim Neuaufbau eines Heeres dieses Heer klein und beweglich zu halten, aber mit den modernsten Waffen auszurüsten, als eine große stehende und unbewegliche Masse von Soldaten zu stellen. Wir begrüßen daher jede Maßnahme, Herr Verteidigungsminister, die in Zukunft dazu führt, daß unser Bundesheer ein bewegliches und kampfkraftiges Instrument zur Verteidigung unserer Heimat wird.

Erschüttert hat mich die Anfrage eines Chefredakteurs, der erzählte, daß er, als sein Sohn als Reserveoffiziersanwärter nach Hause gekommen sei, ihm Nachhilfeunterricht hätte erteilen müssen, da dieser seinem Vater gegenüber erklärt hat, während seiner ganzen Dienstzeit habe man ihm beim Bundesheer nie gesagt, wozu das Bundesheer da ist, welche Kampfziele das Bundesheer hat und wer seine potentiellen Gegner sein könnten.

Ich hoffe, daß der junge Mann geschlafen hat, sonst wäre es um unser Bundesheer sehr schlecht bestellt. Ich glaube, die Beantwortung dieser Fragen stellt ja die moralische Berechtigung für die Grundlagen des Bundesheeres überhaupt dar. Ich würde den Herrn Verteidigungsminister sehr bitten — er hat sich in seiner Antwort ja sehr unklar ausgedrückt, er sagte: Sie sprechen mir aus dem Herzen, und ich bin Ihnen für Ihre Unterstützung dankbar —, daß er in Zukunft darauf achtet, daß im Ausbildungsplan des Bundesheeres vorgesehen wird, daß die Jungmänner auch erfahren, zu welchem Zweck das Bundesheer geschaffen wurde, welche seine Kampfziele sind und dergleichen mehr, denn diese Fragen kann man ohne Geld beantworten, und ich glaube, man kann den Jungmännern das sagen.

Pölz

Eine Fragestellung, die fast nicht mehr demokratisch zu nennen ist und der ich jedes Recht überhaupt abspreche, hätte uns alle irgendwie treffen müssen. Einer der Chefredakteure meinte: Woher nimmt die Republik den Mut, ein Dienstpflichtgesetz zu beschließen, wenn die Politiker zu feig sind, dem Heer die Ausrüstung zu geben, die es braucht? Das sind große Worte, die bei Leuten, die nichts wissen, Anklang finden. Aber der Herr Anfrager hätte bei einigem Nachdenken diese Frage selbst beantworten können. Mein Parteifreund Kollege Preußler hat hier einiges dazu erklärt, ebenso die anderen Redner. Ich möchte überhaupt sagen: Wir müssen in diesen Fragen ehrlicher zueinander sein. Bei jedem einzelnen Kapitel, bei jedem Ressort, in jeder Budgetdebatte heißt es: Zuwenig Mittel, zuwenig Mittel, zuwenig Mittel!, aber im gesamten gesehen vor der Bundesbevölkerung: Das Budget ist so groß, die Steuern erdrücken uns, man muß reduzieren! Wenn wir ernst genommen werden wollen, dann müssen wir doch allen Dingen, die wir zu besprechen haben, den richtigen Rang einräumen. Wir können uns keinesfalls mit anderen Ländern vergleichen, wir müssen für Österreich die einzig mögliche und richtige Lösung finden. Das kann nur auf einer gemeinsamen Basis und auf einer ehrlichen Basis erfolgen.

Ich glaube, sehr viel trägt auch manchmal die Kritik des Rechnungshofes daran die Schuld, wenn manche unserer Bürger am Bestand und den Einrichtungen des Bundesheeres Zweifel hegen. Leider Gottes hat der Rechnungshof keine andere Möglichkeit als die, die negativen Dinge aufzudecken und sie bekanntzugeben. Wir müssen uns gemeinsam bemühen — und ich würde mich darüber besonders freuen, wenn das geschähe —, auch das Positive unseres jungen Bundesheeres, vielleicht vom Herrn Minister ganz besonders betont, herauszuheben. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tödling. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Tödling**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum Kapitel Landesverteidigung zu sprechen ist nicht ganz einfach. Wenn man sich ein wenig mit der Materie beschäftigt, so muß man feststellen — und es wurde heute hier schon mehrmals getan —: Es fehlt überall an jedem! Mit einem Wort: zuwenig! Es wäre für jeden Redner, der hier seine Meinung zu dieser Sache kundtun will, sehr, sehr erfreulich, wenn wir sagen könnten: Auch auf diesem Gebiete haben wir ganze Arbeit geleistet.

Ich bin der Meinung, daß wir uns als Abgeordnete mehr und ernstlicher als bisher mit der Frage der Landesverteidigung beschäftigen müssen. Was bisher an Aufbauarbeit vollbracht wurde, muß uns Achtung abgewinnen. Improvisationen mußten Mängel und Schwierigkeiten überbrücken. Und ich möchte nicht versäumen, den beiden Ministern Graf und Dr. Schleinzer unseren Dank zu sagen. Anerkennung gebührt auch allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften unseres jungen Heeres. *(Abg. Zeillinger: Und dem Staatssekretär!)* Auch der Herr Staatssekretär hat mitgewirkt, ich gebe es zu. *(Abg. Zeillinger: Da hat Ihnen die Opposition einsagen müssen, Herr Kollege!)* Ich danke schön.

Meine Damen und Herren! Ohne etwa Vorwürfe in irgendwelcher Richtung machen zu wollen, habe ich die Absicht, eine offene Sprache zu führen, und ich muß feststellen, daß auch im Bundesfinanzgesetz 1962 die Frage unserer Landesverteidigung wieder nicht ihrer Bedeutung gemäß berücksichtigt wurde. Es kann sich sicherlich für das kommende Jahr auf Grund des vorliegenden Gesamtvoranschlages unsere Wirtschaft neuerdings weiterentwickeln. Es werden Straßen gebaut, die Renten sind gesichert, Eigenheime werden errichtet und so weiter und so fort, es gäbe Beispiele noch und noch. Man könnte wirklich der Meinung sein, daß wir als Abgeordnete mit unserer Arbeit und der Entwicklung in unserem Lande zufrieden sein könnten. Im Zuge der Budgetdebatte wird wohl da und dort Kritik geübt, doch im großen und ganzen die Meinung vertreten: Wir sind wieder vorangekommen. Ich möchte nun Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, fragen, ob wir uns angesichts der niedrigen Dotierung unserer Landesverteidigung mit einer ernsten Begründung einer Art Feierabendstimmung hingeben können.

Es wird in diesem Hohen Hause im Zusammenhang mit wichtigen Beschlüssen sehr oft von der Verantwortung gesprochen, die wir als Abgeordnete zu tragen haben. Es gibt aber meiner Meinung nach auch eine Verantwortung dafür, was wir nicht oder ungenügend beschlossen haben. Man hat das unangenehme Gefühl, daß wir in der Frage Landesverteidigung etwas versäumt haben. Bei sachlicher Betrachtung werden auch Sie, meine Damen und Herren, so hoffe ich, zu dieser Ansicht gelangen. Ich bitte mir nicht entgegenzuhalten, es sei der Herr Finanzminister, der hier nicht die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen hat. Wir wissen doch alle, daß der Herr Finanzminister sich letzten Endes hinsichtlich der auszu-

Tödling

gebenden Gelder nur in jenem Rahmen bewegen kann, der ihm von der Regierung und von den Spitzen der Parteien geschaffen wird.

Es soll keinesfalls bestritten werden, daß wir auch im kommenden Jahr mehr Wohnungen brauchen, daß Schulen gebaut werden müssen, daß die Konjunktur weiterhin erhalten werden muß und in diesem Zusammenhang neue Werte für den einzelnen Staatsbürger in erreichbare Nähe gerückt werden. Es drängt sich nun die Frage auf, wieviel wir dafür aufwenden, um das durch den Fleiß des österreichischen Volkes bis heute Erreichte auch zu schützen.

Es wird ab und zu die Meinung vertreten, daß wir keine Landesverteidigung brauchen, weil Österreich ja ohnehin ein neutraler Staat sei. Die Menschen, die dies sagen, sind der Auffassung, wir mögen unsere staatliche Sicherheit und Freiheit ruhig dem Schutze der Großen anempfehlen. Wir haben jedoch Beispiele dafür, daß die Neutralität manches Landes sehr wenig respektiert wurde, wenn es sich die Neutralität nicht durch Verteidigungsbereitschaft gesichert hat.

Man hört in unserem Lande da und dort die Meinung, unsere Landesverteidigung könne ohnehin nur von symbolischer Bedeutung sein. Hiezu muß wohl gesagt werden, daß dann, wenn es gilt, unsere Grenzen zu verteidigen, nicht symbolisch, sondern leider wirklich gestorben wird.

Sollten wir als Volksvertreter, als Abgeordnete dieses Hauses, ebenfalls dieser Meinung sein, so könnte man sagen, daß es dann auch um jene Beträge schade ist, die bisher aufgewendet wurden und die das neue Bundesfinanzgesetz für das nächste Jahr vorsieht. Ich habe mir da eine kleine Rechnung zurechtgelegt. Man würde, um die Mittel, die für das nächste Jahr für die Landesverteidigung vorgesehen sind, etwa 500.000 Kühlschränke bekommen.

Meine Damen und Herren! Bezeichnend für die Situation, in der sich unsere Landesverteidigung befindet, ist die Tatsache, daß wir uns in der Ausschußdebatte mit Rucksäcken, Schuhen und Eßbestecken beschäftigen mußten. Es muß ernstlich bezweifelt werden, ob mit dem nächstjährigen Geldaufwand die vorhandene Substanz überhaupt erhalten werden kann.

Hohes Haus! Es ist mir vollkommen klar, daß es in den vergangenen Jahren galt, viele notwendige Dinge nach- und aufzuholen. Der Herr Abgeordnete Preußler hat ja auch darauf schon hingewiesen. Wir können uns, was den finanziellen Aufwand für die Landesverteidigung betrifft, nicht mit den kapitalstarken

Ländern Schweiz und Schweden, die ja oft als Beispiele herangezogen werden, vergleichen. Bei ruhiger und sachlicher Überlegung müssen wir, glaube ich, zugeben, daß wir im Rahmen der uns bereits heute gebotenen Möglichkeiten hinsichtlich der finanziellen Dotierung unseres Bundesheeres aber doch zuwenig getan haben. Es war erfreulich, daß bei der Debatte über die Landesverteidigung im Jahre 1959 der Herr Abgeordnete Preußler von der Sozialistischen Partei — wenn auch in etwas verklausulierter Form — die gleiche Feststellung getroffen hat.

Mancher von uns, so glaube ich zumindest, war der Meinung, daß unser Bundesheer im Jahre 1962 endlich die finanziellen Voraussetzungen bekommt, die es braucht, um leben zu können. In einem Zeitungsartikel, welcher die Überschrift „Zu wenig und vielleicht zu spät“ trägt, hat sich Herr Generalmajor Oliva mit dieser Frage beschäftigt. Ich bin ganz seiner Auffassung, wenn er die Frage aufwirft: „Kann man unseren jungen Soldaten einen Kampf unter aussichtslosen Bedingungen zumuten?“ Meine Damen und Herren! Suchen wir doch endlich nach Mitteln und Wegen, um unseren Soldaten die Bewaffnung und Ausrüstung zu geben, die sie brauchen, damit im Ernstfall — was Gott verhüten möge! — zumindest das notwendigste Material vorhanden ist. Die Regierung und wir Abgeordneten könnten uns dann sagen: Wir haben im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung alles getan, um dem Bundesheer kraft der guten Ausrüstung unnötige Blutopfer zu ersparen.

Hohes Haus! Neben diesen Feststellungen möchte ich noch kurz auf einen Umstand aufmerksam machen, welcher mir angesichts der gegenwärtigen Weltsituation äußerst bedenklich erscheint und für mich als bauerlichen Abgeordneten von besonderem Interesse ist. Es war bis jetzt nicht möglich, dem Bundesheer die notwendige Bewaffnung und Ausrüstung zu geben. Wir haben aber auch auf dem Sektor der Lebensmittelbevorratung keine besonderen Leistungen aufzuweisen. Im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung fällt diese Frage sicherlich in die Kompetenz des Zivilschutzes. Ich bin aber der Auffassung, daß in erster Linie für die Truppe ein entsprechender Lebensmittelvorrat angelegt werden mußte. Hinsichtlich der Wertigkeit der Fragen Ausrüstung, Bewaffnung und Ernährung darf, glaube ich, gesagt werden, daß diese Fragen als vollkommen gleichwertig zu betrachten sind.

In zunehmendem Maße wird die Bevölkerung durch Pressenotizen beunruhigt. Man liest von der vielleicht eintretenden Notwendigkeit, Lebensmittelkarten auszugeben. Ganz Be-

Tödling

sorgte geben den Rat, der einzelne solle sich Lebensmittelvorräte anlegen. Daran wäre die Frage zu knüpfen: Was tun wir in dieser Richtung, was tut der Staat? Wir haben heute eine leistungsfähige Landwirtschaft, wir haben eine ebenso hoch entwickelte Lebensmittelindustrie. Bei Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel wäre die Bevorratung von Lebensmitteln durchaus keine Schwierigkeit.

Nun sind gerade in letzter Zeit Umstände eingetreten, welche dieses Problem sogar brennend erscheinen lassen und erst recht staatliche Maßnahmen rechtfertigen würden. Wir hören so viel von der Gefahr der radioaktiven Verseuchung. Ich möchte vorwegnehmen, daß die da und dort geübte Panikmache auf diesem Gebiet vorerst weit schädlicher ist als eine in naher Zukunft mögliche Verseuchung. Es könnte jedoch, ohne daß wir in eine kriegerische Auseinandersetzung verwickelt sind, schon durch die Atomtests allein der Fall eintreten, daß echte Verseuchungsgefahr besteht. Es ist durchaus denkbar, daß eines Tages Nahrungsmittel aus der laufenden Produktion ungenießbar sind.

Wenn auch diese Überlegungen über den Rahmen der heutigen Debatte über das Bundesheer hinausgehen und von gesamtstaatlichem Interesse sind, so sind sie doch auch aufs engste mit der Landesverteidigung verbunden. Wenn wir entsprechende Vorsorgen treffen würden, so wäre das ein Erfolg in zweifacher Richtung. Wenn wir entsprechende Vorräte anlegen würden, könnten wir den bereits beunruhigten Menschen in unserem Lande den Hinweis geben: Wir haben vorgesorgt, wir verfügen über gefüllte Lager! (*Abg. Probst: Warum tun Sie es nicht? Sie führen ja einen Scheinangriff gegen sich selber!*) Zweitens wäre es möglich, gewisse Schwierigkeiten, die fast alljährlich beim Export agrarischer Produkte auftreten, dadurch abzufangen, daß solche Produkte durch entsprechende Verarbeitung und Konservierung für mögliche Notzeiten aufgehoben werden. Ich darf ein Beispiel anführen: Wie einfach wäre es zum Zeitpunkt der von Italien verfügten Importsperr für österreichische Rinder gewesen, die für diesen Export vorgesehenen Rinder für das Anlegen eines Vorrates für unsere Truppe im eigenen Haus heranzuziehen!

Der Herr Abgeordnete Winkler von der Sozialistischen Partei hat im Zuge der Agrardebatte empfohlen, wir mögen doch im Lande nicht benötigte Milchmengen in Form von Trockenmilch unterentwickelten Gebieten zur Verfügung stellen. Das wäre seiner Meinung nach eine noble Geste. Tatsache ist, daß wir solche Gesten selbst bezahlen müßten und, wie den Worten des Herrn Ministers Hartmann

zu entnehmen war, ein Angebot von Trockenmilch an ein solches unterentwickeltes Land nicht in Anspruch genommen wurde, weil dieses Land nicht bereit war, die Fracht zu bezahlen.

Meine Damen und Herren! Da solche Gesten ohnehin unser Geld kosten, wäre es da nicht vernünftiger, diese Milch für unsere Zwecke, für unsere Truppe, für unsere Bevölkerung und nicht zuletzt für unsere Kinder auf Vorrat zu legen? Der bekannte Ernährungswissenschaftler Professor Dr. Halden hat nachgewiesen, daß die Milch die natürlichste und beste Schutzahrung im Falle radioaktiver Gefahr ist.

Es würde von großem Verantwortungsbewußtsein des Hohen Hauses und der Regierung zeugen, wenn wir gerade bei dieser Frage etwas mehr an die Zukunft denken würden. Wir haben keine Gewähr dafür, daß immer und jederzeit unsere laufende Agrarproduktion greifbar und genießbar ist. Auf Grund dieser Überlegung muß gesagt werden, daß im Zuge der Erstellung des Landesverteidigungsplanes, von welchem ja heute auch schon die Rede war, neben all den anderen Umständen wirtschaftlicher Art, wie Umstellung der Industrie, Sicherung der Produktionsstätten und so weiter und so fort, der Landwirtschaft eine bedeutsame Rolle zukommt.

Unsere Landesverteidigung kann logischerweise nur defensiven Charakter haben. Wir müssen uns daher in allen Belangen auf die eigenen personellen, materiellen und versorgungsmäßigen Gegebenheiten einrichten. Eine Fülle von Fragen wird im Zuge der Erstellung eines solchen Landesverteidigungsplanes auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaft zu lösen sein. Aller Voraussicht nach wird der bergbäuerlichen Agrarproduktion das größte Augenmerk zugewendet werden müssen. Welche Gebiete können im Ernstfall verlorengehen? Sind es die Getreideanbaugebiete des Flachlandes oder die Alpengebiete der westlichen Bundesländer? Wo werden die Agrarprodukte sicher verarbeitet? Wo werden die Vorräte gelagert? Wird im Falle atomarer Verseuchung unsere Trinkwasserversorgung funktionieren? Wären da nicht bereits heute beim Neubau und bei dem vielfach mit öffentlichen Mitteln geförderten Bau von Wasserversorgungsanlagen gewisse Umstände zu berücksichtigen? Alle diese Fragen müssen im Landesverteidigungsplan ihre Beantwortung und im Sinne der Landesverteidigung und im Sinne der Gesundheit unserer Bevölkerung ihre Realisierung finden. Ich weiß, daß mit den für das nächste Jahr zur Verfügung stehenden Mitteln diese Fragen nicht zu lösen sind.

Abschließend möchte ich hier meiner Meinung Ausdruck verleihen, daß die finanziellen

Tödling

Erfordernisse der Landesverteidigung aus dem normalen Budget herausgenommen gehören. Ich erlaube mir, dem Hohen Haus einen bescheidenen Vorschlag zu machen. Wir haben doch Jahre hindurch die Feststellung gemacht, daß wir erfreulicherweise in jedem Jahr mehr Einnahmen des Staates zu verzeichnen haben. Verzichten wir einmal bei der budgetären Aufteilung auf diese Zuwachsrate und bringen wir damit unsere Landesverteidigung auf den gewünschten Stand! (*Abg. Probst: Der Grüne Plan wäre also schon gestrichen! Was sagen Sie, Kollege Sebinger, er schlägt vor, den Grünen Plan zu streichen!*) Herr Abgeordneter! (*Abg. Probst: Ach, Sie wollen es woanders gestrichen haben!*) Ich meine ja die Zuwachsrate! (*Abg. Probst: Nicht beim Grünen Plan! Überall anders, nur nicht bei mir! Das ist die alte Haube: Zünde dem andern sein Häusl an, aber meines nicht!*) Nach dem heiligen Florian! (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Wir als Abgeordnete, aber auch als Mütter und Väter unserer wehrpflichtigen Jugend könnten dann sagen: Wir haben kraft unserer Stimme im Parlament euch für den Ernstfall an materiellen Dingen all das gegeben, was uns die Gewähr dafür geben kann, daß nicht etwa wegen minderer, ungenügender Ausrüstung und Bewaffnung sinnlose Blutopfer gebracht werden müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Landesverteidigung Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Landesverteidigung Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zunächst den Herren Abgeordneten des Hohen Hauses, die zu den Fragen der Landesverteidigung Stellung genommen haben, danke. Gestatten Sie mir aber bitte auch, zu einigen der hier aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen.

Der Herr Abgeordnete Pölz hat in Verbindung mit den Beratungen über dieses Kapitel eine Fernsehsendung erwähnt, die am vergangenen Sonntag stattgefunden hat. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich sagen, daß meine Beziehungen zum Fernsehen nicht so gestaltet sind, daß etwa der Termin dieser Sendung als Regie für die bevorstehenden Budgetverhandlungen gewertet und aufgefaßt werden dürfte. Das Fernsehen hatte ursprünglich beabsichtigt, diese Sendung mit dem Herrn Außenminister durchzuführen, weil ja die Beratungen der UNO ein sehr aktuelles Thema für ein Kreuzfeuer der Presse gewesen wären. Der Herr Außenminister war aber zu diesem Zeitpunkt noch

nicht in Wien; das Fernsehen hat mich wenige Tage vorher gebeten, einzuspringen, und ich habe es gerne getan. Ich darf auch deponieren, daß ich dort ohne Konzept gesprochen habe. Ich gebe zu, daß meine Antworten vielleicht nicht erschöpfend gewesen sind. Aber ich bin sehr gerne bereit, bei einer geeigneten Gelegenheit im Österreichischen Fernsehen das Versäumte nachzuholen.

Meine Damen und Herren! Ich darf auch zu einigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kindl Stellung nehmen, weil er von einem tragischen Fall gesprochen hat, der verständlicherweise auch Ihre Anteilnahme hervorgerufen hat. Ich erinnere an das Problem der Versorgung der Angehörigen des Bundesheeres. Ich darf zu dem konkreten Fall, von dem hier die Rede war — ich erwähne ihn nur, um damit das Grundsätzliche zu erläutern —, sagen, daß ja bisher solche Fälle immer noch nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz behandelt und erledigt worden sind. Es ist richtig, daß eine diesbezügliche Novellierung notwendig erscheint, weil Bedenken des Verwaltungsgerichtshofes vorliegen. Ich habe auch den Herrn Sozialminister gebeten, eine diesbezügliche Novellierung vorzubereiten. Es ist aber trotzdem bisher noch kein Angehöriger des Bundesheeres durch diese noch bestehende gesetzliche Lücke zu Schaden gekommen. Die Landesinvalidenämter haben ausdrückliche Weisungen des Herrn Sozialministers erhalten. Was den einen konkreten Fall betrifft, muß ich allerdings feststellen, daß die Mutter des tödlich Verunglückten mit ihrem Antrag abgewiesen werden mußte, weil sie durch ihre zweite Verheiratung voll versorgt ist und das monatliche Einkommen die Bedürftigkeitsgrenze nach dem KOVG. wesentlich übersteigt. Eine solche Erledigung des Falles ist durch das Landesinvalidenamt in Tirol vor einiger Zeit erfolgt.

Ich darf aber auch noch zu einer zweiten Frage Stellung nehmen: zur Frage der Kameradschaftsbünde und zu einer Erklärung, die bei einer Veranstaltung von mir abgegeben worden sein soll. Ich darf bemerken, daß ich zu den Fragen der Kameradschaftsverbände bisher nicht sehr häufig Stellung genommen habe, daß ich bisher nur in einem einzigen Falle eine Presseaussendung machte und daß meine übrigen Erklärungen, die ich abgegeben habe, im Rahmen dieser in dieser Presseaussendung festgelegten Auffassung liegen. Meine diesbezügliche Erklärung — ich darf sie im Interesse einer Klarstellung hier wiedergeben — lautete: „Die österreichischen Kameradschaftsverbände können auch eine wertvolle wehrpolitische Aufgabe erfüllen. Sie können mithelfen, daß der Wehrgedanke zum Allgemeingut aller Bevölkerungskreise wird,

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

und sie können eine Brücke sein, um die Wehrbereitschaft in das ganze Volk zu tragen. In den Kameradschaftsverbänden selbst dürfen aber keine unzeitgemäßen Reminiszenzen den klaren Blick des Altsoldaten trüben. Staatspolitische Verantwortlichkeit gegenüber der Zweiten Republik muß das Handeln aller bestimmen.“ Das ist meine Auffassung, zu dieser Auffassung stehe ich auch noch heute, ich wollte sie nur der Ordnung halber wiederholen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, mit einigen Gedankengängen auf Grund der Ausführungen der Abgeordneten dieses Hohen Hauses zur Frage der Landesverteidigung und auch der Neutralitätspolitik Stellung zu nehmen. Es ist kein Zufall — ich möchte es auch nicht als Zufall verstanden wissen —, daß zu der Problematik der Landesverteidigung im Anschluß an die Diskussion über die Außenpolitik gesprochen wurde, da ja die Fragen der Außenpolitik und jene der Landesverteidigung auf das engste miteinander verbunden sind. Ich bin auch für die diesbezüglichen Erklärungen des Herrn Außenministers dankbar, in denen er sinngemäß feststellt, daß die Außenpolitik eines neutralen Staates nur auf der Grundlage einer bewaffneten Neutralität geführt werden könne.

Die exponierte Lage unseres Staates verpflichtet uns, diesen Zusammenhängen unsere ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Wir sind doch der einzige Staat in Europa, der unmittelbar im Kraftfeld der beiden Machtblöcke liegt. Wir sind ein Staat, der bei 2700 km seiner gesamten Staatsgrenze lediglich mit 220 km an einen Staat angrenzt, der eine erklärte Neutralität besitzt, nämlich die Schweiz. Wir grenzen an zwei Staaten der NATO und ebenso an zwei Staaten des Warschauer Paktes. Auf Grund dieser Lage im Herzen Europas müssen wir alles tun, um unsere Landesverteidigung — gewiß auf die begrenzten Möglichkeiten eines Kleinstaates ausgerichtet — so zu orientieren, daß unsere Bemühungen ernst genommen werden und geeignet sind, das internationale Prestige unseres Staates zu heben.

Meine Damen und Herren! Bezüglich des Budgets möchte ich keineswegs verkennen, daß unsere Situation nicht so ohne weiteres mit jener der Schweiz oder Schwedens vergleichbar ist. Wir wissen sehr wohl, daß es sich dabei um Staaten handelt, die seit Generationen das Glück haben, aus kriegerischen Verwicklungen herausgehalten worden zu sein. Dennoch werden wir uns ernstlich mit der Frage befassen müssen, wie wir für das Bundesheer jene finanziellen Voraussetzungen und Grundlagen schaffen, die wir benötigen, um unserer Aufgabe

mit gutem Gewissen gerecht werden zu können. Wir sind uns auch darüber klar, daß eine solche Frage im Zuge unmittelbarer und aktueller Budgetverhandlungen außerordentlich schwer zu lösen ist und daß im Widerstreit der vorhandenen Bedürfnisse der verschiedenen Ressortminister der Verteidigungsminister zweifellos nie am längeren Hebel sitzt. Ich möchte aber doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, eine einvernehmliche Auffassung zu realisieren, welche die finanzielle Sicherung des Bestandes unseres Bundesheeres gewährleistet.

Wir haben eine leidvolle Vergangenheit hinter uns. Es ist davon die Rede gewesen, daß wir uns damals selbstverständlich bereit gefunden haben, alle jene und nicht kleinen Belastungen auf uns zu nehmen, die sich aus den Verpflichtungen des Staatsvertrages ergeben haben. Gewiß, es war das der Preis, den wir gerne für die wiedererlangte Freiheit unseres Staates zu entrichten bereit gewesen sind. Es mag aber Verständnis finden, wenn ich mir die Feststellung erlaube, daß es der Situation nicht gerecht werden würde, wenn wir nicht gleichzeitig die Bereitschaft hätten, jene Versicherungsprämie, die wir heute und morgen zu entrichten haben, entsprechend zu erhöhen, um ein Optimum dafür zu tun, die wiedererlangte Freiheit auch für die Zukunft durch eine ausreichende Landesverteidigung zu sichern und zu erhalten.

Zum Budget darf ich auch noch feststellen, daß gerade in der Frage der Landesverteidigung mehr als anderswo die Schwierigkeiten darin liegen, daß man jeweils nur von der Hand in den Mund lebt und von einem Jahr zum anderen disponieren muß. Hier erschiene eine längerfristige Sicherheit und Dispositionsfähigkeit wünschenswert, weil uns das die Möglichkeit bieten würde, bei manchen Anschaffungen nicht unter Zeitdruck zu sein und sie eventuell billiger zu tätigen, als es sonst der Fall ist. Es böte sich im Rahmen eines längerfristigen Programms vielleicht auch die Möglichkeit, in der einen oder anderen Frage eine Inlandsbeschaffung zu realisieren, wo wir heute noch zu Beschaffungen aus dem Ausland gezwungen sind.

Meine Damen und Herren! Es ist auch davon die Rede gewesen, daß es heute in Österreich noch an einem Verteidigungskonzept fehle. Ich bitte um Verständnis, wenn ich darauf hinweise, daß auch diese Frage in sehr hohem Maße mit den finanziellen Voraussetzungen zusammenhängt, weil bei den bescheidenen Budgetmitteln, die uns zur Verfügung stehen, Disposition und Konzeption auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen. Dazu kommt noch, daß die Frage eines Verteidi-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

gungskonzeptes nicht allein eine militärische Angelegenheit ist, daß der Verteidigungsplan nicht allein militärische Belange, sondern auch Belange der zivilen, der wirtschaftlichen und der geistigen Landesverteidigung umfaßt.

Im heurigen Sommer ist es zu einem Beschluß der Bundesregierung gekommen, wonach alle Ressortminister ersucht worden sind, im Rahmen ihres Wirkungskreises und ihrer Zuständigkeit an der Erarbeitung eines solchen umfassenden Landesverteidigungsplanes mitzuwirken. Dem Verteidigungsminister obliegt es, nach erfolgter Koordinierung den Entwurf eines solchen Planes zunächst dem Landesverteidigungsrat und dann der österreichischen Bundesregierung vorzulegen. Ich hoffe, daß es in gemeinsamen Bemühungen aller Ressortminister gelingen wird, in absehbarer Zeit zu jenen Voraussetzungen und Grundlagen zu kommen, die nicht nur erwünscht, sondern auch notwendig sind.

Darf ich bei dieser Gelegenheit aber auch ein Wort über unsere Wehrpflichtigen sagen, die ihren Präsenzdienst absolvieren, über unsere Jugend. Ich bin es unseren Jungmännern schuldig, bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß ihre Bereitschaft, eine manchmal harte Ausbildung im Bundesheer mitzumachen und dafür einen entsprechenden Einsatz zu leisten, hervorgehoben zu werden verdient. Ich hatte Gelegenheit, dies bei den Manövern in Tirol festzustellen; aber ich weiß auch von den heurigen Herbstmanövern, die zum Beispiel in Salzburg stattgefunden haben, daß während der ganzen Ausbildungszeit die Anzahl derer, die im Krankenrevier liegen, prozentuell nie so niedrig ist wie gerade zur Zeit der Verbandsübungen, die von unserer Jugend zweifellos sehr viel erfordern.

Ich möchte auch über unsere Maturanten etwas sagen. Die Zahl derer, die sich bereit finden, den verlängerten ordentlichen Präsenzdienst von 12 Monaten zu leisten, nimmt erfreulicherweise von Jahr zu Jahr zu. Waren es im Jahre 1960 noch 250, die sich dazu bereit fanden, so waren es im Jahre 1961 bereits 500, und im gegenwärtigen Ausbildungsstand haben sich von denen, die im Oktober eingerückt sind, 900 Maturanten auf 12 Monate verpflichtet. Das ist doch ein erfreuliches Zeichen einer zunehmenden Wehrgesinnung unserer Jugend. Diese Entwicklung müßte uns aber verpflichten, mitzuhelfen, daß die Fragen der Landesverteidigung nicht allein als Angelegenheit eines Ressorts gewertet, sondern als eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges angesehen werden. Ich glaube, daß wir nach dieser Richtung hin die gegenwärtige Rangordnung der staatspolitischen Notwendigkeiten auch

bei den Beratungen der budgetären Bedürfnisse der einzelnen Ressorts überprüfen sollten.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Der Herr Abgeordnete Preußler hat auch den Dank an die Offiziere und Unteroffiziere des österreichischen Bundesheeres ausgesprochen. Ich bin der Ansicht, daß wir diesen Dank, der von allen Fraktionen abgestattet worden ist, am besten dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir bei durchaus realistischer Einschätzung der Möglichkeiten der Republik Österreich doch bemüht sind, der Landesverteidigung schrittweise das zu geben, was sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben braucht, und daß wir damit die Voraussetzung schaffen, daß sowohl Offiziere als auch Unteroffiziere an die Richtigkeit ihrer Aufgabe, an der sie mit großem Idealismus arbeiten, auch weiterhin glauben können.

Bei unserer Bereitschaft, für die Landesverteidigung das Erforderliche zu tun, wird letzten Endes die Frage zu beantworten sein, ob wir unseren Neutralitätsbegriff für die Zukunft auf- oder abwerten. Die Aufwertung dieses Neutralitätsbegriffes wird zweifelsohne nicht ohne Zusammenhang mit den materiellen Opfern gesehen werden können, die wir für den Ausbau der Landesverteidigung bringen müssen.

Als Ressortminister kann ich nur Tatsachen aufzeigen, als Ressortminister kann ich nichts anderes tun, als auf die Notwendigkeiten hinweisen. Die Entscheidung liegt nicht bei mir, sie liegt letzten Endes bei Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, und nicht zuletzt bei der gesamten geistigen Einstellung und Wehrbereitschaft des österreichischen Volkes. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Gruppe XII beendet.

Ich breche nunmehr die heutigen Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung findet morgen, Mittwoch, den 6. Dezember, 9 Uhr vormittag, statt. Die Tagesordnung ist bereits verteilt.

Ich mache darauf aufmerksam, daß morgen um 12 Uhr die Abstimmung über jene Gruppen und die dazugehörigen Entschließungsanträge stattfinden wird, über die vom Nationalrat die Debatte bereits abgeführt, über die aber noch nicht abgestimmt worden ist.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 55 Minuten